



ZEITSCHRIFT FÜR DEUTSCH-DÄNISCHEN DIALOG



- Räumung des KZ Neuen-  
gamme 1945
- Historische Jahrestage und  
aktuelle Entwicklungen
- 60 Jahre Bonn-Kopenhagener  
Erklärungen:  
Europäischer Modellfall?  
Wendepunkt der deutsch-  
dänischen Beziehungen?
- Verfassungsänderung  
zugunsten der Minderheiten
- Perspektiven einer modernen  
Minderheitenpolitik

# ZEITSCHRIFT FÜR DEUTSCH-DÄNISCHEN DIALOG

- HERAUSGEBER:** ADS – GRENZFRIEDENSBUND e.V.  
Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig
- Redaktionsgeschäftsstelle:** Karin Dittmar-Tews
- Anschrift:** Marienkirchhof 6 · 24937 Flensburg  
Telefon (04 61) 86 93-25 · Telefax (04 61) 86 93-20  
E-Mail: grenzfriedensbund@ads-flensburg.de  
www.ads-grenzfriedensbund.de
- Geschäftszeit:** Dienstag bis Donnerstag, 09.00-12.00 Uhr  
Außerhalb der Geschäftszeit (04 61) 86 93-0
- Mitgliedsbeitrag:** 15 € für Einzelmitglieder, 30 € für Verbände, Schulen usw.
- Abonnement:** 15 €
- Bankverbindungen:** HypoVereinsbank – BIC: HYVEDEMM300  
IBAN: DE27 2003 0000 0080 0094 07  
Nord-Ostsee-Sparkasse – BIC: NOLADE21NOS  
IBAN: DE74 2175 0000 0000 0829 88

# GRENZFRIEDENSHEFTE 1/2015

## INHALT

Seite

Vorwort .....	3
<i>Detlef Garbe</i> Schleswig-Holstein, Mai 1945. Die letzte Phase des KZ Neuengamme .....	5
<i>Anke Spoorendonk</i> Historische Jahrestage und aktuelle Entwicklungen in den deutsch-dänischen Beziehungen. Einige Reflexionen .....	31
<i>Jørgen Kühl</i> Tatsächlich ein europäischer Modellfall? Erfahrungen und Lehren einer gelungenen Konfliktlösung aus deutsch-dänischer und europäischer Perspektive .....	41
<i>Martin Klatt</i> Von der Abgrenzung zur Grenzüberwindung. Die Minderheiten und die Bonn-Kopenhagener Erklärungen als Wendepunkt der deutsch-dänischen Beziehungen? .....	55
<i>Sonja Wolf</i> 100% wert. Die finanzielle Gleichstellung der dänischen Minderheitenschulen in Schleswig-Holstein .....	65
<i>Robert Habeck</i> Raus aus dem Abseits. Festrede beim Deutschen Tag in Tingleff am 1.11.2014 .....	73
Umschau .....	83
Buchhinweise .....	103
Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe .....	111

Die Grenzfriedenshefte erscheinen halbjährlich.

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des ADS-Grenzfriedensbundes enthalten.  
Einzelheft 7 €.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.

*Redaktion der Grenzfriedenshefte:*

- Dr. Jörn-Peter Leppien (verantwortlich)
- Dr. Matthias Scharl
- Gerret Liebing Schlaber, ph.d.
- Levke Bittlinger, M.A.
- Ruth E. Clausen, Dipl.-Museol. (FH)
- Andrea Graw-Teebken, ph.d.

Redaktionsanschrift: Marienkirchhof 6, 24937 Flensburg

Satz und Druck:

Druckhaus Leupelt GmbH, Heideland-Ost 24, 24976 Handewitt/Weding

ISSN 1867-1853

# Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

wir freuen uns, dass wir Ihnen nun die erste Halbjahresausgabe der Grenzfriedenshefte 2015 vorlegen können. Nachdem sich 2013 gezeigt hatte, dass sich die traditionelle vierteljährliche Erscheinungsweise durch unsere ehrenamtlich arbeitende Redaktion nicht aufrechterhalten ließ, und nachdem sich 2014 die Erwartungen an zwei Online-Ausgaben mit anschließendem Jahrbuch nur bedingt erfüllten, hoffen wir nun, dass wir eine praktikable Erscheinungsform gefunden haben, die in Ihrem Sinne ist. Wie wir aus zahlreichen Rückmeldungen wissen, kommt Ihnen die gedruckte Form der Grenzfriedenshefte, mit mehr als einer Ausgabe pro Jahr, am meisten entgegen.

Der zweite Halbjahresband 2015 soll im Dezember erscheinen. Doch wollen wir uns dem Medium Internet natürlich nach wie vor nicht verschließen. Es ist vorgesehen, die beiden Halbjahresausgaben später auch ins Netz zu stellen. Wir planen außerdem, ältere Jahrgänge der Grenzfriedenshefte im Internet greifbar zu machen.

Aktuelle Informationen zu den Grenzfriedensheften können Sie neuerdings auch auf unserer Facebook-Seite abrufen unter der Adresse

[www.facebook.com/Grenzfriedenshefte](http://www.facebook.com/Grenzfriedenshefte)

Hier möchten wir Sie vorab über Inhalte der kommenden Ausgabe und weitere die Grenzfriedenshefte betreffende Neuigkeiten informieren.

Wir hoffen, dass Ihnen unsere neue Ausgabe wieder viele interessante Themen bietet. Wie im Vorjahr gibt es auch 2015 einige bemerkenswerte „runde“ Jahrestage, die sich natürlich auch im Inhalt niederschlagen. Vor 60 Jahren wurde mit den Bonn-Kopenhagener Erklärungen ein Meilenstein für das friedliche Zusammenleben im Grenzland gesetzt. Aber natürlich findet auch die konfliktreiche Geschichte davor nach wie vor ihren Platz in den Grenzfriedensheften – nicht nur, weil der Zweite Weltkrieg vor genau 70 Jahren endete, nachdem vor genau 75 Jahren Dänemark von der deutschen Wehrmacht besetzt worden war. Das Ende des Zweiten Weltkrieges markiert bekanntlich auch das Ende der NS-Schreckensherrschaft und der Grauen in den Konzentrationslagern, woran der Aufsatz von Detlef Garbe erinnert. Selbstverständlich finden sich ebenfalls

Beiträge zu aktuellen Fragen und Herausforderungen, aber auch Erfolge der deutsch-dänischen Beziehungen und der Entwicklung im schleswigschen Grenzland. Dies spiegelt sich auch in unseren bewährten Rubriken der Umschau und der Buchanzeigen wider.

Auch im 62. Jahr der Grenzfriedenshefte gibt es also viele Themen, die Sie und uns bewegen und über die wir Sie informieren möchten, wobei mit Anke Spoo-  
rendonk und Robert Habeck auch zwei Mitglieder der schleswig-holsteinischen Landesregierung ihre Einschätzungen zur Diskussion stellen.

Natürlich möchten wir Sie, liebe Leserinnen und Leser, um Rückmeldung bitten, wie Ihnen das neue Erscheinungskonzept der Grenzfriedenshefte gefällt. Es hat immer zu den Stärken der Grenzfriedenshefte gehört, dass die ehrenamtlich geführte Redaktion einen engen Dialog mit Ihnen, den Leserinnen und Lesern unserer Zeitschrift für deutsch-dänischen Dialog, pflegen. Deshalb freuen wir uns jederzeit, wenn von Ihrer Seite Rückmeldungen, konstruktive Kritik und Vorschläge kommen.

Wir wünschen Ihnen eine angenehme Lektüre!

*Ihr Redaktionsteam  
Levke Bittlinger  
Ruth Clausen  
Andrea Graw-Tebken  
Jörn-Peter Leppien  
Matthias Scharf  
Gerret Liebing Schlaber*

# Schleswig-Holstein, Mai 1945

## Die letzte Phase des KZ Neuengamme

von DETLEF GARBE

*Am 4. Mai 1944, vor 70 Jahren also, nahmen britische Truppen das Konzentrationslager Neuengamme (Hamburg) ein. Angesichts des Vormarsches der Alliierten versuchten die NS-Täter die Spuren ihrer KZ-Verbrechen durch Aktenvernichtung und die Evakuierung der Häftlinge zu vertuschen. Viele Ereignisse der hochdramatischen Auflösung des KZ-Neuengamme fanden in Schleswig-Holstein, auch im deutsch-dänischen Grenzland, statt. Darüber informiert der Historiker Dr. Detlef Garbe, Direktor der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, im vorliegenden Aufsatz. Dieser geht auf einen Vortrag zurück, den Garbe am 15. September 2014 in Harrislee auf Einladung der deutsch-dänischen Arbeitsgruppe „Harrislee-Bahnhof“ und der Gemeinde gehalten hat.*

*Die Redaktion*

### **Einführung**

Verbindungen zur Geschichte des im Dezember 1938 in den Hamburger Landgebieten eingerichteten Konzentrationslagers Neuengamme lassen sich in Schleswig-Holstein in vielfacher Weise finden. Zum einen, weil im letzten Kriegsjahr hier neun Außenlager des KZ Neuengamme von sehr unterschiedlicher Größe entstanden,<sup>1</sup> in Husum-Schwesing, Kaltenkirchen, Kiel, Ladelund, Lütjenburg-Hohwacht, Mölln-Breitenfelde, Neustadt in Holstein und in Wedel, wo sowohl ein Männer- als auch ein Frauenlager bestand. Vor allem aber fanden viele Ereignisse im dramatischen Verlauf der Räumung des KZ Neuengamme in den letzten Kriegswochen im April und Mai 1945 in Schleswig-Holstein statt.

Das Ende des KZ Neuengamme stellt in der sechseinhalbjährigen Geschichte des Lagers lediglich einen sehr kurzen Abschnitt dar: Die Phase der Lagerräumungen dauerte nur rund sechs Wochen von Ende März bis Anfang Mai 1945. Bei näherer Betrachtung wird jedoch deutlich, dass innerhalb dieser kurzen Zeit sehr viele Ereignisse parallel verliefen: Die SS trieb Zehntausende Häftlinge auf den Straßen und Schienenwegen

Norddeutschlands wie ziellos voran, das Schwedische Rote Kreuz konnte Tausende dänische und norwegische Häftlinge in Neuengamme aus der Gewalt der SS befreien, während zur gleichen Zeit die SS zur Vereitelung einer Befreiung durch die Alliierten Häftlinge in großer Zahl ermordete. Neuengamme war das einzige der KZ-Hauptlager, das vollständig geräumt wurde und deshalb den Befreiern und damit der Nachwelt kein mit anderen Konzentrationslagern vergleichbares Bild des Schreckens bot – dieser Umstand sollte sich für die Nachgeschichte des KZ Neuengamme als prägend erweisen.

Für die Überlebenden des KZ Neuengamme bedeuteten die letzten Wochen vor der Befreiung vielfach eine ungeahnte Steigerung der bereits zuvor erlittenen Qualen; in ihren Erinnerungen hat sich diese Zeit oftmals als die schrecklichste ihrer gesamten Gefangenschaft eingeprägt. Es gibt Begriffe, die erst in die Sprache gingen, als es galt, Wörter zu finden, die das Grauen der nationalsozialistischen Verbrechen veranschaulichen sollten. Bezeichnungen wie „Sterbelager“ und „Todesmärsche“ lassen erahnen, was die Häftlinge in dieser Phase höchster physischer und psychischer Belastung erleiden mussten.

Bei aller Unterschiedlichkeit der einzelnen Situationen war das Prinzip immer dasselbe: Näherte sich die Front, so löste die SS die Konzentrationslager auf. Bei ihrem Abzug nahm sie die Häftlinge mit, zurück blieben in der Regel nur die nicht „marschfähigen“, schwer kranken Häftlinge. Die anderen wurden mit dem Vorrücken der alliierten Streitkräfte von der SS immer weiter getrieben, oftmals von Lager zu Lager.<sup>2</sup> Der Grundsatz lautete: Eine Übergabe der Häftlinge kommt nicht infrage.<sup>3</sup> Die SS wollte die Häftlinge bis zuletzt in ihrer Gewalt behalten. Weshalb, diese Frage ist nicht eindeutig geklärt. Dazu Karin Orth in ihrer 1999 erschienenen Studie über das KZ-System: „Zu welchem Zweck auch immer – als Arbeitssklaven, die eine uneinnehmbare Festung für den ‚Endkampf‘ errichten sollten, als Opfer eines ebenso totalen wie apokalyptischen Untergangs, als Geiseln für etwaige Verhandlungen mit den Westmächten oder als Verfügungsmasse für den erwarteten antikommunistischen Neubeginn.“<sup>4</sup>

Die SS räumte die Lager nur unter dem Druck des Vormarsches der alliierten Truppen. Die Lagerräumungen in Richtung der frontferneren Gebiete, die mit einem beträchtlichen Aufwand an Personal und kriegswichtigen Transportmitteln durchgeführt wurden, dienten dazu, die Verfügungsgewalt über die KZ-Häftlinge bis zum Schluss nicht aus der Hand zu geben. Wie die Selektionen zeigen, die in der Regel vor der endgültigen Räumung eines Lagers stattfanden, orientierte sich die SS dabei am weiteren Nutzwert der Häftlinge. Kranke und schwache Häftlinge wurden aufge-



geben, zurückgelassen, dem Hungertod ausgesetzt oder direkt getötet, während bei den „marschfähigen“ Häftlingen eine weitere Nutzung ihrer Arbeitskraft in Betracht kam.

Das Chaos der „Todesmärsche“ und „Evakuierungstransporte“, das gegen Kriegsende zum bestimmenden Bild wurde, war keineswegs beabsichtigt oder eine Folge konzeptionslosen Handelns. Es war vielmehr durch die immer geringeren Handlungsmöglichkeiten, den Mangel an Transportkapazitäten und die sich verengenden geografischen Räume bedingt. Zwar lagen den Lagerräumungen und den „Todesmärschen“ Befehle der Reichsführung der SS, der Inspektion der Konzentrationslager (IKL) und der für die Räumungen unmittelbar zuständigen Höheren SS- und Polizeiführer (HSSPF) zugrunde, doch die Entscheidungen auf den Transporten und Märschen lagen oft allein auf der unteren Ebene bzw. in der Hand der einzelnen Kommandoführer. Daniel Blatman spricht in seiner umfassenden Studie über die „Todesmärsche“ davon, dass in dieser Schlussphase die „Vernichtung vollständig dezentralisiert“ worden sei: Die Massaker bei Kriegsende seien oft im Zusammenwirken von unteren SS-Chargen mit lokalen Parteifunktionären, Polizei, Volkssturm und Hitlerjugend erfolgt, es habe sich gewissermaßen um aus der Situation heraus handelnde „lokale Abwicklungsgemeinschaften“ gehandelt, wobei die Ermordung „das bekannte Schema der Liquidierung von Feinden“ fortgesetzt habe.<sup>5</sup>

Das KZ Neuengamme mit seinen zahlreichen Außenlagern im norddeutschen Raum war eines der letzten großen Konzentrationslager, das die SS räumen ließ. Kurz vor Kriegsende befanden sich noch über 50 000 Menschen in den Händen der Neuengammer Lagerverwaltung<sup>6</sup> – Menschen, die bis dahin monate- oder jahrelange Zwangsarbeit im KZ überlebt hatten und auf die baldige Befreiung hofften.

Im Folgenden sollen die Ereignisse, die sich in den letzten sechs Kriegswochen bei der Räumung des KZ Neuengamme und seiner Außenlager zutragen, im Zusammenhang überblickartig dargestellt werden.

## **Sukzessive Auflösung der Außenlager**

Unter dem Druck der im Westen immer weiter vorrückenden britischen und US-amerikanischen Truppen sah sich die SS Ende März 1945 gezwungen, die ersten Außenlager des KZ Neuengamme zu räumen. Initiativen zu Lagerräumungen gingen teilweise auch von den Wirtschaftsunternehmen aus, die sich kurz vor Kriegsende der KZ-Gefangenen entledigen wollten.<sup>7</sup> Die Auflösung des Außenlagerkomplexes begann mit der Räumung der beiden im Emsland gelegenen Lager Meppen-Versen und Meppen-Dalum am 26. März

1945. Entsprechend dem Vorrücken der alliierten Truppen vom Rhein an die Elbe vollzog sich dann die weitere Entwicklung: In der ersten Aprilwoche folgte die Räumung der Außenlager in Porta Westfalica, Wilhelmshaven, Hannover, Braunschweig und Salzgitter sowie der beiden Bremer Frauenaußenlager Oberneide und Uphusen. Ab dem 7. April wurden die restlichen Bremer sowie die im Hamburger Stadtgebiet gelegenen Außenlager geräumt.

Bis Mitte April 1945 waren die Mehrzahl der damals noch bestehenden 57 Außenlager des KZ Neuengamme aufgelöst und die Häftlinge in eiligst herbeigeschafften Güterwaggons, per Lastwagen oder auf Fußmärschen vor den herannahenden alliierten Truppen weggeführt worden. Auf den oft tagelangen Fußmärschen erschossen die SS-Wachmannschaften diejenigen, die das Tempo nicht halten konnten und zurückblieben. Mit Nahrung – wenn überhaupt – für ein bis zwei Tage versehen, waren manche Bahntransporte mehr als eine Woche unterwegs. Die hygienischen Verhältnisse in den völlig überfüllten Waggons waren katastrophal, die Häftlinge erhielten kaum noch Essbares, selbst mit Wasser wurden sie nicht mehr versorgt. Aufgrund von Gleiszerstörungen und alliierten Luftangriffen irrten die Transporte teilweise wie ziellos durch Norddeutschland. Nicht selten erhielten die für die Räumung verantwortlichen SS-Führer innerhalb kurzer Zeit neue, sich teils sogar widersprechende Befehle. Es kam zu Massakern durch Wachmannschaften, an den Ankunftsorten der Transporte herrschten ebenfalls Hunger und Seuchen.

## **Die „Auffanglager“**

Zunächst wurden aus den Außenlagern im Emsland, Wilhelmshaven und einem kleinen Teil der Bremer und Hamburger Lager vor allem noch arbeitsfähige Häftlinge ins Hauptlager Neuengamme zurückgeführt. Da das Hauptlager jedoch völlig überfüllt war, wurden die weitaus meisten Transporte aus den Außenlagern in sogenannte „Auffanglager“ gelenkt. Hierbei handelte es sich um einen Lagertyp, der nur in den letzten Wochen vor Kriegsende existierte. Französischsprachige ehemalige Häftlinge haben für diese Lager den Begriff „mouroir“, Sterbelager, geprägt. In ihnen endeten die „Todesmärsche“ und Räumungstransporte, ohne dass diese Lager auf die große Zahl aufzunehmender Häftlinge auch nur im Geringsten vorbereitet gewesen wären. Die „Auffanglager“ waren häufig Notlösungen zur Aufnahme der Häftlinge, weil andere Lager wegen zerstörter Bahnstrecken und der näher rückenden Fronten nicht mehr erreichbar waren.

Einige Tausend männliche Häftlinge, aus dem Hauptlager abgeschobene Kranke und Häftlinge aus den Außenlagern in Hannover, teilweise auch



Abb. 1 Karte mit den wichtigsten Routen von Räumungstransporten aus dem KZ Neuengamme und seinen Außenlagern, 23. März bis 1. Mai 1945

aus Salzgitter, sowie mehr als 6000 Häftlinge, zumeist Jüdinnen, aus den Frauenaußenlagern des KZ Neuengamme kamen in das Konzentrationslager Bergen-Belsen.<sup>8</sup>

Da das KZ Bergen-Belsen aufgrund der völligen Überfüllung und des schnellen Heranrückens der britischen Truppen ab der zweiten Aprilwoche 1945 als Aufnahmelager ausfiel, musste die SS neue „Auffanglager“ suchen. Zum Zielort von 9000 Häftlingen, vor allem aus den Außenlagern des KZ Neuengamme im Emsland, in Wilhelmshaven und Bremen, aber auch aus einigen Hamburger Außenlagern, wurde ab dem 12. April Sandbostel bei Bremervörde. In dem dort seit 1939 bestehenden großen Kriegsgefangenenlager Stalag X B Sandbostel war ein separater Bereich für die Unterbringung von KZ-Häftlingen frei gemacht worden.<sup>9</sup> Auch hier war die Verpflegung und Versorgung der Menschen, von denen viele im Zuge von Krankentransporten ins Lager kamen, völlig unzureichend. Eine große Zahl Häftlinge ging an körperlicher Auszehrung und Krankheiten zugrunde; der Hunger trieb Häftlinge zum Leichenkannibalismus.

In der Nacht vom 19. auf den 20. April 1945 kam es während eines Luftalarms zu einer Revolte einiger Hundert Häftlinge, die eine Küchenbaracke stürmten, um an Nahrungsmittel zu gelangen. In derselben Nacht verließ die SS mit ca. 400 noch „marschfähigen“ Häftlingen das Lager. Die Häftlinge wurden im benachbarten Bremervörde in Güterwaggons geladen, doch geriet der Zug unter Tieffliegerbeschuss. Daraufhin brachte die SS die Häftlinge in Stade zunächst auf einen Lastkahn und dann auf dem Kohlenfrachter „Olga Siemers“ unter. Die Häftlinge wurden in die Laderäume gepfercht, der ehemalige Häftling Elie Cousseau berichtete: „Es war schrecklich, voller Kohlen und Feuchtigkeit.“<sup>10</sup> Mit diesem Schiff gelangten die Häftlinge elbabwärts über Brunsbüttel durch den Nord-Ostsee-Kanal, über Kiel entlang der Ostsee am 30. April bis nach Flensburg. Von ihrem weiteren Schicksal soll später noch die Rede sein.

Nach dem Abmarsch der SS blieben die übrigen KZ-Häftlinge im „Auffanglager“ Sandbostel weitgehend sich selbst überlassen; sie wurden von den im benachbarten Lager untergebrachten Kriegsgefangenen notdürftig versorgt. Den britischen Soldaten, die am 29. April in Sandbostel eintrafen und das Lager übernahmen, boten sich die gleichen Bilder wie zwei Wochen zuvor in Bergen-Belsen. In Sandbostel starben in der Zeit vom 12. bis 29. April 1945 sowie in den folgenden Wochen im Krankenhaus Rotenburg und in Lazaretten an den Haftfolgen annähernd 3000 KZ-Häftlinge und damit ein Drittel der in das „Auffanglager“ gebrachten Gefangenen.

Neben Bergen-Belsen und Sandbostel wurde noch ein drittes Lager zum „Auffanglager“ für „evakuierte“ Häftlinge aus Außenlagern des KZ Neuengamme: das erst im Februar 1945 eingerichtete und noch im Aufbau befindliche Außenlager Wöbbelin bei Ludwigslust.<sup>11</sup> Die über 5000 Häftlinge, die aus dem Außenlager Kaltenkirchen, aus den Außenlagern in Porta Westfalica und vor allem aus den Außenlagern im Raum Braunschweig–Salzgitter kommend ab Mitte April dort eintrafen, mussten in den wenigen halbfertigen Baracken leben. Im gesamten Lager stand nur eine Wasserpumpe zur Verfügung. Die SS ließ die vermutlich mehr als 1000 Häftlinge, die verhungerten oder an Krankheiten zugrunde gingen, in Massengräbern nahe dem Lagergelände verscharren. Am 1. Mai unternahm die SS den Versuch, die Häftlinge noch per Bahn nach Lübeck zu transportieren, um sie dort auf Schiffen unterzubringen. Da die Gleise durch Fliegerangriffe der Alliierten zerstört waren, gelang dies jedoch nicht mehr. Am 2. Mai 1945 befreiten Soldaten der 82. US-Luftlandedivision das Lager Wöbbelin.

Einige der Räumungstransporte erreichten auch andere Zielorte. So gelangten mehrere Tausend Häftlinge, Männer und Frauen, aus den beiden, zuletzt durch eintreffende Krankentransporte stark überfüllten Außenlagern

in Salzgitter-Watenstedt/Leinde (je ein Männer- und ein Frauenlager) in mindestens zwei Güterzügen nach tagelangen Irrfahrten schließlich am 14. April in das KZ Ravensbrück.

Viele Entwicklungen waren situativ und Folge der für die SS durch das Kriegsgeschehen zunehmend begrenzten Möglichkeiten. So gab es im Zuge der Lagerräumungen Geschehensabläufe, die den ursprünglichen Absichten zuwiderliefen. Ein Zug mit weit über 2000 Frauen, der am 8. April 1945 das Außenlager Helmstedt-Beendorf verlassen hatte und nach tagelanger Fahrt über Magdeburg und Stendal zunächst für drei Tage im mecklenburgischen Sülstorf Station machte, wo die SS eine große Zahl von Toten verscharren ließ, fuhr anschließend mangels Alternative zurück nach Westen und erreichte schließlich am 20. April Hamburg – genau zu dem Zeitpunkt, an dem mit der vollständigen Räumung des Neuengammer Hauptlagers begonnen wurde, um alle KZ-Häftlinge aus dem Gebiet der Hansestadt fortzuschaffen. Die stark geschwächten Frauen, von denen etliche noch nach der Ankunft starben, wurden provisorisch in den zuvor geräumten Hamburger Außenlagern Eidelstedt, Langenhorn und Sasel sowie im Außenlager Drägerwerk Wandsbek untergebracht, das im Unterschied zu den mit Jüdinnen belegten Hamburger Frauenaußenlagern nicht geräumt worden war. Die meisten Frauen aus Wandsbek wurden durch das Schwedische Rote Kreuz gerettet. Sie konnten Hamburg am 1. Mai 1945 mit einem Zug nach Padborg verlassen, von wo sie weiter zur Rekonvaleszenz nach Schweden gebracht wurden.

### **Massenmorde kurz vor dem Eintreffen der Alliierten**

In der Regel war den Häftlingen nicht bekannt, wohin die Räumungstransporte gehen sollten. Wenn aufgrund der völligen Überfüllung, des Herannahens alliierter Truppen und einer veränderten Befehlslage die ursprünglichen Zielorte aufgegeben oder die Transporte aufgrund zerstörter Verkehrswege, drohender Luftangriffe und zwingender Versorgungsgründe von den SS-Kommandoführern umdirigiert wurden, empfanden die Häftlinge und wohl auch die beteiligten Wachmannschaften dies als ein zielloses Durcheinander. In der Wahrnehmung der Häftlinge schien die Räumung der Lager keiner Logik zu folgen – es sei denn derjenigen, noch möglichst viele von ihnen zu Tode zu bringen. Die Strapazen der Märsche, die Enge in den Güterwaggons und auf den Ladeflächen der Lastwagen, die zunehmende Nervosität der Wachmannschaften und der rücksichtslose Schusswaffengebrauch, die Fliegerangriffe, der Hunger und noch mehr der Durst galten als Vorzeichen der drohenden Vernichtung und überlagerten immer mehr die Hoffnung auf eine baldige Befreiung.

Vollends außer Kontrolle schien die Lage dort zu geraten, wo die Transporte aufgrund der Frontlage und fehlender Kapazitäten nicht mehr fortgesetzt werden konnten und sich in einer ausweglosen „Sackgasse“ befanden. In solchen Situationen sahen sich die SS-Kommandoführer und die Begleitmannschaften vor die Alternative gestellt, sich abzusetzen und die Häftlinge freizugeben oder sich ihrer auf andere Weise zu entledigen. Zu den bekanntesten in einer solchen Situation begangenen Verbrechen der Endphase zählt das Massaker von Gardelegen.

Zwischen dem 9. und dem 11. April 1945 endeten in der Altmark mehrere große Räumungstransporte aus Außenlagern des KZ Mittelbau-Dora und ein Krankentransport mit Häftlingen aus dem Außenlager Hannover-Stöcken des KZ Neuengamme, der am 8. April Richtung Osten aufgebrochen war,<sup>12</sup> über Fallersleben und Wolfsburg per Bahn Mieste erreichte, dort aber seine Fahrt aufgrund zerstörter Gleisanlagen nicht fortsetzen konnte, sodass die Häftlinge die letzten 20 Kilometer bis Gardelegen (Abb. 1) zu Fuß zurücklegen mussten. Geografisch befanden sich die Transporte in einem durch die nördlich und südlich bereits bis an die Elbe vorgestoßenen US-amerikanischen Truppen gebildeten Kessel. Nach Absprache mit dem NSDAP-Kreisleiter Thiele trieb die SS am Abend des 13. April 1945 die Häftlinge in eine außerhalb der Stadt gelegene Feldscheune des Gutes Isenschnibbe. SS-Leute entzündeten das in der Scheune gelagerte und zuvor mit Benzin getränkte Stroh. 1016 Häftlinge verbrannten oder erstickten oder wurden bei dem Versuch, den Flammen zu entkommen, von der SS erschossen.<sup>13</sup> Auch in den alten Residenzstädten Celle und Lüneburg ereigneten sich entsetzliche Verbrechen an Neuengamme-Häftlingen. In Celle wurde am 8. und 9. April im Anschluss an einen Bombenangriff der US-Luftwaffe auf den Güterbahnhof, bei dem Hunderte Häftlinge in den verschlossenen Waggons verbrannten, auf Häftlinge, die fliehen konnten, von SS, Wehrmacht und Polizei, teilweise unterstützt von der Hitlerjugend und auch von Zivilisten, eine Treibjagd unternommen, die später im Volksmund als „Celler Hasenjagd“ bezeichnet wurde. Mindestens 170 Häftlinge wurden erschossen oder erschlagen.<sup>14</sup> Auch in Lüneburg ging ein Bombenangriff auf den Bahnhof einem Massaker voraus, bei dem am 11. April 1945 über 60 teilweise verletzte Häftlinge erschossen wurden.<sup>15</sup>

Die Motive, die diesen Massakern zugrunde lagen, waren vielschichtig: Wut über die alliierten Angriffe, Verzweiflung angesichts der sich abzeichnenden Niederlage, Hass auf die Häftlinge und das Streben nach Beseitigung von Zeugen der eigenen Verbrechen, schließlich Feigheit und der Wunsch der Wachmannschaften, sich der Gefangenen und damit der übertragenen Aufgabe zu entledigen, um sich abzusetzen zu können.



Abb. 2 US-amerikanische Soldaten am Ort des Massakers an KZ-Häftlingen bei Gardelegen, der Feldscheune des Gutes Isenschnibbe, 14. April 1945

Von den Entdeckungen solcher Verbrechen wie in Gardelegen wurde die Wahrnehmung Deutschlands durch die Alliierten maßgeblich beeinflusst. Dass sich das Schicksal von KZ-Häftlingen auch anders gestalten konnte, zeigt das Geschehen in dem nur 40 Kilometer von Gardelegen entfernten Salzwedel.<sup>16</sup> Hier konnten Angehörige der 9. US-Armee am 14. April 1945 ca. 3000 zumeist jüdische Frauen befreien. Das Nebeneinander der Befreiung des Frauenlagers in Salzwedel, das anscheinend aufgrund einer Entscheidung des dortigen Lagerführers nicht geräumt wurde, und des am Tag zuvor in Gardelegen verübten Massakers zeigt, wie hauchdünn die Grenze zwischen Leben und Tod, zwischen Vernichtung und Befreiung in jenen letzten Kriegstagen war und wie stark die Ereignisse von lokalen Entscheidungen abhängig waren.

Mit der Auflösung des KZ Neuengamme verbinden sich darüber hinaus zwei historische Ereignisse, die in ihrer Wirkung und Wahrnehmung völlig gegensätzlich waren und die ungewisse Situation zwischen Vernichtung und Befreiung besonders drastisch zeigen: die Rettung der dänischen



und norwegischen KZ-Häftlinge durch das Schwedische Rote Kreuz und die Verbringung der im KZ Neuengamme verbliebenen Häftlinge auf KZ-Schiffe.

### **Die Evakuierung der dänischen und norwegischen Häftlinge mit den „Weißen Bussen“**

Die Befreiung sämtlicher dänischer und norwegischer Gefangener deutscher Haftstätten im Rahmen einer koordinierten Rettungsaktion konnte nur gelingen, weil beharrliche Bemühungen skandinavischer Stellen gegen Kriegsende auf eine zunehmende Bereitschaft zu Zugeständnissen aufseiten der SS-Führung trafen.<sup>17</sup> Auf Bitte der norwegischen Exilregierung reiste Graf Folke Bernadotte, der Vizepräsident des Schwedischen Roten Kreuzes, Anfang 1945 zu Geheimgesprächen mit dem Reichsführer SS, Heinrich Himmler, und dem Chef des Reichssicherheitshauptamtes, Ernst Kaltenbrunner, mehrmals nach Berlin und Lübeck. Da Himmler auf die Dienste Bernadottes bei der Kontaktaufnahme zur britischen Regierung und bei der Vermittlung eines die totale Niederlage abwendenden, die Weiterführung des Krieges gegen die Sowjetunion ermöglichenden Waffenstillstands an der Westfront hoffte und Bernadotte Vermittlerdienste in Aussicht stellte, kam es zu einer Reihe von Abmachungen. Nach und nach rang Bernadotte Himmler wichtige Zugeständnisse ab. Mitte Februar sagte Himmler die Zusammenlegung aller in deutschen Haftanstalten und Konzentrationslagern inhaftierten dänischen und norwegischen Gefangenen zu. Neuengamme bot sich als das am weitesten im Norden Deutschlands gelegene Konzentrationslager für diesen Zweck und die später beabsichtigte Überführung der Gefangenen nach Schweden an.

Dies war der Beginn einer beispiellosen Hilfsaktion. Innerhalb der folgenden Wochen fuhren 36 Busse und weitere Fahrzeuge des Schwedischen Roten Kreuzes, versehen mit einer Sondererlaubnis der SS, zahlreiche deutsche Haftanstalten und Lager an, um Tausende dänische und norwegische Gefangene nach Neuengamme zu bringen.<sup>18</sup> Dort wurde im März 1945 ein eigenes, von den Häftlingen anderer Nationen abgetrenntes „Skandinavierlager“ eingerichtet, zu dem das Personal des Roten Kreuzes Zutritt erhielt.

Um die vier Häftlingsblocks in dem erst wenige Monate zuvor fertiggestellten, fast 3000 Quadratmeter großen Klinkergebäude nutzen zu können, musste es zunächst frei gemacht werden. Seit seiner Fertigstellung Ende 1944 hatte das zweigeschossige Gebäude als Unterkunft („Schonungsblocks“) für mehrere Tausend, kaum noch arbeitsfähige Häftlinge gedient,





Abb. 3 Ankunft von einem schwedischen und drei dänischen „Weißen Bussen“ beim KZ Neuengamme. Aquarellzeichnung des geretteten dänischen Häftlings Jens Martin Sørensen

die aus den Außenlagern zurückgeschickt worden waren. Um die völlig überbelegten Unterkünfte, die aufgrund der hohen Todesrate auch als „Sterbeblocks“ bezeichnet wurden, räumen zu können, bediente sich die SS der Mithilfe des Schwedischen Roten Kreuzes und der dänischen und norwegischen Häftlinge. Das Heraustragen der oft sterbenskranken Mitgefangenen, die nicht wussten, ob dies Hilfe oder die drohende Vernichtung bedeutete, beschreiben sowohl die dänischen und norwegischen Häftlinge als auch die schwedischen Busfahrer als einen der schwersten Momente in der gesamten Aktion.

Etwa 2000 der in den „Schonungsblocks“ untergebrachten Häftlinge anderer Nationen, darunter viele Polen und Franzosen, ließ die SS Ende März mit den „Weißen Bussen“ in Außenlager nach Hannover und Salzgitter bringen. Die Häftlinge waren maßlos enttäuscht, als sie feststellten, dass die Busse sie nicht in die Freiheit, sondern in andere, noch schlechter versorgte Lager brachten. Sie fühlten sich vom Roten Kreuz, auf dessen

Hilfe sie gehofft hatten, verraten.<sup>19</sup> Dieses Ereignis bot in den letzten Jahren in Schweden und Norwegen einen weiteren Anlass für die dort mit Vehemenz geführte Debatte über die Ambivalenzen der schwedischen Neutralität im Zweiten Weltkrieg.<sup>20</sup>

Nachdem Himmler Anfang April der Bitte Bernadottes zugestimmt hatte, kranke und entkräftete dänische und norwegische Häftlinge aus Neuengamme nach Schweden evakuieren zu dürfen, fuhren ab diesem Zeitpunkt mehrfach kleinere Transporte mit Kranken über Dänemark nach Schweden. Zur selben Zeit wie die Anordnung zur Räumung des Hauptlagers am 19. April durch den Höheren SS- und Polizeiführer traf auch die aus Berlin erwartete Genehmigung zum Abtransport aller dänischen und norwegischen Häftlinge aus Neuengamme ein. Für die große Rettungsaktion boten das Schwedische und das Dänische Rote Kreuz alle verfügbaren Kräfte auf: Mit 120 Bussen und anderen Fahrzeugen, von denen viele kurzfristig in Dänemark bereitgestellt, weiß gestrichen und mit dem Zeichen des Roten Kreuzes versehen worden waren, verließen am 20. April die letzten 4200 Insassen des „Skandinavierlagers“ in sechs, im Abstand von jeweils etwa



Abb. 4 „Weiße Busse“ in Padborg, Mai 1945 (im Hintergrund das heutige Postgebäude)

einer Stunde aufbrechenden Konvois das KZ Neuengamme. Bei ihrer Ankunft in Padborg an der dänisch-deutschen Grenze, wo das Dänische Rote Kreuz eine Quarantänestation zur medizinischen Erstversorgung eingerichtet hatte, wurden die Häftlinge von der Bevölkerung begeistert empfangen. Von Padborg fuhren die Busse weiter nach Schweden, wodurch die Häftlinge unwiderruflich ihre Freiheit erhielten. Insgesamt konnten 6000 dänische und norwegische Gefangene im Rahmen der Aktion der „Weißen Busse“ – auch als „Aktion Bernadotte“ bezeichnet – aus Neuengamme gerettet werden.

In der bis zum Kriegsende verbleibenden Zeit gelang es dem Schwedischen Roten Kreuz anschließend noch, bis zu 15 000 weitere KZ-Häftlinge anderer Nationalität zu retten, darunter mehr als 7000 Frauen aus dem KZ Ravensbrück und etwa 2000 Frauen aus Außenlagern des KZ Neuengamme. Sie alle wurden zunächst in Padborg versorgt, bevor sie endgültig aus dem deutschen Machtbereich in das neutrale Schweden gebracht wurden.

### **Die Räumung des Hauptlagers**

Nachdem die letzten skandinavischen Häftlinge und Rote-Kreuz-Angehörigen das Hauptlager verlassen hatten, begann die SS noch am 20. April mit dessen Räumung, die der Höhere SS- und Polizeiführer Nordsee, Georg Henning Graf von Bassewitz-Behr, der die Befehlsgewalt über das KZ Neuengamme im Fall alliierter Feindannäherung ausübte, gemeinsam mit dem Hamburger NSDAP-Gauleiter und Reichsverteidigungskommissar Karl Kaufmann organisierte. Ihre Entscheidungen und ihr Handeln sind im Gesamtzusammenhang der Vorbereitungen auf das Kriegsende in Hamburg zu sehen. Kaufmann hatte sich Mitte April unter dem Einfluss enger Weggefährten sowie des Rüstungsministers Albert Speer, des Kampfkommandanten von Hamburg, Generalmajor Alwin Wolz, und maßgeblicher Vertreter der Wirtschaft, die eine weitere Zerstörung der nach den Bombenangriffen des Jahres 1943 schwer geschädigten Stadt, der Fabrikationsanlagen und der Werften bei einer militärischen Verteidigung Hamburgs fürchteten, dazu durchgerungen, die Stadt entgegen dem Befehl Hitlers kampfflos an die britische Armee zu übergeben.<sup>21</sup>

Führende Vertreter der Hamburger Wirtschaft hatten bereits seit Januar 1945 über den Abtransport der KZ-Häftlinge bei Annäherung des Feindes beraten.<sup>22</sup> Die Betriebe, die sich zuvor um den Arbeitseinsatz von Häftlingen bemüht hatten, waren nun bestrebt, sich ihrer wieder zu entledigen. Im April konnten sie ihre Position auch gegenüber der politischen Führung durchsetzen. Am 12. April wurde in einer Besprechung bei Gauleiter Kauf-

mann beschlossen, dass die auf der Werft Blohm & Voss eingesetzten Häftlinge abtransportiert werden sollten, was auch umgehend geschah. Die am 13. April 1945 von der Gauwirtschaftskammer vertraulich verbreiteten „Richtlinien für die Betriebe bei einer Evakuierung im Falle unmittelbarer Feindbedrohung“ bestimmten: „KZ-Häftlinge (männliche und weibliche) werden spätestens bei ‚Alarm Küste‘ abtransportiert. Die Herausführung zu einem früheren Zeitpunkt wird seitens der Gauwirtschaftskammer angestrebt.“<sup>23</sup>

Die Wirtschaftsvertreter teilten die Sorge der Verwaltung vor Plünderungen, die nach dem Ende der Kampfhandlungen durch befreite Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge befürchtet wurden. Zudem befürchteten sie Repressalien der Sieger, sollten diese bei der Einnahme der Stadt auf halb verhungerte Häftlinge und Opfer von Greuelthaten stoßen. Deshalb sollten die „KZ-Elendsgestalten“ noch vor der Übergabe an die britische Armee aus der Stadt fortgeschafft werden.

Kaufmann und Bassewitz-Behr einte fortan das Interesse, den Alliierten möglichst geordnete Verhältnisse präsentieren zu können. Da Bassewitz-Behr keine Ausweichlager mehr zur Aufnahme der Neuengamme-Häftlinge fand – die ursprünglich vorgesehene Unterbringung in einem provisorischen Lager auf Fehmarn scheiterte –, schlug Kaufmann die Unterbringung auf Schiffen vor. In dem 1946 gegen ihn geführten Ermittlungsverfahren erklärte Bassewitz-Behr dazu: „Da durch die Verlegung auf Schiffe mir die Frage der Beschaffung von Versorgungsanlagen (Küchen, Latrinen, usw.), die bei Neueinrichtung eines Lagers so schnell kaum hätten beschafft werden können, und die Frage der Bewachung des Lagers (keine Einzäunung notwendig) sehr einfach zu lösen schien, griff ich diesen Vorschlag auf und beauftragte [den Kommandanten des KZ Neuengamme] Pauly, sich sofort mit dem Reichskommissar für die Seeschifffahrt [NSDAP-Gauleiter Karl Kaufmann] in Verbindung zu setzen und mit dessen Beauftragten an Ort und Stelle die Möglichkeit der Einrichtung eines Ausweichlagers auf diesen Schiffen zu prüfen.“<sup>24</sup>

## **Inferno auf den KZ-Schiffen**

Ab dem 20. April wurden die Häftlinge aus dem Hauptlager in Neuengamme in großer Eile zumeist mit Zügen fortgeschafft. In den Tagen vom 21. bis 26. April erreichten Transporte mit über 9000 Häftlingen des KZ Neuengamme den Lübecker Hafen. Von dort aus wurden sie auf Schiffe verladen, die Gauleiter Kaufmann in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für die Seeschifffahrt als „schwimmende Konzentrationslager“ requiriert hatte,

und zwar die Frachtschiffe „Athen“, „Elmenhorst“ und „Thielbek“ sowie die „Cap Arcona“, den großen Luxusliner der Reederei Hamburg-Süd. Das Kommando im Lübecker Hafen führte SS-Hauptsturmführer Christoph Gehrig, der seit Juli 1944 im KZ Neuengamme als Verwaltungsleiter Dienst tat. Zu Tausenden wurden die Häftlinge in den Laderäumen der Frachtschiffe untergebracht. Diese waren in keiner Weise für die Unterbringung von Menschen ausgestattet.

Das Schwedische Rote Kreuz erreichte es, dass zwei kleinere schwedische Schiffe, die Fahrzeuge und Lebensmittelpakete für die Aktion der „Weißen Busse“ nach Lübeck gebracht hatten, auf ihrer Rückfahrt französische, belgische und niederländische Häftlinge mitnehmen durften. An Bord der „Lillie Matthiessen“ und der „Magdalena“ gelangten so mehrere Hundert Häftlinge nach Malmö und entgingen damit der Katastrophe.

Der Kapitän der „Cap Arcona“, Heinrich Bertram, weigerte sich mit Unterstützung seiner Reederei zunächst, Häftlinge an Bord zu nehmen, wurde aber von der SS massiv unter Druck gesetzt, sodass er schließlich seinen Widerstand aufgab. Ab dem 26. April pendelte die „Athen“ zwischen dem Lübecker Hafen und dem vor Neustadt in der Lübecker Bucht vor Anker liegenden Passagierschiff und brachte weit über 5000 Häftlinge an Bord der „Cap Arcona“. Auf der zuletzt als Lazarettsschiff eingesetzten einstigen „Königin des Südatlantiks“ herrschten nun katastrophale Zustände. Halb verrückt vor Durst und Hunger vegetierten die Häftlinge in ihren eigenen Exkrementen vor sich hin. Die Zahl der Toten stieg von Tag zu Tag. Die „Cap Arcona“ war mit bis zu 7000 Häftlingen an Bord zeitweilig so überfüllt, dass 2000 Häftlinge wieder von Bord genommen werden mussten.

Angesichts derartiger Zustände sowie ihrer Erfahrungen mit der SS kann es nicht überraschen, wenn die überlebenden Häftlinge nur eine Vermutung hatten, was mit ihnen geschehen sollte. Demzufolge habe die SS die Versenkung der Schiffe beabsichtigt, um sich der Häftlinge zu entledigen. Auch in der Forschung findet sich die Vermutung, dass es das angestrebte Ziel der SS gewesen sei, die KZ-Häftlinge mit den Schiffen „in der Ostsee untergehen zu lassen“.<sup>25</sup> Als andere Möglichkeit wird genannt, dass die SS der britischen Luftwaffe bewusst eine „hinterhältige Falle“<sup>26</sup> gestellt und darauf spekuliert habe, dass diese die Schiffe versenken würde.

Es ist jedoch unklar, ob Bassewitz-Behr und Kaufmann tatsächlich über das Vorhaben hinaus, die Häftlinge möglichst rasch aus Hamburg fortzuschaffen, weitere Pläne hatten. Eindeutige Vorbereitungen für eine Versenkung der Schiffe wurden jedenfalls nicht getroffen, auch anderes spricht gegen diese Annahme, so z. B. das mehrtägige Ankern der voll beladenen Schiffe oder die Anwesenheit von 400 Marinesoldaten und 70 Besatzungsmitgliedern

allein an Bord der „Cap Arcona“. Nach dem Krieg erklärten Bassewitz-Behr und Kaufmann den britischen Vernehmern, dass sie die Absicht gehabt hätten, die Schiffe mit den Häftlingen dem Schwedischen Roten Kreuz zu übergeben. Auch hierfür gibt es keine Bestätigung.

Am 2. Mai 1945, wenige Stunden vor der Einnahme Lübecks durch britische Truppen, wurde die „Thielbek“, die bis dahin noch im Lübecker Hafen gelegen hatte, in die Lübecker Bucht geschleppt, wo sie in unmittelbarer Nähe der „Cap Arcona“ und der „Athen“ vor Anker ging. Auf den drei Schiffen befanden sich insgesamt über 9000 Häftlinge, ein viertes Schiff, die „Deutschland“, lag zur Aufnahme weiterer Häftlinge bereit.

Am Mittag des 3. Mai geschah dann die Tragödie: Im Rahmen eines von ca. 200 Flugzeugen der Royal Air Force in der Kieler und der Lübecker Bucht geführten Großangriffs, der Absetzbewegungen deutscher Truppenteile über die Ostsee verhindern sollte und bei dem insgesamt 23 Schiffe versenkt und 115 Schiffe beschädigt wurden, nahmen britische Jagdbomber die „Cap Arcona“ und die „Thielbek“ unter Raketenbeschuss. Der Staffel der Royal Air Force, die den Einsatz flog, war zu diesem Zeitpunkt nachgewiesenermaßen nicht bekannt, dass sich an Bord der Schiffe KZ-Häftlinge befanden.

Glück hatten nur die Menschen an Bord der „Athen“, die kurz zuvor in den Hafen von Neustadt beordert worden war, um noch weitere Häftlinge aufzunehmen. Sie wurde nur von drei kleineren Bomben getroffen und überstand den Angriff mit 1998 Häftlingen an Bord weitgehend unbeschädigt. Für die über 4200 auf der „Cap Arcona“ und die ca. 2800 auf der „Thielbek“ eingepferchten Häftlinge wurde der Angriff dagegen zur Katastrophe. Beide Schiffe erhielten jeweils mehrere Volltreffer und gerieten in Brand. Die „Thielbek“ sank innerhalb kurzer Zeit, die „Cap Arcona“ kenterte, ragte aufgrund der geringen Wassertiefe aber mit der Steuerbordseite weiterhin aus dem Wasser und brannte aus. Da die meisten Häftlinge in den unteren Decks und Laderäumen eingesperrt waren, bestand für sie nahezu keine Rettungsmöglichkeit. Die wenigen Rettungsboote nutzten die an Bord befindlichen SS-Männer, Marinesoldaten und Besatzungsmitglieder für sich. Die Häftlinge, die ins Wasser sprangen, hatten bei einer Wassertemperatur von nur sieben Grad und angesichts ihres geschwächten Zustands kaum eine Chance. Sie klammerten sich an im Wasser schwimmende Holzteile. Hinzu kam, dass ahnungslose britische Tiefflieger die Schiffbrüchigen mit Bordwaffen beschossen. Von Land aus gestartete Rettungsaktionen galten vor allen den Bewachungsmannschaften. Auf Häftlinge, die sich zu retten versuchten, wurde hingegen von SS-Leuten und von Marinesoldaten der Garnison Neustadt geschossen. Nur etwa 400 Häftlinge überlebten den



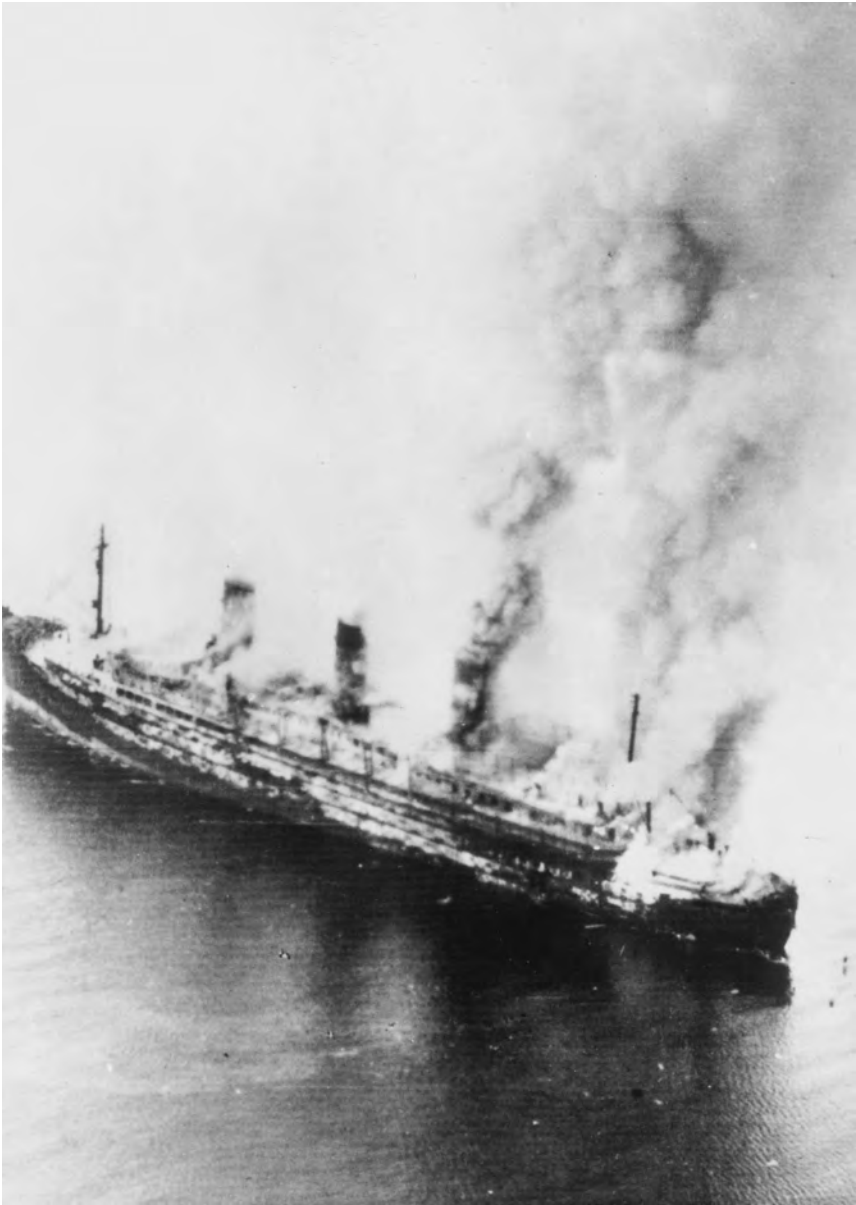


Abb. 5 Die brennende „Cap Arcona“ am 3. Mai 1945 in der Lübecker Bucht vor Neustadt

Angriff auf die „Cap Arcona“ und die „Thielbek“, während 6600 Häftlinge – wenige Stunden bevor britische Truppen Neustadt erreichten – an Bord verbrannten, in der Ostsee ertranken oder beim Versuch, sich zu retten, erschossen wurden.

Zwar war – so der Untersuchungsbericht von Major Noel O. Till über das Unglück in der Lübecker Bucht vom September 1945<sup>27</sup> – bereits kurz nach der Einnahme Lübecks am Abend des 2. Mai der Kommandeur der 11. Panzerdivision Maj.-Gen. George P. B. Roberts durch den schweizerischen Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes Paul de Blonay über die Anwesenheit von KZ-Häftlingen auf den Schiffen informiert worden. Da diese Nachricht jedoch nicht schnell genug an die verantwortlichen Stellen weitergegeben worden war, konnte der angeordnete Angriff nicht mehr rechtzeitig gestoppt bzw. den Piloten entsprechende Hinweise übermittelt werden. In der an Tragödien nicht armen Geschichte des Zweiten Weltkrieges hat – ungeachtet der Verantwortung der SS – der versehentliche Angriff auf die KZ-Schiffe eine besondere Bedeutung. Unmittelbar vor ihrer möglichen Befreiung, starben tausende Häftlinge, die die Alliierten herbeisehnten, im von britischen Bombern entfachten Feuer.

Der Untergang der KZ-Schiffe, bei dem es sich zugleich um eine der folgenschwersten Schiffskatastrophen aller Zeiten handelt, die „Todesmärsche“ und die fürchterlichen Verhältnisse in den Sterbelagern Bergen-Belsen, Sandbostel und Wöbbelin – das Ende des KZ Neuengamme war ein Inferno. Die Zahl der Häftlinge, die in den letzten drei Kriegswochen umkamen, lässt sich nur schätzen. Sie dürfte bei über 16 000 liegen.

## **Die Verwischung der Spuren**

Was geschah derweil in Neuengamme? Gezielt ließ die SS dort die Spuren ihrer Verbrechen verwischen. Nachdem der Großteil der Häftlinge das Hauptlager in Neuengamme verlassen hatte, musste ein über 700 Mann starkes Kommando, gebildet zumeist aus deutschen und anderen Funktionshäftlingen, das Lager aufräumen. Sämtliche Baracken wurden von Stroh und Unrat gereinigt, teilweise sogar die Wände frisch gekalkt und verräterische Gegenstände wie Galgen und Prügelbock beseitigt. Neben Aufräum- und Demontearbeiten ordnete die SS die Vernichtung sämtlicher Kommandanturakten, der Unterlagen der Politischen Abteilung (Lager-Gestapo), der Karteien und allen weiteren im Lager befindlichen Schriftguts an.

Auch wurden Wertgegenstände gezielt beiseite geschafft. Mit der Bahn und auf Lastwagen wurden Gemälde sowie Lebensmittel, Zigaretten und



andere wertvolle Habe aus nicht verteilten Paketen des Roten Kreuzes und Häftlingseffekten u. a. in den Heimatort des KZ-Kommandanten Max Pauly nach Wesselburen in Dithmarschen abtransportiert. Wie die Sicherstellung von Werten auf die Häftlinge wirkte, zeigt folgender Bericht von Gustav Auschner, der seit dem 1. März 1940 als Zeuge Jehovas im KZ Neuengamme inhaftiert war:

„Als im April 1945 die Häftlingstransporte nach Lübeck gingen, das Lager allmählich geräumt wurde, sagte uns plötzlich [SS-Unterscharführer Hugo] Schnepel: ‚Die Kaninchen kommen auf mein Besitztum nach Beidenfleth/Holstein.‘ Das war wie ein Aprilscherz. Menschen waren zur Vernichtung bestimmt und Kaninchen sollten am Leben bleiben? [...] Auf dem Lagerbahnhof stand eine Anzahl von Güterwagen und nun wurden die Kaninchenställe aufgeladen, die Kaninchen in Kisten verpackt und aufgeladen. Am 25. April 1945 nachts fuhr tatsächlich der Zug nach Wilster in Holstein. 14 Häftlinge – alle Zeugen Jehovas – fuhren mit. Auf eine ganz wunderbare Weise fuhren wir in die Freiheit. Auf dem Bahnhof von Wilster wurden Ställe und Kaninchen ausgeladen und nach Beidenfleth auf Schnepels Besitztum gebracht.“<sup>28</sup>

Nachdem am 29. April ca. 240 Häftlinge, unter ihnen auch die Lagerkapelle, Neuengamme zunächst Richtung Bergedorf und Außenlager Spaldingstraße aufgebrochen waren und sie vom Hauptbahnhof mit dem Zug bis nach Bargtheide gelangten, mussten sie wegen Unpassierbarkeit der Strecke zu Fuß weiter. Über Reinfeld, Bad Segeberg und Neumünster gelangten sie dann erneut mit der Bahn am Morgen des 4. Mai schließlich bis Flensburg-Weiche. Während des Transports waren ca. 100 Häftlinge verloren gegangen, einige wurden von der SS erschossen, den meisten gelang es jedoch, sich abzusetzen.

Am 30. April brachen weitere ca. 350 Häftlinge unter dem Kommando des Rapportführers Wilhelm Dreimann, weiterer berücktigter SS-Blockführer und der Hundestaffel Richtung Norden auf. Die Häftlinge erreichten Lübeck nicht mehr und mussten daraufhin ihren Weg über Bad Oldesloe und Neumünster fortsetzen, von wo aus es dann am 2. Mai mit der Bahn bis Flensburg-Weiche weiterging. Diese noch ca. 300 Häftlinge trafen dort nun am 4. Mai mit den knapp 150 Häftlingen, die am 29. April Neuengamme verlassen hatten, zusammen. Auch von ihrem Schicksal wird weiter unten noch die Rede sein.

Die letzten SS-Leute verließen das Hauptlager Neuengamme am Morgen des 2. Mai. Als wenige Stunden später die ersten britischen Soldaten das Lager erkundeten, war es menschenleer. Die 170 Gebäude und Baracken zeugten zwar von der Größe des Konzentrationslagers, doch



Abb. 6 Luftaufnahme des KZ Neuengamme von der Royal Air Force, 16. April 1945. Bildausschnitt

fanden die Soldaten nicht – wie in den anderen KZ-Hauptlagern – zu Skeletten abgemagerte Menschen und Leichenberge vor. So gingen die Bilder des Schreckens nicht von Neuengamme, sondern von Bergen-Belsen, Sandbostel, Wöbbelin, Gardelegen und weiteren Orten des Massensterbens in die Welt. In Neuengamme verbarg der Ort hingegen weitgehend das, was sich dort zugetragen hatte.

In Deutschlands Hafenmetropole Hamburg begünstigte die vollständige Räumung des KZ Neuengamme bei Kriegsende, die so vielen Menschen den Tod brachte, die jahrzehntelang bis Anfang der 1980er Jahre aufrechterhaltene Legende, in der – sich gerne als weltoffen etikettierenden – Hansestadt sei es während der Nazi-Herrschaft weit gemäßigter zugegangen als anderswo. Noch 1967 war in der offiziellen Heimatchronik der Freien und Hansestadt Hamburg zu lesen, dass in Hamburg „unter der NS-Herrschaft ein milderes Parteklima als in anderen Gauen Deutschlands geherrscht“ habe und die Verbrechen im KZ Neuengamme „so gut wie unbemerkt von der Öffentlichkeit“ stattgefunden hätten.<sup>29</sup>

### **Das letzte Kapitel: Flensburg**

Doch noch eine Woche nach der Befreiung des KZ Neuengamme und dem Untergang der KZ-Schiffe befanden sich ca. 750 Häftlinge mit Neuengammer Lagernummer und 630 mit Nummer aus dem KZ Stutthof in der Hand der SS. Diese 630 waren die Überlebenden von 1060 Häftlingen, die am 28./29. April 1945 von Stutthof aus über die Ostsee nach Flensburg gelangten. Ihre Fahrt mit der „Ruth“ endete am 3. Mai am Strandbereich unterhalb der Marineschule Mürwik. Die Ereignisse, die sich in Flensburg zutrugen, hat bereits vor fast 20 Jahren Ulf Lüers erforscht und 1996 unter dem Titel „Die Toten über Bord geworfen ...“

KZ-Häftlingstransporte nach Flensburg im April/Mai 1945“ publiziert.<sup>30</sup> Von ihnen zeugt auch das Gräberfeld auf dem Friedhof Friedenshügel mit 64 KZ-Opfern, von denen vermutlich 26 bei Tieffliegerangriffen auf die „Olga Siemers“ starben.

Nachdem die auf eine Sandbank aufgelaufene „Olga Siemers“ nach mehrtätigem Zwischenstopp am 30. April mit 320 Häftlingen, die aus dem KZ-Auffanglager Sandbostel über den Nord-Ostsee-Kanal herangeschafft worden waren, Flensburg erreicht hatte, wurden einige schwer kranke Häftlinge in ein Lazarett überstellt, die übrigen in Güterwaggons verladen. Doch setzte der Zug sich nicht in Bewegung, sondern die Waggons blieben für einige Tage in Flensburg-Weiche stehen – ohne Essen für die Häftlinge und mit nur wenig Trinkwasser. Die ausgemergelten Menschen wurden am 4. Mai gemeinsam mit den ca. 450 Häftlingen der beiden zwischenzeitlich dort eingetroffenen Räumungstransporte, die das KZ Neuengamme am 29. und am 30. April verlassen hatten, nun in den Waggons die wenigen Kilometer vom Stadtteil Weiche bis zum Flensburger Hafen gebracht. Die Häftlinge wurden dann auf den Dampfer „Rheinfels“ getrieben. Dies geschah unter den Augen der Öffentlichkeit. Ein Augenzeuge berichtete später: „Dort stand ein endlos langer Zug mit Viehwaggons und daraus brüllten die Menschen nach Wasser, in allen Sprachen. Und es waren Anwohner aus der gegenüberliegenden Straße, die dann Wasser brachten, obwohl das Wasserwerk damals selbst kein Wasser lieferte.“<sup>31</sup>

Auch auf der „Rheinfels“ herrschten sehr schlechte Zustände. Hier befanden sich nun ca. 750 Neuengammer Häftlinge, die 630 Überlebenden der „Ruth“ aus dem KZ Stutthof und Häftlinge der SS-Baubrigade V, die 1945 dem KZ Sachsenhausen unterstand - insgesamt bis zu 1600 Gefangene sowie ca. 100 Mann SS. Der Kapitän der „Rheinfels“, W. Meybohm, fasste seine Eindrücke in einem Bericht an die Schiffseignerin am 8. Juli 1945 in die Worte: „Die Zustände lassen sich nicht beschreiben, die Häftlinge lagen auf den eisernen Decks, da kein Stroh zu beschaffen war. Da keine Toiletten zur Verfügung standen, verrichteten die Häftlinge ihre Notdurft an Deck. Seuchen wurden schon mit an Bord gebracht und wir hatten täglich 10–12 Tote. Glücklicherweise blieb die Mannschaft, bis auf leichtere Durchfälle, von den Seuchen verschont.“<sup>32</sup>

Berichte über die fürchterlichen Missstände gelangten auch nach Mürwik, wie der die Geschäfte des Außenministers wahrnehmende „leitende Minister“ der geschäftsführenden letzten Reichsregierung, Lutz Graf Schwerin von Krosigk, in seinen apologetisch geprägten Erinnerungen

berichtete: „Als dann in Flensburg ein Schiff mit KZ-Insassen eintraf, dessen Wachmannschaften sich aus dem Staube gemacht hatten und das der Hafenkommendant in einem erschütternden Zustand vorfand, ordnete Dönitz sofort Maßnahmen an, um begangene Verbrechen durch das deutsche Volk selbst aufklären und sühnen zu lassen.“<sup>33</sup>

Ihre Freiheit erlangte der Großteil der Häftlinge erst nach Kriegsende am 10. Mai. Nachdem in den Vortagen in Gesprächen zwischen der Dönitz-Regierung und der örtlichen Polizei ihr Abtransport nach Schweden verabredet und die Regierung in Stockholm durch die britische Botschaft entsprechend informiert worden war, verließen am 10. Mai nach der Umschiffung insgesamt 1350 ausländische Häftlinge mit der „Homberg“ den Flensburger Hafen Richtung Malmö, wo das Schiff am nächsten Tag ankam. An Bord befanden sich nun ausreichend Proviant (Rote Kreuz-Pakete und zwei Gulaschkanonen). Am gleichen Tag musste die Reichsregierung unter Großadmiral Dönitz, der noch am 7. Mai den Hitlergruß als Gruß in der Wehrmacht bestätigt hatte,<sup>34</sup> auf Geheiß der Briten die Reichskriegsflagge von ihrem Dienstsitz in der Fähnrichschule der Kriegsmarine in Mürwik einholen. Ein sichtbares Zeichen dafür, dass das „Dritte Reich“ auch im hohen Norden sein Ende gefunden hatte.<sup>35</sup>

## Anmerkungen

- 1 Vgl. Wolfgang Benz/Barbara Distel (Hg.), Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Band 5: Hinzert, Auschwitz, Neuengamme, Redaktion: Angelika Königseder. München 2007, Artikel zu den Außenlagern Breitenfelde/Mölln (S. 364), Husum-Schwesing (S. 457-462), Kaltenkirchen (S. 462-465), Kiel (S. 465 f.), Ladelund (S. 467-470), Lütjenburg-Hohwacht (S. 477-479), Mölln- Neustadt/Holstein (S. 487) und in Wedel (S. 531-534).
- 2 Vgl. Jean-Luc Blondel/Susanne Urban/Sebastian Schönemann (Hrsg.), Freilegungen. Auf den Spuren der Todesmärsche, Göttingen 2012.
- 3 Vgl. Stanislav Zámečník, Kein Häftling darf lebend in die Hände des Feindes fallen. Zur Existenz des Himmler-Befehls vom 14./18. April 1945, in: Dachauer Hefte 1 (1985), S. 219–231. Der Wortlaut des im Original nicht erhaltenen Befehls lautete: „Die Übergabe kommt nicht in Frage. Das Lager ist sofort zu evakuieren. Kein Häftling darf lebend in die Hände des Feindes fallen. Die Häftlinge haben sich grauenhaft gegen die Zivilbevölkerung in Buchenwald benommen.“ (ebenda, S. 219).

- 4 Karin Orth, *Das System der nationalsozialistischen Konzentrationslager*, Hamburg 1999, S. 332.
- 5 Daniel Blatman, *Die Todesmärsche 1944/45. Das letzte Kapitel des nationalsozialistischen Massenmords*, Reinbek bei Hamburg 2011, S. 691 f.
- 6 Dem Bericht des SS-Standortarztes Dr. Alfred Trzebinski an das SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt vom 29. März 1945 zufolge befanden sich am 25. März 1945 39 880 Häftlinge, davon 12 073 Frauen, in den Außenlagern und bis zu 14 000 Häftlinge im Hauptlager; Faksimile des Berichtes in: Hermann Kaienburg, *Das Konzentrationslager Neuengamme 1938–1945*, hrsg. v. d. KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Bonn 1997, S. 123–126.
- 7 Siehe Marc Buggeln, *Arbeit & Gewalt: Das Außenlagersystem des KZ Neuengamme*, Göttingen 2009, S. 628 ff.
- 8 Vgl. Thomas Rahe/Arnold Jürgens, *Das Lager II: Bergen-Belsen in den letzten Tagen vor der Befreiung*, in: Detlef Garbe/Carmen Lange (Hrsg. im Auftrag der KZ-Gedenkstätte Neuengamme), *Häftlinge zwischen Vernichtung und Befreiung. Die Auflösung des KZ Neuengamme und seiner Außenlager durch die SS im Frühjahr 1945*, Bremen 2005, S. 95–103; *Bergen-Belsen. Kriegsgefangenenlager 1940–1945, Konzentrationslager 1943–1945, Displaced Persons Camp 1945–1950. Katalog der Dauerausstellung*. Red.: Marlis Buchholz. Hrsg.: Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten, Celle/Göttingen 2009, S. 224 ff.
- 9 Vgl. Klaus Volland, *Das Stalag X B Sandbostel als Auffanglager für KZ-Häftlinge*, in: Garbe/Lange, *Häftlinge zwischen Vernichtung und Befreiung* (wie Anm. 8), S. 117–125.
- 10 Elie Cousseau aus La Peyratte, Frankreich, geboren 1926, ehemaliger Häftling des KZ Neuengamme. Brief an die KZ-Gedenkstätte Neuengamme, 14.3.2001.
- 11 Vgl. Carina Baganz, *Zehn Wochen KZ Wöbbelin. Ein Konzentrationslager in Mecklenburg 1945*, hrsg. v. d. Mahn- und Gedenkstätten Wöbbelin, Wöbbelin 2000.
- 12 Vermutlich sollte der Transport ebenso wie die am Vortag aus Salzgitter-Watenstedt/Leinde per Bahn abtransportierten Häftlinge das KZ Ravensbrück erreichen.
- 13 Vgl. Diana Gring, *Das Massaker von Gardelegen. Ansätze zur Spezifizierung von Todesmarschverbrechen am Beispiel Gardelegen*, in: Garbe/Lange, *Häftlinge zwischen Vernichtung und Befreiung* (wie Anm. 8), S. 155–165.
- 14 Vgl. Bernhard Strebel, *Celle April 1945 revisited. Ein amerikanischer Bombenangriff, deutsche Massaker an KZ-Häftlingen und ein britisches Gerichtsverfahren*, Bielefeld 2008.
- 15 Vgl. Immo de Vries, *Kriegsverbrechen in Lüneburg. Das Massengrab im Tiergarten*, hrsg. v.d. Geschichtswerkstatt Lüneburg e. V., Lüneburg 2000.
- 16 Vgl. Dietrich Banse, *14. April 1945: Der Tag der Befreiung des Außenlagers Salzwedel aus der Sicht der Befreiten, der Befreier und der Bevölkerung von*

- Salzwedel, in: Garbe/Lange, Häftlinge zwischen Vernichtung und Befreiung (wie Anm. 8), S. 87–93.
- 17 Vgl. Manfred Warnecke, „Und plötzlich war es so, als hätten wir all unser Grauen abgeschüttelt“. Die Rettungsexpedition „Weiße Busse“ im Frühjahr 1945, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 40 (2004), Nr. 4, S. 488–509; Michael Grill, „Neuengamme war die erste Etappe auf dem Weg in die Heimat und Freiheit!“ – Das Skandinavienlager in Neuengamme und die Rückführung der skandinavischen Häftlinge mit den „Weißen Bussen“, in: Garbe/Lange, Häftlinge zwischen Vernichtung und Befreiung (Anm. 8), S. 185–215; Oliver von Wrochem (Hrsg. im Auftrag der KZ-Gedenkstätte Neuengamme), Skandinavien im Zweiten Weltkrieg und die Rettungsaktion Weiße Busse. Ereignisse und Erinnerung. Mitarb.: Lars Jockheck, Berlin 2012.
  - 18 Die Unterbringung der weiblichen Gefangenen, die im Rahmen der Aktion der „Weißen Busse“ nach Hamburg gebracht wurden, erfolgte im Außenlager Wandsbek.
  - 19 Hier bestätige sich – so Katharina Hertz-Eichenrode – „ein altes Prinzip in der Funktionsweise der Konzentrationslager: Hilfe und Rettung für die einen war in der Regel nur auf Kosten anderer Häftlinge möglich, nur dass sich in diesem speziellen Fall Außenstehende, nämlich das Rote Kreuz, ohne es zu wollen, zum Helfershelfer der SS machte“: Katharina Hertz-Eichenrode, Die Auflösung des KZ Neuengamme im Frühjahr 1945, in: dies., Ein KZ wird geräumt. Häftlinge zwischen Vernichtung und Befreiung. Die Auflösung des KZ Neuengamme und seiner Außenlager durch die SS im Frühjahr 1945. Katalog zur Wanderausstellung, hrsg. im Auftrag des Freundeskreises der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Bd. 1: Texte und Dokumente, Bremen 2000, S. 31–63, hier S. 51.
  - 20 Vgl. Izabela A. Dahl, Die „Weißen Busse“ und Folke Bernadotte. Zur Rezeption der Hilfsaktion in Deutschland und Skandinavien, in: Dachauer Hefte 24 (2008), S. 203–219; Claudia Lenz, Vom Heldentum zum moralischen Dilemma. Die „Weißen Busse“ und ihre Deutungen nach 1945, in: Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland 10 (2007), S. 68–80.
  - 21 Vgl. Manfred Asendorf, 1945. Hamburg besiegt und befreit, Hamburg 1995; Frank Bajohr, Hamburgs „Führer“. Zur Person und Tätigkeit des Hamburger NSDAP-Gauleiters Karl Kaufmann (1900–1969), in: ders./Joachim Szodrzyński (Hrsg.), Hamburg in der NS-Zeit. Ergebnisse neuerer Forschungen, Hamburg 1995, S. 59–91.
  - 22 Vgl. Karl Heinz Roth, Ökonomie und politische Macht: Die „Firma Hamburg“ 1930–1945, in: Angelika Ebbinghaus/Karsten Linne (Hrsg.), Kein abgeschlossenes Kapitel: Hamburg im 3. Reich, Hamburg 1997, S. 15–176, hier S. 132 ff.
  - 23 Zit. nach: Ludwig Eiber, Das KZ-Außenlager Blohm & Voss im Hamburger Hafen, in: Hermann Kaienburg (Hrsg.), Konzentrationslager und deutsche Wirtschaft 1939–1945, Opladen 1996, S. 227–238, hier S. 236.

- 24 Schriftliche Aussage von Georg Henning Graf von Bassewitz-Behr am 7. 3. 1946, The National Archives, London, WO 309/408; zur Rolle des HSSPF Nordsee bei der Räumung des KZ Neuengamme vgl. Tino Jacobs, Himm-  
lers Mann in Hamburg. Georg Henning Graf von Bassewitz-Behr als Höherer  
SS- und Polizeiführer im Wehrkreis X 1943–1945, Hamburg 2001, S. 114 ff.
- 25 Wilhelm Lange, Cap Arcona. Das tragische Ende einiger Konzentrations-  
lager-Evakuierungstransporte im Raum der Stadt Neustadt in Holstein am  
3. Mai 1945. Dokumentation. Erstellt im Auftrage des Magistrats der Stadt  
Neustadt in Holstein, 4. Aufl., Eutin/Neustadt in Holstein 2005, S. 105. Zur  
Kritik an der Position Langes bzw. zu den Argumenten, die gegen die An-  
nahme einer Versenkungsabsicht der SS sprechen, vgl. Herbert Diercks/  
Michael Grill, Die Evakuierung des KZ Neuengamme und die Katastrophe  
am 3. Mai 1945 in der Lübecker Bucht. Eine Sammelrezension, in: Beiträge  
zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland  
2 (1995), S. 175–183.
- 26 Cap Arcona 3. Mai 1945. Gedenkstätten – Museen – Friedhöfe. Hrsg.: För-  
derkreis Cap Arcona-Gedenken. Red.: Wilhelm Lange/Hugo Rübesamen/  
Marina Safarjan/Sven Schiffner, Grevesmühlen 2009 [Faltblatt].
- 27 Major Noel O. Till, Report on Investigations (Untersuchungsbericht), The Na-  
tional Archives, London, WO 309/1592 (Kopie im Archiv der KZ-Gedenkstätte  
Neuengamme); vgl. ferner Wilhelm Lange, Neueste Erkenntnisse zur Bom-  
bardierung der KZ-Schiffe in der Neustädter Bucht am 3. Mai 1945: Vorge-  
schichte, Verlauf und Verantwortlichkeiten, in: , in: Garbe/Lange, Häftlinge  
zwischen Vernichtung und Befreiung (wie Anm. 8), S. 217–229 (S. 225 f.).
- 28 Gustav Auschner, Bericht, 5. 3. 1964, Archiv der KZ-Gedenkstätte Neuen-  
gamme; vgl. auch Manfred Otto Niendorf, Angorakaninchen und Bibelfor-  
scher aus Neuengamme, in: Heimatbuch der Gemeinde Dammfleth. Mitarb.:  
Albert Hellerich/Annemarie Krey/Ilse Langholz/Walter Mehlert/Fritz Scheffler/  
Günter Vollmert, Dammfleth 1990, S. 150 f.
- 29 Erich von Lehe/Heinz Ramm/Dietrich Kausche, Heimatchronik der Freien  
und Hansestadt Hamburg, 2. Aufl., Köln 1967, S. 208, 210.
- 30 Vgl. Ulf Lüers, „Die Toten über Bord geworfen ...“ KZ-Häftlingstransporte  
nach Flensburg im April/Mai 1945, in: Verführt. Verfolgt. Verschleppt. Aspek-  
te nationalsozialistischer Herrschaft in Flensburg 1933–1945 hrsg. v. Stadt-  
archiv Flensburg i. Zusammenarbeit m. d. IZRG Schleswig u. d. BU Flens-  
burg. Red.: Broder Schwensen/Gerhard Paul/Peter Wulf, Flensburg 1996,  
S. 276–323.
- 31 Zit. nach ebenda., S. 302.
- 32 W. Meybohm, Kapitän der „Rheinfels“, Schreiben an die Deutsche Dampf-  
schiffahrts-Gesellschaft Hansa in Bremen vom 8. Juli 1945 (Archiv der KZ-  
Gedenkstätte Neuengamme).
- 33 Lutz Graf Schwerin von Krosigk, Es geschah in Deutschland. Menschen-  
bilder unseres Jahrhunderts, Tübingen 1951, zitiert nach Die 21 Tage der



- Regierung Dönitz, in Die Zeit, 8.11.1951 (<http://www.zeit.de/1951/45/die-21-tage-der-regierung-doenitz/komplettansicht>, Zugriff 10.4.2015)
- 34 Gerhard Paul, Der Untergang 1945 in Flensburg. Vortrag am 10.1.2012 aus Anlass der Eröffnung der Ausstellung „Was damals Recht war...“ im Rathaus Flensburg, hrsg. v. d. Landeszentrale für politische Bildung Schleswig-Holstein, Kiel 2012, S. 15.
- 35 Allerdings mussten die mehr als 250 deutschen Häftlinge noch bis zum 18. Mai auf der „Rheinfels“ ausharren, ehe 134 von ihnen in der Stormschule in der St. Jürgenstraße und weitere 148 nunmehr befreite Ex-Häftlinge in Privatquartieren untergebracht wurden. Auch ließen Kriegsgerichte in Flensburg in dieser Zeit noch Todesurteile gegen Deserteure vollstrecken, das letzte am 22. Mai 1945, dem Vortrag der Gefangennahme der Regierung Dönitz durch die britische Militärverwaltung, vgl. ebd., S. 20.

#### Abbildungsnachweise:

Abb. 1 KZ-Gedenkstätte Neuengamme. Grafik: Michael Teßmer, graphische werkstätten, Feldstraße, Hamburg; Abb. 2 Archiv der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, F 2010-1901; Abb. 3. u. 4 Frøslevlejrens Museum, Padborg; Abb. 5 Imperial War Museum, London, CR 227; Abb. 6 Archiv der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, F 1981-451.



# Historische Jahrestage und aktuelle Entwicklungen in den deutsch-dänischen Beziehungen

## Einige Reflexionen

von ANKE SPOORENDONK

*Im Folgenden geben wir einen Vortrag in überarbeiteter Form wieder, den Anke Spoorendonk (SSW) in ihrem Heimatort Harrislee am 12. März 2015 vor großem Publikum gehalten hat. Eingeladen hatten die Europa Union Harrislee, die Landfrauen Harrislee und Kvindeforeningen, die Landfrauen der dänischen Minderheit. Nach dem Blick auf einschlägige historische Jahrestage 2014 / 2015 richtet die Ministerin für Justiz, Kultur und Europa ihr Augenmerk auf den in ihrem Ministerium entwickelten „Rahmenplan“ der Landesregierung zur „Deutsch-Dänischen Zusammenarbeit des Landes“. Als Lehre aus der konfliktreichen deutsch-dänischen Geschichte bekennt sich die Landesregierung dazu, dass den Minderheiten der Grenzregion eine besondere Bedeutung zukommt.*

*Die Redaktion*

## **Der Umgang mit historischen Jahrestagen: Zum Beispiel Düppel**

Seit einem Jahr ist es amtlich: Schleswig-Holstein hat 2014 erstmalig in der Geschichte des Landes eine einheitliche Landesdachmarke eingeführt. Und seitdem gilt: „Schleswig-Holstein. Der echte Norden“. Persönlich fasse ich diesen Spruch eher als ein augenzwinkerndes Bekenntnis zu Schleswig-Holstein auf. Denn auch am Grenzübergang Padborg/Harrislee begrüßt mich eine große Tafel mit der Botschaft, dass ich mich nun in den echten Norden begeben. Am Autobahn-Übergang bei Ellund steht zu lesen, Schleswig-Holstein sei „Germany's true North“. Das ist weniger witzig. 2014 war aber nicht nur das Jahr der neuen Landesdachmarke. Für das deutsch-dänische Grenzland, und auch für Schleswig-Holstein insgesamt, waren die Feierlichkeiten zum 150. Jahrestag der Schlacht auf den Düppeler Schanzen am 18. April 2014 von ungleich größerer Bedeutung, weil damit an ein Ereignis erinnert wurde, das weitreichende historische Dimensionen aufweist. Dänemarks Premierministerin Helle Thorning-Schmidt brachte

es auf den Punkt, als sie in ihrer Ansprache von der Schlacht bei Düppel als „Niederlage, die Dänemark als Nation verändern sollte“ sprach. Das Königreich verlor damals ein Drittel seiner Fläche. Allerdings sei daraus das moderne Dänemark erwachsen, so Helle Thorning-Schmidt. Zu würdigen sei auch das heutige Verhältnis von Dänen und Deutschen: „Aus Feindschaft wurde Nachbarschaft, aus Nachbarschaft wurde Freundschaft“. Und erstmalig sprach auch ein schleswig-holsteinischer Ministerpräsident bei den Feierlichkeiten auf den Düppeler Schanzen. Dass Torsten Albig sein Grußwort in Teilen auf Dänisch hielt, wirkte vor diesem Hintergrund wie ein Sinnbild der Entwicklung, die das deutsch-dänische Verhältnis in der jüngeren Vergangenheit genommen hat: „Von Freund-Feind über das Entweder-Oder sind wir zur deutsch-dänischen Gemeinsamkeit gekommen“, hob er hervor. Dänemark und Schleswig-Holstein wachsen heute beständig aufeinander zu, ohne zu verschmelzen.

Die Feierlichkeiten auf den Düppeler Schanzen sind ein gutes Beispiel dafür, dass Jahrestage zu den Pfeilern unseres geschichtlichen Bewusstseins gehören. Sie wirken identitätsstiftend, bieten aber auch immer einen Anstoß zur Selbstkritik und zur kritischen Auseinandersetzung mit tradierten Geschichtsbildern. Wie also ist der Umgang mit solchen Jahrestagen: Entspricht er eher dem menschlichen Bedürfnis nach Orientierung und einer geordneten Welt? Oder hält er auch unbequeme Erinnerungen und das Gedenken daran wach? – Zugespitzt formuliert, läuft alles auf ein Zitat des russischen Schriftstellers Aleksandr Tvardovskij hinaus, der sich wie kein anderer mit der gesellschaftlichen Verarbeitung der Glasnost-Zeit in der Sowjetunion befasst hat. „Wer die Vergangenheit ängstlich verdrängt, wird kaum mit der Zukunft im Reinen sein“, lautet sein Urteil.

Dass „Düppel“ als Symbol in der dänischen Geschichte eine ganz andere Gewichtung besitzt als allgemein in Deutschland wahrgenommen, soll hier nicht weiter verfolgt werden. Ich wage aber zu behaupten, dass heute weit mehr Menschen in Schleswig-Holstein dafür sensibilisiert sind als vor dem Düppel-Jahr 2014.

## **Der Überfall auf Dänemark und der 9. April als Gedenktag**

Auf das deutsch-dänische Grenzland bezogen gibt es 2015 andere Jahrestage zu würdigen und zu diskutieren; so zum Beispiel den 9. April 1940 als Tag des deutschen Überfalls auf Dänemark. Noch nach 75 Jahren wird dieser Tag in der dänischen Bevölkerung mit gemischten Gefühlen betrachtet, weil Dänemark sich damals ohne Kampf ergab – abgesehen von einzelnen Gefechten in Nordschleswig, wo dänische Soldaten noch

Abb. 1  
Referentin und Initiator/  
innen der Vortragsver-  
anstaltung in Harrislee,  
12.3.2015: (v.l.) Ministerin  
Anke Spoorendonk,  
Traute Clausen (Kvindefor-  
eningen), Heinz Petersen  
(Europa Union), Ebba  
Nielsen (Landfrauen)



Stunden nach der offiziellen Kapitulation Dänemarks der deutschen Übermacht Paroli boten und dabei ihr Leben verloren. Diesen Soldaten ist aktuell ein neuer dänischer Film zum „9. April“ gewidmet. Die Sichtweise des Films – die Geschichte von unten, aus der Perspektive der einfachen Soldaten zu erzählen – bestätigt einmal mehr die These, dass neue Bilder neue Fragen aufkommen lassen. Eine redliche Beantwortung, auch das wird deutlich, setzt ein Geschichtswissen voraus, das entweder nicht vorhanden ist oder – schlimmer noch – worüber man sich hinwegsetzt.

Diese Diskussion zu führen, hat weniger mit der 75. Wiederkehr des 9. Aprils zu tun, umso mehr aber mit unserem Umgang mit solchen „Jubiläen“. Ich meine also, dass daraus eine allgemeine Lehre gezogen werden kann. Konkret haben einige bürgerliche Parteien in Dänemark vor dem Hintergrund des Films gefragt, warum eigentlich die Soldaten, die am 9. April 1940 Widerstand leisteten, nie eine Verdienstmedaille erhalten haben. Dass diese Frage gleich mit einer Forderung verbunden wurde, gehört sozusagen zum politischen Alltag.

Doch schon im Sommer 1945 hatten sich sowohl die politischen Parteien als auch der Freiheitsrat, Organ des dänischen Widerstandes, gegen die Verleihung von Verdienstmedaillen ausgesprochen. Banal formuliert ging es um den Punkt: Wer sollte geehrt werden und wer nicht? Wäre es nicht ungerecht, allein die Soldaten des 9. April zu ehren und nicht alle aus dem Widerstand? – Wobei es bei der Befreiung Dänemarks am 5. Mai 1945 wesentlich mehr Widerstandskämpfer gab als in den ersten Jahren der Besatzungszeit. Kamen also auch diejenigen in Betracht, die kurz vor

Kriegsende ohne wirkliche Gefahr für Leib und Leben illegale Flugblätter verteilt, oder nur jene, die in den Jahren davor zum Beispiel Eisenbahnschienen in die Luft sprengten, um den deutschen Truppentransport nach Norwegen zu behindern? Hinzu kam als politisches Problem, dass man in der Zeit des Kalten Krieges wenig Lust verspürte, die kommunistischen Widerstandskämpfer zu ehren, die zugegebenermaßen einen entscheidenden Einsatz geleistet hatten, aber für ein anderes Dänemark eintraten. Der Chefredakteur der großen dänischen Zeitung Politiken, Bo Lidegaard, der nicht nur Journalist, sondern auch Historiker ist, kommentierte diese Diskussion mit den Worten: „Es ist verwunderlich, wozu Geschichtslosigkeit führen kann“.

Ein weiterer Aspekt dieses 75. Jahrestages verdient es, zur Sprache gebracht zu werden, weil er exemplarisch beleuchtet, dass sich die deutsch-dänischen Beziehungen nicht von heute auf morgen änderten. Viele Steine mussten aus dem Weg geräumt werden – Mehrheit wie Minderheit musste sich auf den Weg machen. Dazu ein etwas längerer Auszug aus einem Kommentar vom 9. April 2015 von Siegfried Matlok, langjährigem Chefredakteur des „Nordschleswigers“, der Tageszeitung der deutschen Minderheit in Dänemark:

„Tatsache bleibt: Der Einmarsch am 9. April war ein völkerrechtliches Verbrechen von Hitler-Deutschland, das fünf dunkle Jahre übers Land brachte. Für die deutsche Minderheit war der Tag vor 75 Jahren, jedenfalls für die allermeisten, ein Tag des Jubelns, wie man es auf den Bildern der einmarschierenden deutschen Soldaten erkennen kann. Die Minderheit, die nach der Grenzziehung 1920 keine Loyalität zum dänischen Staat entwickelt hatte, hoffte auf eine Korrektur der Volksabstimmung, die sie von Anfang an als ungerecht bezeichnet hatte. Der Nazi-Führer der deutschen Minderheit, Jens Møller, wurde nach 1945 von der Anklage des Hochverrats freigesprochen, inzwischen ist durch die Aufzeichnungen von Jep Schmidt aber bekannt, dass zwei Führungspersonen in der damaligen Volksgruppe – Peter Larsen und Jep Schmidt – vorab durch Kontakte zur deutschen Abwehr über den Einmarsch am 9. April Bescheid wussten. Die deutsche Minderheit hat Mitverantwortung zu tragen für die Verhältnisse zwischen Deutschen und Dänen in Nordschleswig, wozu sich der Bund deutscher Nordschleswiger – leider erst spät – bekannt hat, u.a. durch die Hauptvorsitzenden Gerhard Schmidt, Hans Heinrich Hansen und Hinrich Jürgensen. Schatten der Vergangenheit lasten noch immer auf den Schultern der Minderheit, doch sie hat – trotz aller Fehler, die aus heutiger Sicht unverständlich erscheinen – den Weg der Verständigung eingeschlagen und damit auch den Kurs mitbestimmt, der zu einem erfreulichen Miteinander

von deutschen und dänischen Nordschleswigern geführt hat, der die Ereignisse vor 75 Jahren heute fast wie ein Relikt aus einer unwirklichen Vergangenheit erscheinen lässt.

Die Lehren aus dem 9. April sind gezogen worden, von beiden Ländern, die so eng zusammenarbeiten wie nie zuvor. Und von der deutschen Minderheit, die heute von der Erinnerung ge- und betroffen ist und die dennoch jubeln kann – nur ganz anders als 1940!“.

## **Befreiung und Neuanfang 1945**

Im ehemaligen Gefangenenlager Frøslev, wenige Kilometer nördlich der Grenze, findet alljährlich am Abend des 4. Mai eine Gedenkveranstaltung statt. Gedacht wird der Opfer des dänischen Widerstandes; im Mittelpunkt der Veranstaltung steht aber die „Freiheitsbotschaft“ des britischen Senders BBC, die – wie damals am 4. Mai 1945 – kurz nach 20:30 Uhr übertragen wird. Dänemarks „Befreiungstag“ ist also der 5. Mai – in diesem Jahr vor 70 Jahren.

Für die Arbeitsgruppe „Harrislee-Bahnhof“, deren Sprecherin ich seit vielen Jahren bin, nehme ich – wenn immer ich es terminlich einrichten kann – an dieser Veranstaltung teil. Denn die Geschichte des kleinen Harrisleer Bahnhofs ist eng mit Frøslevleiren verknüpft: Vom 15. September 1944 bis zum 4. April 1945 wurden ca. 1.625 Gefangene aus dem Frøslev-Lager in deutsche Konzentrationslager deportiert – vorzugsweise nach Neuengamme; für ungefähr 220 Gefangene bedeutete dies der Tod. Für alle wurde Harrislee „die erste Station auf dem Weg in die Hölle“, wie ein Überlebender später den Transport in Güterwagons über den Bahnhof in Harrislee umschrieb. Die Erkenntnis, dass Harrislee wegen seiner geografischen Lage zu einem Ort des Schreckens wurde, ist ein entscheidender Grund dafür, dass die Geschichte des Harrisleer Bahnhofs erzählt werden musste. Frøslev liegt nur ein paar Kilometer jenseits der deutsch-dänischen Grenze, und die Menschen dort sind unsere Nachbarn und Freunde. Und genau dies ist im Kern die Botschaft, wenn wir 2015 von Schleswig-Holstein aus auf Dänemarks Freiheitstag blicken.

Als Altbundespräsident Richard von Weizsäcker Anfang 2015 starb, ging es vielen sicherlich wie mir: Als erstes fiel mir seine wohl berühmteste Rede ein – die Rede nämlich, die er am 8. Mai 1985 im Bundestag zum 40. Jahrestag zum Kriegsende gehalten hatte. Er mahnte in dieser Rede an, Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen: Der Tag der Niederlage des Deutschen Reiches war auch für Deutschland ein „Tag der Befreiung“. Der Bundespräsident forderte die Deutschen auf, sich ehrlich mit der Ge-

schichte zu befassen und stellte somit klar, dass Demokratie und Freiheit gelebt werden müssen, damit demokratische Gesellschaften nicht zerfallen. Heute – 70 Jahre nach Kriegsende – hat diese Aussage nichts an Aktualität eingebüßt. Wenn heute Menschen die Meinung vertreten, sie seien für die Grauen der Nazizeit nicht verantwortlich, dann stimmt es natürlich. Wofür aber auch die Nachgeborenen verantwortlich sind, ist der Umgang mit dieser Vergangenheit.

Es ist eine Tatsache, dass Schleswig-Holstein nach dem Ende des Nazi-Terrors 1945 eine zweite braune Phase erlebte. Diese bis in die sechziger Jahre hinein währende Zeit hat sich auf die politische Entwicklung des Landes und die geistigen Strömungen in der Gesellschaft ausgewirkt. Und zwar in vielen Bereichen. Lange Jahre war dieses Thema und insbesondere die sich daraus ergebende Wirkungsgeschichte kein relevantes Thema in der politischen Öffentlichkeit.

Diese fast nahtlos fortgesetzten NS-Karrieren, beruhend auf Strukturen und Seilschaften in Regierung, in Verwaltung, Justiz und Polizei, in Parlament, Parteien, Verbänden und anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, haben weit mehr als 20 Jahre das politische Klima in Schleswig-Holstein ganz wesentlich mitgeprägt. Eine breit angelegte, aufklärende Auseinandersetzung mit der Nazi-Zeit wurde so unterdrückt. Sie war unerwünscht. Umso mehr ist zu begrüßen, dass alle im Schleswig-Holsteinischen Landtag vertretenen Fraktionen im November 2013 einen Antrag zur geschichtswissenschaftlichen Aufarbeitung der Landespolitik nach 1945 verabschiedet haben, verbunden mit der Fragestellung nach strukturellen und personellen Kontinuitäten, die aus der Nazizeit rühren, um deren Einfluss untersuchen und gewichten zu lassen und die Folgen zu dokumentieren.

Schleswig-Holstein wurde 1945 und in den Jahren danach ein Einwanderungsland für Flüchtlinge aus den deutschen Ostgebieten. Die Bevölkerungszahl verdoppelte sich, und das Land musste sich praktisch neu erfinden – als Demokratie und neues Bundesland. Vor diesem Hintergrund mag es verständlich sein, dass die neu-dänische Bewegung im Landesteil Schleswig aus landespolitischer Sicht als störend empfunden wurde. Gewiss spielten Ressentiments gegen Flüchtlinge bei dieser Entwicklung eine Rolle. Wer aber die wachsende dänische Minderheit und den Zustrom zu den dänischen Schulen und Vereinen ausschließlich als Reaktion auf materielle Verunsicherung begreift, verkennt die Ernsthaftigkeit, die solchen Entscheidungen häufig zugrunde lag.

Für die überwiegende Mehrheit der Sozialdemokraten im Landesteil Schleswig stand schon im Sommer 1945 fest: Man wollte so schnell wie möglich

weg von Deutschland „Wir stimmten 1920 deutsch, weil wir an ein demokratisches Deutschland glaubten. Wir sind bitter enttäuscht worden. Seit 1933 hat die Militärpartei die Macht gehabt. Alle Organisationen aus der Zeit von vor 1933, auch die sozialdemokratische Gewerkschaft, wünschen eine Grenzrevision. Das ist keine berechnende Politik, sondern ein Anschluß an den Norden“, hieß es aus Flensburger SPD-Kreisen. Und als Anfang Januar 1946 der Kreisverband formal von der britischen Militärregierung zugelassen worden war, erklärte der Vorstand, dass die nationale Entscheidung keine Parteiangelegenheit sei, sondern von jedem Mitglied persönlich entschieden werden müsse.

Diese neue dänische Bewegung war also getragen von der Vorstellung, dass eine demokratische Zukunft Südschleswigs nur in einer dänischen Gemeinschaft möglich sei. Sie erregte – natürlich – ein weites Aufsehen und führte letztlich dazu, dass die dänisch orientierten Sozialdemokraten aus der SPD ausgeschlossen wurden. Hier ist nicht der Raum für weitere historische Betrachtungen. Fakt ist, dass die Verhältnisse im deutsch-dänischen Grenzland nach dem Ende des 2. Weltkrieges für das Verständnis der heutigen Situation der dänischen Minderheit von besonderer Bedeutung sind. Auch die Gründung des SSW als Partei der dänischen Minderheit und der mit ihr zusammenarbeitenden Friesen gehört in diesen Kontext. Dass dies auf Geheiß der britischen Militärregierung geschah, die im Frühjahr 1948 der Minderheit mitteilte, dass deren politische Aktivitäten künftig nur im Rahmen einer eigenen Partei erfolgen konnten, ist dabei zweitrangig. Wichtiger ist es zu begreifen, wie eng verflochten im Landesteil Schleswig diese Entwicklung mit der politischen Geschichte der Minderheit ist. Alte Nazis hatten das Sagen, und bis Mitte der fünfziger Jahre betrieb die damalige schleswig-holsteinische Landesregierung gezielt eine Politik der „Nadelstiche“ gegen die dänische Minderheit.

### **Die Bonn-Kopenhagener Erklärungen: Gelebte Minderheitenpolitik**

Minderheitenpolitik ist gelebte Demokratie. Denn die Art, wie eine Gesellschaft mit ihrer Minderheit umgeht, sagt etwas über den Stand der in ihr gelebten Demokratie aus. Minderheitenpolitik und Demokratie sind also letztlich zwei Seiten derselben Medaille. Dies und nichts anderes ist der eigentliche Kern der Bonn-Kopenhagener Minderheiten-Erklärungen, die in diesem Jahr zum 60. Mal gefeiert werden konnten. Und es ist in der Tat sehr viel treffender von einer „Feier“ als von einem „Festakt“ zu sprechen. Sie fand am 26. März in der Schleswig-Holsteinischen Landesvertretung in Berlin statt und war geprägt von einer heiteren – fast familiären – Grund-



stimmung, die wie ein roter Faden die Feier zusammenband, bis hin zur anschließenden „jütländischen Kaffeetafel“.

„Bei Ihnen im Norden wird gelebt, was uns überall in Deutschland klar sein sollte: Minderheiten bereichern die Mehrheit. Und sie eröffnen allen Beteiligten neue Perspektiven“, fasste Außenminister Frank-Walter Steinmeier im Beisein seines dänischen Kollegen Martin Lidegaard die Botschaft des Jubiläumstages zusammen.

Anders als beim 50. Jahrestag der Bonn-Kopenhagener Erklärungen – vor 10 Jahren in Sonderburg – war keine Distanz zu spüren. Damals war es ein Festakt, was zum einen mit dem „runderen“ Jubiläum zusammenhing, zum anderen aber auch der damaligen politischen Situation geschuldet war. Zwei Wochen vorher, dies also auch vor 10 Jahren, war die Wiederwahl von Heide Simonis zur schleswig-holsteinischen Ministerpräsidentin gescheitert. Das böse Wort vom „Heidemörder“ machte die Runde, und das Ziel einer vom SSW tolerierten rot/grünen Minderheitsregierung musste aufgegeben werden. Dem vorausgegangen war eine in Teilen hässliche politische Diskussion über die Vollwertigkeit der SSW-Mandate im Schleswig-Holsteinischen Landtag und die Befreiung der Partei der dänischen Minderheit von der 5% Klausel. Die Feierlichkeiten wurden dadurch zu einem Lehrstück über die Teilhabe von Minderheiten am politischen Geschehen ihres Landes.

Schleswig-Holstein hat einen langen Weg zurückgelegt, bis Konsens darüber hergestellt werden konnte, dass Minderheitenpolitik Innenpolitik und damit Ausdruck für eine gesamtgesellschaftliche Verpflichtung darstellt. Oder, wie es Professor Troels Fink, langjähriger dänischer Generalkonsul in Flensburg, der eigentliche „Architekt“ der Bonn-Kopenhagener Erklärungen, formulierte: „Die allgemeinen bürgerlichen Rechte werden laut Minderheiten-Erklärungen den Angehörigen der beiden Volksgruppen zugesagt, und diese Rechte werden mit besonderer Rücksicht auf ihre Stellung als Minderheiten näher entwickelt“. Dazu gehört eben auch die in der Bonner Erklärung für die dänische Minderheit festgehaltene Befreiung des SSW von der 5% Klausel, weil damit sicher gestellt wird, dass sich die Angehörigen der dänischen Minderheit über ihre Partei an der politischen Meinungsbildung im Land einbringen können – auf Augenhöhe mit anderen politischen und gesellschaftlichen Akteuren. Die Partei erhält dadurch ein kleines „Treppehen“; die Abgeordneten des SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag aber haben keine Sonderrechte. Um gewählt zu werden, müssen sie zwischen 18.000 und 20.000 Stimmen auf sich vereinen, wie andere Abgeordnete auch. Sie haben ein vollgültiges politisches Mandat und freie Entscheidungsbefugnisse – sie



können also auch frei entscheiden, ob sie Teil einer Landesregierung sein wollen oder nicht.

## **Deutsch-dänische Zusammenarbeit als Ausblick**

Passend zu den historischen Jahrestagen 2015 veröffentlichte die dänische Nachrichtenagentur Ritzau Anfang April eine Meinungsumfrage zum Deutschlandbild der Dänen. Die Umfrage belegt, dass eine deutliche Mehrheit heute ein sehr positives Bild von den Deutschen hat – nur 3% der dänischen Bevölkerung vertritt eine negative Sichtweise.

Lykke Friis, Prorektorin der Universität Kopenhagen und Tochter eines dänischen Vaters und einer deutschen Mutter, spricht in diesem Zusammenhang davon, dass sich die Auffassung der Dänen von Phobie in Euphorie gewandelt habe. Wichtiger noch als das Befördern von Stereotypen scheint mir aber zu sein, dass der gesellschaftliche Diskurs zu den für 2015 wichtigen Jahrestagen differenziert und auch selbstkritisch geführt wird. Es geht um das Verstehen ihrer Symbolkraft und um die Auseinandersetzung mit den Werten, die in diesen Ereignissen zum Ausdruck kommen. Grund genug daran zu erinnern, dass die positive Entwicklung in dem Verhältnis von Deutschen und Dänen – auch konkret auf das Grenzland bezogen – nicht vom Himmel gefallen ist. Sie ist politisch und gesellschaftlich gewollt, weil Menschen eine andere Wirklichkeit wollen – eine andere Art des Zusammenlebens von Mehrheit und Minderheit.

Daher ist es nur folgerichtig, wenn in dem neuen Rahmenplan der schleswig-holsteinischen Landesregierung zur deutsch-dänischen Zusammenarbeit gleich zu Anfang unter der Überschrift „Rahmenbedingungen und überwölbende Zielstellungen“ darauf hingewiesen wird, dass die deutsch-dänische Grenzregion Heimat von über 123.000 Angehörigen nationaler Minderheiten ist. Rund ein Drittel der Einwohner der Region können Deutsch und Dänisch; zudem gibt es in Nordfriesland und auf Helgoland eine friesische Volksgruppe mit ca. 50.000 Menschen. „Das deutsch-dänische Grenzland zählt mit den dänischen, deutschen und friesischen Volksgruppen sowie den dort lebenden Sinti und Roma zu einer der kulturell und sprachlich vielfältigsten Regionen Europas“, heißt es wörtlich. Dies ist ein Pfund, womit gewuchert werden kann.

Die deutsch-dänische Zusammenarbeit steht also für mehr als für strategische oder ökonomische Überlegungen. Das Fundament ist die lange gemeinsame Geschichte von Schleswig-Holstein und Dänemark – eine in Teilen sehr konflikträchtige Geschichte. Dazu gehört auch die Feststellung, dass kein Feld und kein bestehendes Forum der bisherigen Zusammenar-



Abb. 2 Rahmenplan Deutsch-Dänische Zusammenarbeit des Landes, hrsg. v. Ministerium für Justiz, Kultur und Europa des Landes Schleswig-Holstein, Kiel, Februar 2015. Im Internet verfügbar unter [www.mjke.schleswig-holstein.de](http://www.mjke.schleswig-holstein.de)

beit in Frage gestellt werden. Denn die deutsch-dänische Zusammenarbeit ist seit langem eine feste Grundkonstante der schleswig-holsteinischen Landespolitik. Gleichwohl war es an der Zeit, eine Neubestimmung vorzunehmen, getragen von dem Leitgedanken, dass Schleswig-Holstein faktisch ein Teil des europäischen Nordens ist.

Abbildungsnachweis:

Abb. 1: Felicitas Gloyer, 2015, Abb. 2: Ministerium für Justiz, Kultur und Europa des Landes Schleswig-Holstein, Kiel, 2015

# Tatsächlich ein europäischer Modellfall?

Erfahrungen und Lehren einer gelungenen Konfliktlösung aus deutsch-dänischer und europäischer Perspektive

von JØRGEN KÜHL

*In leicht überarbeiteter Form geben wir im Folgenden einen Vortrag des renommierten Historikers und Leiters der Schleswiger A.P. Møller-Skolen Dr. Jørgen Kühl wieder, den dieser kürzlich im Rahmen einer Tagung zum Abschluss der Bonn-Kopenhagener Erklärung am 29. März 1955 in der Akademie Sankelmark gehalten hat. In seinem Beitrag weist der vielgefragte Minderheitenexperte u. a. darauf hin, dass es nicht nur die Erklärungen an sich waren, sondern vor allem der auf beiden Seiten vorherrschende gute Wille war, dass im deutsch-dänischen Grenzland ein robustes und nachhaltiges Minderheitenmodell entstanden und im Laufe der vergangenen 60 Jahre weiterentwickelt worden ist. Nur beides zusammen berechtige uns dazu, von einem europäischen Modellfall zu sprechen.*

*Die Redaktion*

## Einleitung

Vor 60 Jahren, am 29. März 1955, traten im Bonner Palais Schaumburg, dem Amtssitz des Bundeskanzlers, Konrad Adenauer und anschließend der dänischen Ministerpräsident H.C. Hansen ans Mikrofon, um das Ergebnis der Verhandlungen über eine Regelung der Minderheitenfragen im gemeinsamen Grenzland vorzustellen: die Bonn-Kopenhagener Erklärungen.

Der Plural ist bewusst gewählt; es handelt sich nämlich tatsächlich um zwei Erklärungen, inhaltlich jedoch bis ins Detail in den vorhergegangenen bilateralen Verhandlungen abgestimmt und in einem gemeinsamen Ergebnisprotokoll vom 28. März 1955 festgehalten. Dennoch bilden die Regierungserklärungen keinen Vertrag. Darauf hatte die dänische Seite kategorisch bestanden und die deutsche Seite hatte dies letztendlich akzeptiert. Stattdessen entstand eine neue Form des Völkerrechts mit einseitigen Regierungserklärungen, in denen Dänemark der deutschen Minderheit und die Bundesrepublik Deutschland der dänischen Minder-

heit staatsbürgerliche Rechte, die bereits in den jeweiligen Verfassungen enthalten und verbrieft waren, sowie minderheitenpolitische Prinzipien garantieren.

Die Erklärungen huldigen dem Prinzip der einseitigen Gegenseitigkeit und somit der Symmetrie, Balance und Synchronität hinsichtlich der Minderheitenregelungen. Obgleich jeweils nur einseitig verpflichtend, war das Konstrukt von Anfang an ein Gesamtkunstwerk, feinsinnig abgestimmt und zugleich elastisch. Im Nachhinein bewertet handelt es sich um ein zentrales Element in dem nachhaltigen deutsch-dänischen Minderheitenmodell, dessen symbolische, aber auch und bei allem Minimalismus praktische Bedeutung auch nach 60 Jahren immens ist.

Aus heutiger Warte betrachtet werden die Bonn-Kopenhagener Erklärungen oftmals als „Grundgesetz des Grenzlandes“ oder auch als „Magna Carta der Minderheitenpolitik“ bewertet. Tatsächlich kommt ihnen eine ganz besondere Bedeutung zu, die weitaus größer ist, als der Inhalt an sich nahelegen würde. Die Nachhaltigkeit und Modellhaftigkeit der Erklärungen erklärt sich nämlich weniger aus dem Text, sondern vielmehr aus dem „Geist“, der Wirkungsgeschichte und der symbolischen Bedeutung. Im Laufe der ersten 50 Jahre haben sich die Minderheitenerklärungen gewissermaßen zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung entwickelt. Deren Bedeutung und Relevanz ist in den letzten zehn Jahren noch gesteigert worden, weil mehrere der Grundprinzipien und der Lösungen, die seinerzeit gefunden worden waren, in den letzten fünf Jahren völlig unerwartet infrage gestellt wurden. Auslöser waren von der schleswig-holsteinischen Landesregierung beschlossene einseitige, asymmetrische Kürzungen in der Bezuschussung der Schulen der dänischen Minderheit. Dies führte 2010-12 zur größten Krise in der deutsch dänischen Minderheitenpolitik und bewirkte sogar ein Grundsatzurteil des Landesverfassungsgerichts über den Status des Südschleswigschen Wählerverbandes (SSW) .

Somit sind die Erklärungen von 1955 auch heute weder veraltet noch museumsreif, sondern bilden tatsächlich nach wie vor und mit großer Effektivität und Nachdrücklichkeit den Bezugs- und Referenzrahmen des deutsch-dänischen Minderheitenmodells. Dies hätten die Väter der Minderheitenerklärungen sich vor 60 Jahren kaum vorstellen können, als die Delegationen der beiden Regierungen sich im Februar und März 1955 zunächst in Kopenhagen und dann in Bonn trafen, um akute minderheitenpolitische Fragen zu besprechen und um eine prinzipielle Regelung zu finden, die gewissermaßen auch als Ausgangspunkt für eine Aussöhnung der beiden Länder dienen konnte.

## Vorgeschichte

Die Genese der Erklärungen liegt im Kalten Krieg. Ohne diesen Kontext wäre eine derartige Lösung zu dieser Zeit wohl weniger wahrscheinlich gewesen. Es waren die gemeinsamen Interessen in Kopenhagen und Bonn, die den Rahmen für eine letztlich glückliche Lösung bildeten und zur Entkrampfung der nationalen Spannungen im gemeinsamen Grenzland führten. Die Minderheitenerklärungen sind zugleich ein Instrument der Versöhnung zwischen Dänemark und der Bundesrepublik Deutschland, zehn Jahre nach dem Ende der deutschen Besatzung Dänemarks. Sie hatten somit sowohl einen prinzipiellen als auch konkreten Effekt: Die Lösung akuter Herausforderungen sowie die Definition des minderheitenpolitischen Rahmens durch wenige Prinzipien. Auf der Basis der Erklärungen konnten beide Staaten freundschaftliche Beziehungen aufbauen, die schon bald zu einer vielfältigen und vielschichtigen Kooperation in den Bereichen der Sicherheits- und Verteidigungs- sowie der Wirtschaftspolitik führten.

Die Bonn-Kopenhagener Erklärungen waren folglich nicht nur minderheitenpolitische Dokumente, sondern auch und zunächst vielleicht primär Vehikel für die positive Entwicklung der bilateralen Beziehungen, die wiederum eingebettet waren in die Multilateralität der Zusammenarbeit der westlichen Nationen. Kurz nach den Erklärungen wurde folglich die militärische Zusammenarbeit zunächst auf dem Gebiet der Flottenkooperation initiiert; 1961 folgte das deutsch-dänische Einheitskommando. Die Erklärungen definierten somit Gemeinsamkeiten und sind in ihrer Genese im Kontext der Wertegemeinschaft der westlichen Staaten im prinzipiellen Ost-West-Konflikt des Kalten Krieges zu deuten.

Konkret stellten sich 1954 eine Reihe von Fragen der Minderheitenpolitik, die zufällig zeitgleich mit einer prinzipiellen Entscheidung der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik akut wurden: Bei der Landtagswahl 1954 konnte der SSW zwar 42.000 Stimmen erzielen, scheiterte jedoch an der 5 %-Klausel. Somit stand die dänische Minderheit ohne Landtagsvertretung da, was in der Minderheit und auch in Dänemark zu lautstarker Enttäuschung führte, insbesondere weil die deutsche Minderheit 1953 mit gerade 9.700 Stimmen aufgrund einer Verfassungsänderung, die gleichzeitig zu einer Erhöhung der Mandatszahl führte, ein Mandat im Folketing, dem dänischen Parlament, erringen konnte. Dadurch wurde die Südschleswig-Frage auch im Folketing wieder aktuell. Zunächst konnte dänischerseits außer dem empörten Aufschrei jedoch nichts unternommen werden. Die Landesregierung in Kiel war stur und unbeweglich.

Erst als die Europäische Verteidigungsgemeinschaft in der französischen Nationalversammlung am 30. August 1954 scheiterte und gewissermaßen als Plan B eine Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO aktuell wurde, bot sich die Möglichkeit, die Minderheitenfrage in diesem Kontext anzusprechen. Dies geschah auf der NATO-Ministerratssitzung in Paris im Oktober 1954, wo der dänische Außenminister Hansen darauf hinwies und Kanzler Adenauer umgehend entgegenkommend reagierte. Dies führte schließlich zu den bilateralen Verhandlungen und den unilateralen Erklärungen. Dabei entwickelte sich eine Dynamik, die ursprünglich nicht beabsichtigt worden war: Dänemark zielte anfangs lediglich auf eine Lösung der politischen Vertretung und der Rechte der dänischen Minderheit. Im Zuge der Verhandlungen ergab sich jedoch ein Gesamtpaket für beide Minderheiten. Gerade diese Gesamtlösung hat sich später als Glücksfall erwiesen, weil die Symmetrie des Konstrukts zu Parallelitäten der praktischen Minderheitenpolitik führte.

Die Interessen waren dabei unterschiedlich: Dänemark lehnte einen bilateralen Vertrag aus historischen Gründen entschieden ab – auch aus Furcht vor einem deutschen Interventionsrecht wie im Vorwege des Krieges von 1864. Ferner lehnte Dänemark bundesdeutsche Wünsche einer Loyalitätserklärung und expliziter Anerkennung der Grenze analog zu den Aussagen der deutschen Minderheit bei Kriegsende durch die dänische Minderheit ab. Dänemark war zudem gegen eine Rehabilitierung der im Zuge der Rechtsabrechnung nach der Besatzungszeit verurteilten Angehörigen der deutschen Minderheit.

Die deutsche und insbesondere die schleswig-holsteinische Seite forderten hingegen einen bilateralen Vertrag, der beide Minderheiten umfassen sollte, die Rehabilitierung der verurteilten deutschen Minderheitenangehörigen, die Einrichtung eines bilateralen Gremiums für Minderheitenfragen sowie unilaterale Minderheitengremien. Für Schleswig-Holstein stand die Berücksichtigung der deutschen Minderheit im Fokus. Daran hatte die Bundesregierung nur ein peripheres Interesse. Eher befürchtete sie eine potenzielle Bedrohung ihres Zieles, in die NATO aufgenommen zu werden, denn 1954 waren für Bonn das Verhältnis zu Frankreich angesichts der sehr aktuellen Saarfrage sowie die Westintegration von weit- aus größerer Bedeutung.

Die Regierungsdelegationen verhandelten im Februar und März 1955, zunächst in Kopenhagen und abschließend in Bonn, wobei es sich um bilaterale Verhandlungen der Diplomaten handelte. Die Minderheiten saßen nicht mit am Tisch, aber es gab einen begrenzten Informations-



Abb. 1 Empfang des dänischen Ministerpräsidenten H. C. Hansen durch Bundeskanzler Konrad Adenauer auf dem Flugplatz, 29. März 1955

austausch. Die Themen bezogen sich auf die künftige deutsch-dänische Zusammenarbeit in einem westeuropäischen Kontext. Der Wunsch nach Entspannung in der Grenzregion war dabei wichtig. Zudem beabsichtigten die Delegationen eine Lösung aktueller und prinzipieller Minderheitenfragen. Zu den akuten Fragen gehörten die Themenkomplexe politische Interessenwahrnehmung und Anerkennung des Prüfungsrechts der Minderheitenschulen. Bedeutsam war ferner die Bestätigung des intentionalen „Minderheit ist, wer will“-Prinzips. Dieses wurde in Schleswig-Holstein immer wieder de facto in Frage gestellt, obgleich es de jure in der Landessatzung und der Kieler Erklärung von 1949 verbrieft worden war und einen Vorläufer in der preußischen Schulverordnung vom Dezember 1928 hatte, die wiederum im Kontext des Urteils des Internationalen Gerichtshofs zur Schulfrage in Oberschlesien im April 1928 gesehen werden muss.

## Die Inhalte

Die Lösung wurde in dem deutsch-dänischen Ergebnisprotokoll vom 28. März 1955 zusammengefasst und von beiden Delegationen unterschrieben. In dem Protokoll wurde hinsichtlich der dänischen Minderheit festgehalten, dass

- die bundesdeutsche Regierung dem Bundestag die später Bonner Erklärung genannte Erklärung über die allgemeinen Rechte der dänischen Minderheit zur Billigung vorlegen würde;
- die Befreiung von der 5 %-Klausel bei Bundeswahlen weiterhin bestehen soll;
- die Schleswig-Holsteinische Landesregierung eine Ausnahme von der Sperrklausel im Landeswahlgesetz erwirken wird;
- die Förderung der dänischen Schulen erneut auf 80 % der Aufwendungen an öffentlichen Schulen pro Schüler festgesetzt wird;
- die dänische Minderheit die Errichtung staatlich anerkannter Schulen mit anerkannten Examina beantragen kann;
- die Bundes- und Landesregierung erwarten, dass alle beteiligten Stellen die Rechte der dänischen Minderheit achten und wahren werden.

Hinsichtlich der deutschen Minderheit wurde festgehalten, dass

- die dänische Regierung dem Folketing die später sogenannte Kopenhagener Erklärung zur Billigung vorlegen wird;
- das Verbot des Examenrechts an deutschen Minderheitenschulen aufgehoben und die deutsche Minderheit zukünftig die Errichtung anerkannter Schulen mit Examenrecht beantragen kann;
- die dänische Regierung erwartet, dass alle beteiligten Stellen die Rechte der deutschen Minderheit achten und wahren werden.

Am folgenden 29. März 1955 verkündeten Adenauer und Hansen nacheinander die Bonner und Kopenhagener Erklärungen. Während in dem in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommenen Ergebnisprotokoll im Vorwege die akuten Fragen gelöst worden waren, sind die beiden Erklärungen prinzipieller Art. Ihnen vorangestellt war eine Präambel, deren Intentionen und Bedeutung oftmals unterschätzt werden. Im ersten Satz wird der Sinn und Zweck festgestellt: „In dem Wunsche, das friedliche Zusammenleben der Bevölkerung beiderseits der deutsch-dänischen Grenze und damit auch die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark allgemein zu fördern“ – so der Wortlaut in der Präambel der Bonner und analog in der Kopenhagener Erklärung.

Bevor die konkreten Garantien aufgelistet werden, wird Bezug genom-



men auf die Europäische Menschenrechtskonvention des Europarats, das Grundgesetz sowie die Kieler Erklärung von 1949. Das heißt, die Erklärungen bezwecken den Frieden im Grenzland zwischen Deutschen und Dänen, Minderheiten und Mehrheiten – und sie erfolgen in der Absicht, eine Freundschaft beider Länder zu erreichen. Dies geschah im Kontext der Menschenrechte und auch der Nichtdiskriminierung nationaler Minderheiten, wie sie in der Konvention des Europarats als „Klub der Demokratien“ vereinbart und kodifiziert wurden.

Im ersten Teil der jeweiligen Erklärungen folgt dann eine Auflistung der allgemeinen Bürgerrechte, wie sie in den jeweiligen Grundgesetzen verankert sind, mit der Bemerkung, dass die Angehörigen der Minderheit wie alle Staatsbürger diese Rechte genießen. Nüchtern betrachtet ist dieser Abschnitt überflüssig, weil er bereits bestehende bürgerliche Rechte bestätigt, die für alle gelten. Dennoch ist er wichtig, da eingangs die Angehörigen der Minderheiten als Staatsbürger definiert werden. Das heißt, nur deutsche Staatsbürger sind Angehörige der dänischen Minderheit, nur dänische der deutschen. Als solche genießen sie Staatsbürgerrechte. Also nur Staatsbürger können Minderheit sein.

Im zweiten Abschnitt werden in „Ausführung dieser Rechtsgrundsätze“ jeweils acht Prinzipien festgestellt. In der Kopenhagener Erklärung für die dänische Regierung, in der Bonner aufgrund des Föderalismus unterteilt in Rechtsgrundsätze der Bundes- und Landesregierung. Inhaltlich sind die Prinzipien gleich. Als erstes wird das sogenannte „Minderheit ist, wer will“- oder auch Intentions-Prinzip der nationalen Identifikation genannt: Das Bekenntnis zum dänischen bzw. deutschen Volkstum und zur dänischen bzw. deutschen Kultur ist frei und darf von Amts wegen nicht bestritten oder nachgeprüft werden. Dieser Grundsatz bekräftigte frühere Erklärungen auf Landesebene, wurde jetzt aber auch offiziell als Bundespolitik hervorgehoben. Anschließend folgen Grundsätze hinsichtlich der freien Nutzung der Minderheitensprache, der Nicht-Diskriminierung sowie die Anerkennung des besonderen Interesses der Minderheiten, ihre „religiösen, kulturellen und fachlichen Verbindungen“ mit dem jeweiligen Kin-State (Mutterstaat) zu pflegen. Weitere Garantien beziehen sich auf der Vertretung in kommunalen Ausschüssen, Nutzung des Rundfunks, öffentliche Bekanntmachung in Minderheitenzeitungen sowie die Möglichkeit anerkannte Schulen mit Examensrecht einzurichten, wobei es den Eltern freisteht, für ihre Kinder eine Minderheitenschule zu wählen. Dies ist kurzgefasst der Inhalt der Bonn-Kopenhagener Erklärungen. Keine komplizierten Ausführungen, keine Gremien, kein Monitoring etc. Wenige Abschnitte mit Grundrechten und daraus abgeleiteten Prinzipien. Es



Abb. 2 30 Jahre Bonn-Kopenhagener Erklärungen: Dänische Sonderbriefmarke, motivgleich auch in deutscher Version erschienen

sind minimalistische Erklärungen, die jedoch längerfristig gesehen eine maximale Wirkung entfalteten. Es war weniger der Wortlaut als vielmehr die Signalwirkung, die für ein neues Klima im Grenzland entscheidend war.

### **Wirkungsgeschichte**

Die Wirkungsgeschichte der Minderheitenerklärungen kann im Nachhinein als eine Erfolgsgeschichte interpretiert werden. Akute Fragen wurden gelöst. So wurde der SSW von der 5 %-Klausel bei Landtagswahlen in Schleswig-Holstein befreit und konnte bei der folgenden Wahl 1958 erneut ins Parlament einziehen und die Anzahl der Mandate bis zum heutigen Tage nicht nur wahren, sondern noch ausbauen. Ab 2012 ist die Partei sogar an der Landesregierung beteiligt. Beide Minderheiten errichteten staatlich anerkannte Schulen mit Examensrecht. Die Schüler konnten in beiden Ländern anerkanntes Abitur ablegen.

Später wurden weitere Elemente dem Minderheitenmodell hinzugefügt, die 1955 noch unmöglich, später aber selbstverständlich waren: Nach dem Verlust des Folketingmandats 1964 wurde für die deutsche Minderheit ein Kontaktausschuss in Kopenhagen eingerichtet; 1965 erhielt die

dänische Minderheit einen beratenden Ausschuss bei der Bundesregierung, der somit in diesem Jahr sein 50. Jubiläum begehen kann. 1983 wurde in Kopenhagen ein Sekretariat für die deutsche Minderheit eingerichtet, das sehr effektiv Lobbyarbeit betreibt. 2004 wurde in Berlin ein Minderheitensekretariat für die vier anerkannten nationalen Minderheiten errichtet, gefördert durch das Bundesinnenministerium, aber mit einer weitaus geringeren effektiven Wirkung als das der deutschen Minderheit. Die Zuschüsse für die Minderheitenschulen wurden im Laufe der Jahre erhöht und denen der öffentlichen Schulen angeglichen. 2010 wurde für die deutsche Minderheit die effektive völlige Gleichstellung hinsichtlich der Schulbezuschung in Dänemark verbrieft, während sich zugleich in Schleswig-Holstein die bislang schwerste Krise in der Minderheitenpolitik seit 1955 entfaltete aufgrund einseitiger, asymmetrischer Kürzungen in den Zuwendungen an die dänischen Schulen. Erst mit dem Regierungswechsel 2012 unter Einbeziehung des SSW wurde die Krise gelöst und letztendlich die Gleichstellung gesetzlich und 2014 auch in der Schleswig-Holsteinischen Landesverfassung erstmalig verankert.

Hervorzuheben ist, dass die Bonn-Kopenhagener Erklärungen dabei jeweils einen Bezugspunkt darstellten – für Minderheiten und Regierungen. In kleineren und größeren Krisen dienten sie immer wieder als Argument für die Gleichstellung, aber auch für Sonderregelungen, die diese noch effektiver gestalten sollten. Solche Friktionen und Krisen gab es immer wieder: Als vor ungefähr zehn Jahren eine Kommune auf Alsen sich anmaßte, die nationale Identität der Eltern von Kindern in einem deutschen Kindergarten zu hinterfragen, mobilisierte die deutsche Minderheit sofort das dänische Innenministerium, das daraufhin in einem Schreiben die Kommunen in Nordschleswig auf die Verpflichtungen der Kopenhagener Erklärung und explizit des voluntaristischen Minderheitenprinzips hinwies. Als Dänemark 2004 eine umfassende Gebietsreform durchführte, wurde sichergestellt, dass die politischen Mitwirkungsmöglichkeiten auch in der neuen Struktur bewahrt wurden. Dabei verwies die deutsche Minderheit in ihrer Stellungnahme 2005 explizit auf die Bonn-Kopenhagener Erklärungen, um eine Verbesserung der Interessenwahrnehmung in den neuen vier Kommunen in Nordschleswig sicherzustellen. Als nach den Landtagswahlen 2000 und 2012 Klage bei deutschen Gerichten über die Befreiung des SSW von der Sperrklausel geführt wurde, spielten jeweils die Bonn-Kopenhagener Erklärungen bei der Rechtsfindung der Richter eine zentrale Rolle. Als konservative Politiker in Schleswig-Holstein seit 2010 wiederholt die Aufrichtigkeit des nationalen Bekenntnisses bei Eltern und Schülern der dänischen Schulen anzweifeln, wurde wiederum

seitens der dänischen Minderheit sofort auf die Garantien der Erklärungen und das selbst gewählte Verbot der Gesinnungsschnüffelei verwiesen. Die Minderheitenerklärungen von 1955 sind somit nicht antiquiert, sondern können auch 60 Jahre später sehr effektiv bei Zwistigkeiten und in Krisensituationen im Grenzland eingesetzt werden.

Somit hatten und haben die Erklärungen sowohl eine konkrete als auch eine dauerhafte symbolische Bedeutung, vielleicht heute noch nachdrücklicher als minderheitenpolitisches Prinzip als je zuvor. Gerade die Erfahrungen der Jahre 2010-12 zeigen aber auch, dass die Säulen dieses Modells fragil sind, obgleich das System als Ganzes stabil ist. Das explizite Eingreifen der Bundesregierung im Schulbezuschungstreit mit zweimaligen finanziellen Zuwendungen für 2011 und 2012 an die dänischen Schulen als teilweise Kompensation der Landeskürzungen, jeweils begründet in außen- und minderheitenpolitischen Verpflichtungen, zeigte aber auch, dass die beiden Regierungen sich umgehend aktiv involvierten, um weitergehende Schäden der bilateralen Beziehungen zu verhindern. Dass die Bundesregierung dabei den eklatanten Fehleinschätzungen der eigentlich minderheitenerfahrenen Provinz nicht Einhalt gebieten konnte, ist ein anderes Kapitel. Seit 2012 wurde das Modell jedoch völlig wiederhergestellt, so dass die Minderheitenpolitik trotz mancher Desiderate von den betroffenen Minderheiten heute als die bisher beste bewertet wird. Dennoch bleibt festzustellen, dass das Modell kein Naturgesetz ist, sondern kontinuierlicher Aufmerksamkeit und Pflege bedarf. Der gute Wille auf allen Seiten, der seit 1955 entscheidend für die positive Entwicklung gewesen ist, wird weiterhin benötigt.

Die Wirkungsgeschichte der Erklärungen umfasst die Entwicklung von der Abgrenzung zur zivilgesellschaftlichen Integration. Im Laufe der 60 Jahre gab es eine evolutionäre Entwicklung der Minderheitenregelungen, manchmal endete der Weg in einer Sackgasse, dennoch war er insgesamt gesehen zielführend. Die aktuellen Rahmenbedingungen sind besser als vor 60 Jahren. Zwischenzeitlich sind beide Minderheiten auch durch europäische Verpflichtungen im Rahmen der OSZE und vor allem des Europarats geschützt, deren Sprachencharta 1992 und Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten 1995 zwar weitere konkrete Garantien völkerrechtlich verbriefen, dennoch substanziell betrachtet für diese beiden Minderheiten keine wirklich neuen Entfaltungsmöglichkeiten bieten.

Im Fall der Nordfriesen sieht die Lage hingegen anders aus; aber sie waren von den Bonn-Kopenhagener Erklärungen lediglich indirekt berührt durch die Aufhebung der Sperrklausel für den dänisch-friesischen SSW



Abb. 3 Der Schlagbaum am Grenzübergang Rønssdam, Herbst 2004 – heute ein museales Symbol für das Ende der Abgrenzung



sowie symbolisch durch die Aufhebung der Kieler Erklärung von 1949 am 13. September 1955 durch die Landtagsmehrheit. In der Kieler Erklärung waren den Friesen ebenso wie der dänischen Minderheit noch entsprechende Prinzipien zugesichert worden. Die Aufhebung war somit zumindest symbolisch ein herber Schlag für die Friesen, die letztendlich erst 40 Jahre später mit der bundesdeutschen Ratifizierung des Rahmenübereinkommens auch als nationale Minderheit anerkannt wurden – und erst 2004 mit dem Friesisch-Gesetz in Schleswig-Holstein einen vergleichbaren Status wie die anderen beiden Minderheiten erhielten. Folglich müssen die Bonn-Kopenhagener Erklärungen heute gemeinsam und im Zusammenhang mit der späteren Sprachencharta und den folgenden Rahmenübereinkommen gewertet werden. Es sind nunmehr diese drei Instrumente, die minderheitenpolitisch wichtig sind.

### **Europäischer Modellfall ?**

So weit kurz zu den Erfahrungen und Lehren dieser durchaus gelungenen Konfliktlösung. Nunmehr stellt sich die Frage, ob es sich hierbei tatsächlich um einen europäischen Modellfall handelt. Hierbei hilft eine nüchterne Betrachtung aus der Helikopterperspektive. Ein Modell hat ja zweierlei Bedeutung: teils als Vorbild, teils als Fallbeispiel. In der ersten Bedeutung sind die Bonn-Kopenhagener Erklärungen ein Modell für die nachhaltige Lösung und somit als Studienobjekt neben vielen anderen Fallbeispielen geeignet. In der zweiten Bedeutung muss die Übertragbarkeit untersucht und diskutiert werden. Ein Modell macht ja nur dann Sinn, wenn es sich auch auf andere ethnische Konfliktregionen in Gänze oder auch teilweise übertragen lässt. Hier wird es schwieriger, weil keine zwei ethnischen Konflikte gleich sind.

Die Besonderheit an der deutsch-dänischen Konstellation ist, dass wir hier eine symmetrische Minderheitenkonstellation finden, die in gleicher Form in Westeuropa nirgends, in Mittel- und Osteuropa jedoch häufiger vorkommt. Beiderseits der Grenze befinden sich nationale Minderheiten, die sich dem Nachbarland als sogenanntem Kin-State zugehörig fühlen. Die Deutschen in Dänemark fühlen sich sprachlich-kulturell mit Deutschland, die Dänen in Deutschland hingegen mit Dänemark eng verbunden. Dänemark erkennt die dänische Minderheit, Deutschland, subsidiär insbesondere das Land Schleswig-Holstein, die deutsche Volksgruppe als „ihre Minderheit“ an und beide fördern sie jeweils materiell und ideell. Diese besonderen Verbindungen und die finanzielle Förderung über die Grenze werden von beiden Staaten gepflegt und respektiert. Ohne die

finanziellen Zuwendungen der Kin-States könnten die Minderheitennetze gar nicht aufrechterhalten werden. Dabei trägt Dänemark jedoch bis zu Zweidrittel des dafür notwendigen Finanzierungsaufwands, während die deutsche Seite nicht weniger stolz auf die Regelungen ist. Die Förderung der dänischen Minderheit erfolgt seit dem März 2010 durch ein einstimmig beschlossenes Südschleswig-Gesetz des Folketings, während auf deutscher Seite die Zuwendungen jeweils in den Haushaltsbegleitgesetzen geregelt werden.

Hinzu kommt, dass beide Minderheiten in unmittelbarer Nähe der gemeinsamen Staatsgrenze sesshaft sind. Der Minderheitenraum verläuft dabei jeweils in einer Entfernung von ca. 50 km. Es sind jeweils relativ kleine Minderheiten, sowohl numerisch als auch relativ betrachtet. Zwar gibt es Schwerpunkte wie um Tingleff oder Flensburg; dennoch sind sie heute jeweils absolute Minderheiten. Dies bedeutet wiederum, dass von ihnen seit 60 Jahren keine theoretische Bedrohung der territorialen Integrität des jeweiligen Staates ausgeht. Dies war vorher hingegen sehr wohl der Fall mit dem Grenzrevisionsanspruch der deutschen Minderheit in den Jahren 1920-45 und den separatistischen Forderungen der dänischen Minderheit in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. All dies ist vergleichbar nicht überall in Europa wiederzufinden.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in zwei der reichsten Staaten der Erde haben für die friedliche Entwicklung eine große, womöglich die entscheidende Rolle gespielt, ebenso wie die Entwicklungslinien nach und seit dem Mauerfall 1989. Plötzlich wurden beide Minderheiten als europäischer Modellfall gedeutet und von Dänemark und Deutschland zum Teil gemeinsam als Modell zur Inspiration bei der Lösung ethno-nationaler Konflikte angeboten. Das europäische Modell entsteht somit angesichts der vielen ethnischen Herausforderungen im östlichen Europa als Angebot eines positiven Fallbeispiels.

Obgleich andere Konfliktregionen und Staaten durchaus Interesse an diesem Modell zeigten, wurde es jedoch nirgends direkt 1:1 übernommen. Im europäischen Kontext sind die Bonn-Kopenhagener Erklärungen somit einzigartig geblieben. Nach dem Mauerfall regelte Deutschland seine minderheitenpolitischen Fragen mit den neuen Staaten in Mittel- und Osteuropa ausschließlich durch bilaterale Verträge. Zudem wurden bilaterale Regierungskommissionen eingesetzt, welches ja auch 1954 im deutsch-dänischen Grenzland angestrebt, aber aufgrund des dänischen Widerstands verworfen wurde.

So sind es letztendlich nicht die Erklärungen an sich, sondern der gute Wille und der Umstand, dass im deutsch-dänischen Grenzland tatsäch-



lich ein robustes und nachhaltiges Minderheitenmodell entstanden und im Laufe der vergangenen 60 Jahre weiterentwickelt worden ist, das einen europäischen Modellfall darstellt. Das deutsch-dänische Minderheitenmodell ist keine Blaupause oder Gebrauchsanweisung, aber ein positives Beispiel, das zum Studium einlädt und als Inspiration dienen kann. Es ist in seiner Form einzigartig, aber dennoch in seinen positiven Wirkungen von allgemeiner Bedeutung. Es zeigt, dass es tatsächlich möglich ist, einen verkrampften, obgleich gewaltlosen, Konflikt zu lösen und das friedliche Zusammenleben zu entwickeln.

Der Anspruch der Präambel von 1955 ist somit erfüllt worden. Der Umstand, dass alle zehn Jahre unter aktiver Beteiligung der Minderheiten die Jubiläen begangen werden und die positiven Deutungen dabei immer stärker werden, zeigt auch, dass das Experiment tatsächlich geglückt ist. Die minimalistische Form hat einen maximalen Effekt erzielt. Das alleine macht bereits einen europäischen Modellfall aus, worum viele Minderheiten und Mehrheiten in Europa uns bei allen Unterschieden beneiden.

#### Literaturhinweise

Lars N. Henningsen (Hg.), Zwischen Grenzkonflikt und Grenzfrieden. Die dänische Minderheit in Schleswig-Holstein in Geschichte und Gegenwart, Flensburg: Studiefadelingen ved Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig 2011.

Martin Klatt/Jørgen Kühl, SSW. Det danske mindretals politiske historie 1945-2014, Flensburg: Studiefadelingen ved Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig 2014.

Jørgen Kühl, Die Bonn-Kopenhagener Erklärungen zu den Rechten der nationalen Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzland 1955-2005, Europa Ethnica, 1-2, 2005, S. 39-49.

Jørgen Kühl (Hg.), København-Bonn Erklæringerne 1955-2005. De dansk-tyske mindretalserklæringers baggrund, tilblivelse og virkning, Aabenraa: Institut for Grænseregionsforskning – Syddansk Universitet 2005.

Jørgen Kühl/Robert Bohn (Hg.), Ein europäisches Modell? Nationale Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzland 1945-2005, Bielefeld: Verlag für Regionalgeschichte 2005.

#### Abbildungsnachweis:

Abb. 1 Bundesbildstelle Bonn, 1985; Abb. 2 30 Jahre Bonn-Kopenhagener Erklärungen. Grenzland, Minderheiten, Partnerschaft, hrsg. v. d. Landeszentrale für Politische Bildung, Kiel 1985, S. 9; Abb. 3 Foto: Jørgen Kühl, 2004.

# Von der Abgrenzung zur Grenzüberwindung

Die Minderheiten und die Bonn-Kopenhagener Erklärungen als Wendepunkt der deutsch-dänischen Beziehungen?

von MARTIN KLATT

*Wie es im vorangehenden Beitrag von Jørgen Kühl aufgezeigt wurde, werden die Bonn-Kopenhagener Erklärungen generell als wichtigster Meilenstein für die Normalisierung des deutsch-dänischen Verhältnisses nach Jahrzehnten nationaler Konflikte und zuletzt der deutschen Besetzung Dänemarks im Zweiten Weltkrieg gesehen. Anlässlich des 60. Jahrestages der Bekanntmachung der beiden Erklärungen zogen diese erneut viel öffentliche Aufmerksamkeit auf sich, die sich auch in mehreren Festveranstaltungen und Fachkonferenzen niederschlug. Im Folgenden geben wir die bearbeitete Version zweier Vorträge wieder, die Dr. Martin Klatt, einer der versiertesten Kenner der deutsch-dänischen Beziehungen ab 1945, beim Festakt des Folketings und des Schleswig-Holsteinischen Landtages am 13. März in Sankelmark bzw. auf der Konferenz „60 Jahre Bonn-Kopenhagener Erklärungen – die Stellung von Minderheiten und Volksgruppen im europäischen Vergleich“ in Sonderburg gehalten hat. Dabei geht es dem Dozenten am Institut für Grenzregionsforschung der Süddänischen Universität vor allem um die Frage, inwieweit die Erklärungen wirklich ein Wendepunkt der Geschichte unserer Region gewesen sind oder ob ihre Existenz in manchen Fällen eher dazu führt, dass man es mit der Überwindung weiterer noch bestehender Probleme nicht sehr eilig hat.*

*Die Redaktion*

## Einführung

Der bekannte Grenzlandhistoriker Troels Fink soll einmal gesagt haben, dass es nur drei außenpolitische Probleme Dänemarks gebe: Deutschland, Deutschland und Deutschland. Nun, heute wird das niemand im dänischen Außenministerium sagen - im Gegenteil: die deutsch-dänischen Beziehungen werden 150 Jahre nach der Schlacht von Düppel, 95 Jahre nach den Volksabstimmungen und der Ziehung der heutigen Grenze, 70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der deutschen Besatzungszeit, 60 Jahre nach den

Bonn-Kopenhagener Erklärungen als so gut wie nie bezeichnet. Viele Dänen besuchen Berlin, Deutsch gilt als „cool“, und auch die Übernachtungszahlen deutscher Gäste in Dänemark sind letztes Jahr wieder gestiegen. Die anscheinend unlösbaren Probleme, die es noch gibt (z.B. die Befreiung der Getränkedosen aus dem Grenzhandel vom Dosenpfand, die Nichteinbeziehung Flensburgs in dänische Verkehrsangebote wie der einheitlichen „rejsekort“ oder die Weigerung der dänischen Regierung, dänischen Hochschulunterricht der grenzüberschreitenden Studiengänge in Flensburg zu unterstützen), wirken vor dem Hintergrund der sehr guten Beziehungen beider Länder marginal. Sind somit die Konsequenzen des langen 19. Jahrhunderts ausgebügelt, ist der Nationalismus überwunden, und kann an die vermeintlich „glückliche Zeit“ der 400-jährigen Verbundenheit Schleswig-Holsteins mit der dänischen Krone angeknüpft werden? Hier muss man zunächst die Frage danach stellen, was eigentlich passiert war, das diese Verbindung getrennt hat?

Ich will hier nicht die bekannten (und komplizierten) staatsrechtlichen und dynastischen Fragen wieder aufgreifen. Auch soll hier nicht ausdiskutiert werden, ob die „Erhebung“ von 1848 ein „Aufbruch“ (oprør) war oder ob alleine der damalige Regierungschef Ditlev Gotthard Monrad die Schuld am deutsch-dänischen Krieg trägt – wie es die dänische Fernsehserie „1864“ von Ole Bornedal auf Basis der Bücher von Tom Buk-Swienty suggeriert. Ebenso wenig soll hier erörtert werden, ob die Volksabstimmung von 1920 zur gerechtesten Grenze geführt hat, ob die deutsche Minderheit zu unkritisch dem Nationalsozialismus hinterhergelaufen ist und ob die sogenannte „Rechtsabrechnung“ nach 1945 angemessen oder ungerecht war – oder ob die Bewegung in Südschleswig nach dem Krieg von materiellem Interesse („Speckdänen“) oder vom Hass auf die deutschen Ostflüchtlinge getragen wurde.

## **Übersehene Gemeinsamkeiten**

Die deutsch-dänische Geschichte und die Bonn-Kopenhagener Erklärungen werden oft als einzigartig dargestellt. Das sind sie nicht: Sie sind eng mit der europäischen Geschichte verbunden. In Schleswig passierte im 19. Jahrhundert, was auch in anderen Grenzsäumen Europas geschah – eine Abgrenzung nach den neuen Ideen der Nation als ausschließliches Identifikationsmerkmal des modernen, vom feudalen Ständestaat befreiten Menschen. Wie in anderen Regionen traf diese Idee auch hier auf Gegebenheiten, die dem Ideal von eindeutig identifizierbaren Nationen im Wege stand. So konnte ein deutschsprachiger Kaufmann aus Flensburg durchaus ein dänisch gesinnter Gesamtstaater sein, wie ein Synnejysk sprechender Bauer schleswig-holsteinisch gesinnt sein konnte. Identitäten können auch ganz anders gelagert sein – aber darüber

wissen wir leider nur sehr wenig, weil die Historiker lange nur das Nationale im Blick hatten. Die national Indifferenten, früher als „Blakkede“ bezeichnet, die angeblich wie „Treibgut zwischen den Volkstüchern hin- und hergeschwemmt werden“, galten der quellengebenden Elite nicht als ehrenwert – wie auch die angeblich „vaterlandslosen Gesellen“ der Arbeiterklasse.

Das nationale Denken setzte die Agenda. Zunächst stand die Bewusstseinsprägung im Vordergrund. Die Schleswiger sollten erst zu Dänen gemacht werden, dann zu Deutschen. Und das Bild vom Gegensatz prägt noch heute unsere Vorstellung von der Zeit der „Erhebung“, der pro-dänischen Sprachrekskripte der 1850er Jahre, des Krieges von 1864, des Kaiserreichs und der „Köllerpolitik“ 1899-1903, vom Ersten Weltkrieg, der Abstimmungszeit, der NS-Zeit und der Nachkriegszeit bis zumindest in die 1970er Jahre – um erst seit der Jahrtausendwende ernsthaft der Erzählung der Gemeinsamkeiten und der Grenzüberwindung Platz zu machen.

Dabei ist dieser Blick selektiv. Wie auch es immer Beispiele von Menschen gab, die sich der Nationalisierung wideretzten. Nationale Indifferenz ist erst kürzlich in den Blick der Historiker geraten – und heute gibt es viele überzeugende Studien, die nachweisen, wie unvollkommen die Nationalisierung gewesen ist und wie sich nationale Indifferenz bis weit in die 1930er Jahre und länger halten konnte – und vielleicht auch heute hält. Das Beispiel Schleswig ist deshalb nicht einzigartig.

## **Der Weg in die Teilung – und zurück?**

Lassen Sie mich kurz periodisieren, wie es zu einer nord-südlichen Teilung der „natürlichen“ Region Schleswig(-Holstein) kam – einer Region, die naturräumlich in west-östlicher Richtung in Marsch, Geest und Hügelland aufgeteilt ist. Ab 1800, aber insbesondere in den 1840er Jahren wurde die nationale Ideologie in das Grenzland hineingetragen. Ein zunehmend aggressiver „Schleswigholsteinismus“ und die „eiderdänische“ Bewegung, die beide das gesamte Herzogtum Schleswig für ihr jeweiliges nationales Projekt beanspruchten, drangen ins Bürgertum vor und spalteten Deutsch und Dänisch voneinander, vor allem natürlich in der genannten Region. Ein Bürgerkrieg mit ausländischer Einmischung und schließlich der Annexionskrieg von 1864 (eben nach der dänischen Annexion Schleswigs durch die Novemberverfassung von 1863) „lösten“ die Frage mit Gewalt. Der Versuch der Assimilationspolitik folgte beiden Kriegen.

Die Volksabstimmung 1920 besiegelte die Teilung Schleswigs entlang der von H.V. Clausen empfohlenen Linie, die auch heute noch die deutsch-dänische Grenze bildet. Der Zeitgeist der Friedensverträge nach dem Ersten Weltkrieg

„erfand“ nun den Status „nationale Minderheit“ für die Gruppen, welche dem Ideal der Homogenität von Staat und Nation nicht entsprachen. Diese gab es nicht nur in Schleswig, sondern auch zahlreich in den Nachfolgestaaten der im Ersten Weltkrieg untergegangenen Imperien (Russisches Reich, Österreich-Ungarn, Osmanisches Reich), aber auch bei den Siegermächten. In einem Europa der nationalen Selbstbestimmung grenzten sich Menschen anhand ihrer objektiven, noch mehr aber subjektiven nationalen Identität voneinander ab. Innerhalb der Nationalstaaten begann man nun, die „nationalen Minderheiten“ gleichsam voneinander abzugrenzen. Es wurden Verträge geschlossen und Minderheitenparagrafen in Verfassungen geschrieben wie der Artikel 113 der Weimarer Reichsverfassung zum Schutz der „fremdsprachigen Volksteile“ des Reiches. Auch Dänemark setzte mit der schon 1920 verabschiedeten Revision des Volksschulgesetzes minderheitenpolitische Akzente: Deutschsprachige Abteilungen in allen Volksschulen, wo der Elternwille dies beantragte, und die Möglichkeit zur Errichtung staatlich geförderter Privatschulen in der Minderheitensprache waren in Nordschleswig obligatorisch. Die Minderheiten selbst organisierten sich in Vereinen mit dem Ziel einer kulturellen Autonomie und des Aufbaus von eigenen Minderheiteninstitutionen für den Lebensweg „von der Wiege bis zur Bahre“.

Nach dem Zweiten Weltkrieg flammte der Grenzkampf in Südschleswig wieder auf, und die deutsche Minderheit in Nordschleswig musste im Angesicht der deutschen Niederlage bei Null anfangen. Die Kieler Erklärung von 1949 setzte erste Zeichen für eine Minderheitenregelung, und die Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955 erhoben viele Aspekte derselben in den Rang einer bilateralen Vereinbarung – obwohl diese bekanntlich lediglich einseitige Selbstverpflichtungserklärungen der beiden Regierungen waren. Die historische Erzählung setzt hier den Wendepunkt: Ab hier ging es bergauf mit dem deutsch-dänischen Verhältnis. Die deutsche Minderheit hatte wieder einen institutionellen Rahmen und konnte sich mit ihrer Neuorientierung im europäischen Geist wieder einen Platz im gesellschaftlichen und politischen Leben Nordschleswigs aufbauen. Die dänische Minderheit musste ihren Traum einer „Wiedervereinigung“ mit Dänemark aufgeben, wurde aber finanziell großzügig entschädigt und befriedigt. Der Weg vom Gegeneinander zum Nebeneinander, Miteinander und Füreinander war gebahnt.

### **Fortschritt zum Miteinander durch Fixierung der Spaltung?**

Worum ging es aber bei alledem? Es wird heute gerne übersehen, aber die Geschichte Schleswigs ist seit Mitte des 19. Jahrhunderts eine Geschichte der Spaltung. Natürlich ist es ahistorisch, vorher von einer einheitlichen Gesell-



Abb. 1 u. 2 Deutsches und dänisches Plakat zu den Volksabstimmungen 1920

schaft zu sprechen. Gesellschaften sind in der Realität nie homogen – bestenfalls theoretisch wie in der Utopie der Endzeitgesellschaft im Kommunismus. Natürlich war die Gesellschaft Schleswig-Holsteins der Vormoderne heterogen – wie auch die dänische. Neu war aber im 19. Jahrhundert, dass diese Heterogenität in Frage gestellt wurde – mit dem Ziel, eine national homogene Gesellschaft zu schaffen und damit in Konsequenz die Spaltung von anderen Nationen zu erreichen – eine Spaltung, die aber auch nie vollkommen war. Die Volksabstimmung 1920 kann somit als die finale Spaltung Schlesiens entlang nationaler Linien gesehen werden – da es keine Alternative zur Wahl zwischen Deutschland und Dänemark gab. Und obwohl das Ergebnis bei überzeugenden 90 % Wahlbeteiligung recht eindeutig war, stimmten doch ein Viertel nördlich und ein Fünftel südlich der neuen Grenze anders. Wie sollte man nun damit umgehen? Getreu den Ideen der Friedensordnung nach dem Weltkrieg („Selbstbestimmungsrecht der Völker“) wurden auch diese Menschen nationalisiert und abgegrenzt – in einer deutschen Minderheit in Nordschleswig und einer dänischen Minderheit in Südschleswig. Wurde das den Menschen gerecht?

Leitgedanke der jetzt neu zu entwickelnden Minderheitenpolitik war zunächst die Sprache. Dänemark wollte aus Erinnerung an die Unterdrückung der dänischen Sprache die deutsche Sprache in Nordschleswig schützen, so dass zunächst nicht einmal in den deutschen Schulzweigen Dänisch gelernt werden musste. Die Weimarer Verfassung schützte die „fremdsprachigen Volksteile“ – was zum ersten Konflikt führte, da der Besuch von dänischen Minderheitenschulen zunächst von dänischen Sprachkenntnissen abhängig gemacht wurde. Auch heute ist es ja noch für viele auf beiden Seiten der Grenze, aber auch für viele Minderheitenforscher schwer verständlich, dass bei vielen Angehörigen der deutschen Minderheit in Dänemark nicht Deutsch, sondern der dänische Dialekt Synnejysk Haussprache ist, wie auch die meisten Angehörigen der dänischen Minderheit im Alltag meist Hoch- oder Plattdeutsch sprechen. Die auch heute noch gültigen wesentlichen minderheitenpolitischen Prinzipien wurden aber schon in der Zwischenkriegszeit anerkannt und auch während der NS-Diktatur bzw. der deutschen Besatzung Dänemarks prinzipiell nicht in Frage gestellt:

- Gewissensfreiheit: Jeder entscheidet selbst, ob sie/er zur Minderheit gehören will oder nicht.
- Freie Schulwahl: Die Eltern entscheiden, ob ihr Kind eine Minderheitenschule besuchen soll.
- Kulturautonomie: Die Minderheiten haben eigene kulturelle Institutionen, die sie weitgehend in Eigenregie mit finanzieller Unterstützung des Nachbarlandes betreiben.

Warum feiern wir also heute nicht das 89-jährige Jubiläum der preußischen Schulverordnung von 1926 oder das 95-jährige Jubiläum des dänischen Volksschulgesetzes von 1920? Oder das 66-jährige Jubiläum der Kieler Erklärung? Die Bonn-Kopenhagener Erklärungen enthalten nichts Neues und sind auch nicht der Entwicklung letzter Schritt. Die schleswig-holsteinische Landesverfassung hat gerade neue minderheitenpolitische Akzente gesetzt, und die europäischen Konventionen haben Minderheitenpolitik auf eine neue völkerrechtliche Ebene gehoben – und das schleswigsche Grenzland kommt bei den Berichten der europäischen Expertenkommissionen nicht immer so gut weg.

### **Die Bonn-Kopenhagener Erklärungen – ein Wendepunkt der Geschichte?**

Sind die Bonn-Kopenhagener Erklärungen ein Wendepunkt der deutsch-dänischen Beziehungen? Das Jahr 1955 ist es sicherlich, da ein bedeutender deutscher Staat und Dänemark zum ersten Mal seit Auflösung des Heiligen Römischen Reichs, vielleicht sogar zum ersten Mal seit dem Dreißigjährigen Krieg militärisch verbündet waren. Und die Erklärungen hängen mit dem Nato-



Beitritt zusammen, auch wenn es keine direkte Veto-Drohung gab, wie immer wieder kolportiert wird. Die Diplomatie tat jedoch das ihre und die westdeutsche Bundesregierung erzeugte den nötigen Druck auf die Kieler Landesregierung, nun endlich das Minderheitenproblem zu lösen, auch um der Welt zu zeigen, dass Deutschland ordentlich mit seinen Minderheiten umgehen kann, was auch entscheidend für eine internationale Akzeptanz der Wiedereingliederung der Ostgebiete sei, wie es aus den Dienstanweisungen für den damaligen deutschen Botschafter in Dänemark, Georg Ferdinand Duckwitz, hervorgeht.

Was ist denn mit den Erklärungen konkret anders geworden? Jede Unklarheit über die deutsch-dänische Grenze ist beseitigt. Nach 1955 war endgültig klar, dass es zu keiner Grenzverlegung kommen würde. Das kollektive Selbstbestimmungsrecht ist nicht mehr auf der Tagesordnung. Es wurde durch das individuelle Selbstbestimmungsrecht („Deutscher bzw. Däne ist, wer will“) ersetzt und ergänzt durch ein international und was Deutschland betrifft auch national einzigartiges Zuschussmodell, das eine stabile deutsche und dänische Parallelgesellschaft im jeweiligen Nationalstaat ermöglichte. 1955 markiert den Schlusspunkt der Abgrenzung: Deutschland von Dänemark, die Minderheiten von der Mehrheit, und die Minderheiten leben in einem „Nationalstaatskonstrukt“, wie es Arthur Christiansen, heute u.a. vom SSW gestützter Schleswiger Bürgermeister, in seiner Dissertation beschreibt. Gewissermaßen besteht eine Parallelgesellschaft, die im Idealfall abgrenz- und identifizierbar ist: Wir werden ja andauernd gefragt, wie groß denn die deutsche und die dänische Minderheit seien – und wer dazu gehöre.

Ist denn das aber die Realität? Wir reden ja heute gerne davon, dass das Gegeneinander über das Nebeneinander vom Miteinander oder gar Füreinander abgelöst worden sei. Wobei auch „Füreinander“ ja bedeutet, dass wir zwei abgegrenzte Bevölkerungen haben, die sich nicht mehr bekämpfen, sondern füreinander da sind.

Vielleicht erinnern Sie sich noch an den Aufruhr nördlich der Grenze, als 1997 die grenzüberschreitende Euroregion errichtet werden sollte. Kern des Konflikts war ein Unbehagen über die vermeintliche Abschaffung der Grenze. Auf Englisch sagt man „good fences make good neighbours“. Brauchen wir immer noch eine klare Abgrenzung zwischen Deutsch und Dänisch, um zusammenarbeiten zu können? Brauchen wir einen klaren nationalen Standpunkt, um auf andere Nationen und Kulturen zugehen zu können? Oder haben wir dies überwunden? Ich denke, für die Minderheiten kann man die letzte Frage mit Ja beantworten – auch wenn dies nicht unbedingt im Interesse der Minderheiten und ihrer Eliten ist, die gerne am Nationalstaatskonstrukt festhalten. Schließlich setzen die Bonn-Kopenhagener Erklärungen und die internationalen Konventionen nach wie vor eine abgrenzbare Minderheit voraus. Wir



Abb. 3 Dänischer Protest gegen die Schaffung einer grenzüberschreitenden Euroregion durch das Schengener Abkommen 1997

stehen also in einem neuen minderheitenpolitischen Dilemma. Dennoch wage ich zu behaupten, dass die meisten Minderheitenangehörigen sozial integriert sind, über flexible Identitäten verfügen und sich auf beiden Seiten der Grenze gleichermaßen zu Hause fühlen – und damit meine ich von Kopenhagen bis München. Also bestimmt keine Parallelgesellschaft, sondern eine Sowohl-als-auch Gesellschaft! Aber haben wir das akzeptiert?

Nicht so lange zurück liegt der Konflikt um den Landeszuschuss für die Minderheitenschüler. Die 2010 beschlossenen Sparpläne der schleswig-holsteinischen Landesregierung zu Lasten der dänischen Schulen zeigten Einiges, was wir überwunden geglaubt hatten. Aber sie zeigten insbesondere, dass viele Menschen in der Politik und im Lande Schwierigkeiten damit haben, dass die dänische Minderheit eben keine Parallelgesellschaft ist, dass sie nicht klar abgrenzbar ist. Wie sonst sind die Äußerungen über die angeblich deutschen Schüler auf den dänischen Schulen zu verstehen? Ich habe selbst erlebt, wie schwer es ist, das Prinzip „Minderheit ist, wer will“ zu vermitteln - und wie sehr die Idee der „Leitkultur“ in Deutschland und Dänemark im Vordergrund steht. Und sind wir uns wirklich näher gekommen? Sind die Minderheiten erfolgreiche



Abb. 4 Selbsteinschätzung einer dänischen Schülerin aus Eckernförde als Mitglied einer Sowohl-als-auch Familie, 5.10.1999

Brückenbauer der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit? Haben wir die Biculturalität im Grenzland erreicht oder versuchen wir ernsthaft, sie zu erreichen? Seit fast 20 Jahren wird erfolglos versucht, das Problem mit dem Dosenpfand im Grenzhandel zu lösen. Grenzüberschreitende Fährfahrten auf der Flensburger Förde sind nicht möglich. Dänische Professoren dürfen nicht an der Flensburger Universität unterrichten. Flensburg kann sein Radwegenetz nicht auf dänischen Standard bringen. Ein grenzüberschreitendes Konzept für den öffentlichen Nahverkehr existiert nicht. Die grenzüberschreitenden Bahnverbindungen sind schlecht. Dänische Unternehmen wissen nicht, wie sie auf den deutschen Markt kommen. Dänische Unternehmen machen Lohn-Dumping in Deutschland. Der Dänisch-Unterricht in Schleswig-Holstein ist immer noch bestenfalls dritt- oder viertrangig (nach Englisch, Französisch und Latein). Es gibt keine Rechtsgrundlage für den Einsatz deutscher Katastrophenschutz Helfer in Dänemark. Die Liste ließe sich fortsetzen. Ruhen wir uns auf den Lorbeeren von Bonn-Kopenhagen 1955 aus? Es gibt viele Beispiele, die zeigen, wie sehr wir immer noch voneinander abgegrenzt sind. Setzen wir den überall vorhandenen guten Willen in Handlung um!

#### Literaturhinweise

Tom Buk-Swienty, Slagtebænk Dybbøl. 18. april 1864. København: Gyldendal 2008.

Tom Buk-Swienty, Dommedag Als. 29. juni 1864. København: Gyldendal 2011.

Arthur Christiansen: Die Reproduktion der dänischen Minderheit im 21. Jahrhundert zwischen Kultur, Tradition und Gemeinschaftsglauben. Tönning/Lübeck/Marburg: Der Andere Verlag 2008.

Pieter M. Judson und Marsha L. Rozenblit (Hg.), Constructing Nationalities in East Central Europe. New York/Oxford: Berghahn 2005.

Thomas Loxtermann, Das deutsch-dänische Grenzgebiet als Modell nationalstaatlicher Minderheitenpolitik? Die Minderheitenfrage in Schleswig von den Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955 bis zum Beitritt Dänemarks zur EWG 1973, in: Ingeborg Koza and Thomas Stahl (Hg.), Geschichte der internationalen Beziehungen nach 1945, Münster: LIT 2004.

#### Abbildungsnachweis

Abb. 1 u. 2 Flensburg in der Volksabstimmung 1920, hrsg v. Stadtarchiv Flensburg, Flensburg 1995; Abb. 3 Foto: Karin Riggelsen 1997; Abb. 4 Lars N. Henningsen (Hg.), Dagbøger fra Sydslesvig 1999, Flensburg 2000, S. 22.

# 100% wert

## Die finanzielle Gleichstellung der dänischen Minderheitenschulen in Schleswig-Holstein

von SONJA WOLF

*„Vi er også 100 % værd!“ / „Wir sind auch 100 % wert!“ Unter diesem Motto protestierte die dänische Minderheit anhaltend gegen die 2010 durch die damalige Landesregierung unter Peter Harry Carstensen getroffene Entscheidung, die Zuschüsse für die dänischen Schulen in Südschleswig auf 85 % zu kürzen. In den Grenzfriedensheften hat der Minderheitenexperte Dr. Jørgen Kühl diese Entscheidung unter historischen, rechtlichen und politischen Gesichtspunkten kritisch analysiert (4/2010, S. 285-314). Im vorliegenden Beitrag von Sonja Wolf, Projektassistentin am European Centre for Minority Issues (ECMI), geht es um die veränderte Minderheitenpolitik seit der Wahl einer neuen Landesregierung unter Beteiligung des SSW im Jahr 2012. Im Oktober 2014 wurde eine neue Landesverfassung im Schleswig-Holsteinischen Landtag mit breiter Mehrheit verabschiedet. Diese neue Verfassung enthält erweiterte Regelungen zur finanziellen Gleichstellung der dänischen Minderheit sowie zur Förderung von Niederdeutsch- und Friesischunterricht. Sonja Wolf fasst die neuen Regelungen und ihre Entstehung zusammen und analysiert ihre Bedeutung für die Minderheiten.*

*Die Redaktion*

### Einleitung

Die dänische Minderheit in Schleswig-Holstein betreibt seit den Volksabstimmungen von 1920, die ihren Status als nationale Minderheit besiegelte, ein großes Netzwerk von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen. Die Unterrichtssprache in diesen Einrichtungen ist Dänisch und sie haben zum Ziel, die dänische Sprache, Kultur, Geschichte und dänische Werte zu vermitteln. Sie umfassen Kindergärten, Schulen und Erwachsenenbildungsstätten und stehen all denjenigen offen, die sich für die dänische Sprache und Kultur interessieren, wobei ihre Zielgruppe in der Hauptsache in der dänischen Minderheit zu finden ist. Dieses

Bildungssystem hat sich über eine lange Zeit entwickelt und ist heute nicht nur verfassungsrechtlich geschützt, sondern seine Schulen sind auch gegenüber öffentlichen Schulen finanziell gleichgestellt. Der Weg dorthin erwies sich als steinig und lang, hat aber zu einer Institutionalisierung des Rechtes auf Bildung für die Minderheit geführt, die heute ihresgleichen sucht.<sup>1</sup>

Im Vergleich dazu genießen die anderen Minderheiten südlich der deutsch-dänischen Grenze im Bezug auf Bildung wesentlich weniger stark ausgeprägte Rechte. Die friesische Volksgruppe hat, ebenso wie die Sprecher der niederdeutschen Sprache, in der letzten Verfassungsänderung von 2014 eine Garantie für entsprechenden Sprachunterricht in öffentlichen Schulen zugesprochen bekommen, während die Roma und Sinti zwar eine verfassungsrechtlich geschützte Minderheit sind, spezifische Vorkehrung für die Bildung ihrer Angehörigen jedoch unerwähnt bleiben.<sup>2</sup>

Im Allgemeinen werden die Rechtsgrundlagen für die Beschulung der Kinder von Minderheitenangehörigen selten ernsthaft angefochten, geht es aber um die Umsetzung dieser Rechte, geht es nicht immer so harmonisch zu. Die Finanzierung der Minderheitenschulen war von Anfang an ein Streitthema und wurde erstmals im Bonner Abschnitt der Bonn-Kopenhagener Erklärungen eingeführt. Damals wurde die finanzielle Unterstützung durch das Land auf 80% des Schülerkostensatzes für öffentliche Schulen festgelegt. Nach einigen Fort- und Rückschritten, wurde 2007 die finanzielle Gleichstellung der dänischen Minderheitenschulen mit öffentlichen Schulen im Schulgesetz festgelegt. Nur drei Jahre später wurde diese Gleichstellung revidiert und der Schülerkostensatz für Schüler an dänischen Schulen auf 85% gesenkt. Diese Einschnitte setzten die gute Beziehung zwischen Minderheit und Landesregierung unter großen Druck und wurden trotz scharfer Kritik von Vertretern der Minderheit, Oppositionsparteien und den Regierungen in Kopenhagen und Berlin durchgesetzt.<sup>3</sup>

Ein starkes Signal gegen die Kürzungen kam aus Dänemark, wo die Finanzierung der Schulen der deutschen Minderheit in dieser Zeit auf 100% der Schülerkostensätze an öffentlichen Schulen angehoben wurde. Die Bundesregierung in Berlin unterstützte den dänischen Schulverein (Dansk Skoleforening for Sydslesvig e.V.) mit der Zahlung von € 3,5 Millionen, um die Einbußen aus der Senkung der Schülerkostensätze auszugleichen und sendete damit ebenfalls eine deutliche Botschaft. Große Unterstützung der breiten Öffentlichkeit wurde auch in zahlreichen Demonstrationen offenbar. Trotz dieser Solidaritätsbekundungen wurde





Abb. 1 Demonstration von Eltern und Kindern in Rendsburg gegen die Kürzung der Landesmittel für die Schulen der dänischen Minderheit, 8. Juli 2010

der Schülerkostensatz von 100% an den dänischen Schulen der Region erst mit der Wahl einer neuen Landesregierung 2012 und der damit einhergehenden Änderung des Schulgesetzes (in Kraft ab 01.01.2013) wieder hergestellt.<sup>4</sup>

Dieser Konflikt konfrontierte die Minderheit mit einer lange nicht mehr gespürten Unsicherheit und belastete die Beziehungen zwischen den Parteien der damaligen Landesregierung und der dänischen Minderheit schwer. Gleichzeitig brachte der Konflikt starke Unterstützung aus den Reihen der Opposition und der breiten Öffentlichkeit hervor, der die weitere Institutionalisierung der Minderheitenrechte im Allgemeinen und der Bildung der Minderheiten im Besonderen im Anschluss ermöglichte. Die Regierungsbeteiligung der Partei der dänischen Minderheit, des SSW, in der folgenden Legislaturperiode erhöhte die Chancen für die Durchsetzung dieser Entwicklung deutlich, und nur kurze Zeit später wurde das Schulgesetz dahingehend geändert, dass die Schülerkostensätze an dänischen Schulen denen an öffentlichen Schulen in Schleswig-Holstein entsprechen.



## Verfassungsänderung

Der nächste entscheidende Schritt zur Institutionalisierung der finanziellen Gleichstellung der Minderheitenschulen wurde am 26. April 2013 in die Wege geleitet, indem der Antrag der Fraktionen der CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und der Vertreter des SSW, einen Sonderausschuss zur Verfassungsänderung zu bilden, in der Landtags Sitzung einstimmig angenommen wurde. Dieser Antrag beinhaltete auch die Aufnahme des Minderheitenschulwesens in den entsprechenden Artikel. Der Sonderausschuss bestand aus dem Präsidenten des Landtages als Vorsitzendem und je einem Mitglied jeder im Landtag vertretenen Partei. Zusätzlich wurden als ständige Berater Prof. Dr. Frauke Brosius-Gersdorf, Prof. Dr. Ute Sacksofsky and Prof. Dr. Edzard Schmidt-Jortzig zur Unterstützung des Ausschusses berufen.<sup>5</sup>

Die Fraktionen der SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und des SSW reichten im Folgenden einen Formulierungsvorschlag für Artikel 8 der Verfassung, der sich auf das Schulwesen bezieht, ein. Dieser lautete:

(4) Die Schulen der dänischen Minderheit sind die Regelschulen des dänischen Bevölkerungsteils. Ihre Finanzierung richtet sich nach dem Prinzip der Gleichbehandlung mit den öffentlichen Schulen. Die Erziehungsberechtigten entscheiden, ob ihre Kinder die Schule einer nationalen Minderheit besuchen sollen.

(5) Das Land gewährleistet, schützt und fördert das Recht der friesischen Volksgruppe auf Friesischunterricht in öffentlichen Schulen.

Diese Formulierung enthielt zum ersten Mal einen Bezug auf das Recht auf Friesischunterricht für die friesische Volksgruppe und bewertete die Schulen der dänischen Minderheit als Regelschulen der Minderheit und bot damit eine Rechtfertigung für die finanzielle Gleichstellung der Schulen mit den öffentlichen Schulen.<sup>6</sup>

In den Stellungnahmen mehrerer Experten wurde diese Formulierung jedoch kritisiert. Besonders im Fokus stand hier die Bewertung der Minderheitenschulen als Regelschulen der Minderheit, die in der endgültigen Version der Verfassung nicht mehr ausdrücklich gemacht wird. In diesem Zusammenhang wurde auf Vorschlag der FDP diskutiert, die finanzielle Gleichstellung der Minderheitenschulen als Schulen in privater Trägerschaft auf alle Privatschulen im Lande auszuweiten.<sup>7</sup> Jedoch wurde auch dieser Vorschlag nicht berücksichtigt. Generell wurde die Einbeziehung des Rechts auf Friesischunterricht und die Gleichstellung der dänischen Schulen in die Verfassung sowohl im Landtag als auch von den Experten in ihren Stellungnahmen als positiver Schritt gewertet.<sup>8</sup> Mehrere Experten



Abb. 2 Schleswig-Holsteinischer Landtag

und Minderheitenvertreter schlugen vor, nicht nur friesischen Sprachunterricht, sondern auch Unterricht in friesischer Kultur und Geschichte mit einzubeziehen, aber dieser Vorschlag wurde in der weiteren Entwicklung nicht weiter berücksichtigt.<sup>9</sup>

Im Juli 2014 wurde ein Verfassungsentwurf vorgestellt, der die folgende Formulierung für Artikel 12 (ehemals Artikel 8) vorsah:

(5) Schulen der nationalen dänischen Minderheit gewährleisten für deren Angehörige Schulunterricht im Rahmen der Gesetze. Ihre Finanzierung durch das Land erfolgt in einer der Finanzierung öffentlicher Schulen entsprechender Höhe.

(6) Das Land schützt und fördert die Erteilung von Friesischunterricht und Niederdeutschunterricht in öffentlichen Schulen.<sup>10</sup>

Die finanzielle Gleichstellung der dänischen Minderheitenschulen sowie eine Verpflichtung des Landes, Friesisch- und Niederdeutschunterricht an öffentlichen Schulen zu fördern, wurden also berücksichtigt. Im Gegensatz hierzu wurde der Bezug auf die Rolle der dänischen Schulen als Regelschulen der Minderheit gestrichen und wird damit höchstens implizit angenommen, aber nicht explizit klargestellt. Trotzdem macht die Formu-

lierung deutlich, dass die Schulen der dänischen Minderheit als integraler Bestandteil des Schulsystems verstanden werden, und legt ihre finanzielle Gleichstellung gegenüber öffentlichen Schulen fest. Damit stellt diese Formulierung erstmals ausdrücklich eine Verpflichtung für das Land dar, ein Schulsystem zur Verfügung zu stellen, das die dänische Minderheit als gleichberechtigten Teil der Bevölkerung berücksichtigt. Absatz 6 ist in seiner Formulierung weniger deutlich und legt kein einklagbares Recht auf Unterricht in friesischer und niederdeutscher Sprache fest, allerdings betont er die spezielle Rolle, die das Land beiden Sprachen zuweist, und die Verpflichtung des Landes, für entsprechenden Unterricht zu sorgen.<sup>11</sup> Der Verfassungsentwurf ist also in seiner Formulierung gegenüber der ursprünglich vorgeschlagenen Formulierung um einiges schwächer, kann aber trotzdem als Fortschritt in der Institutionalisierung von Minderheitenrechten in Bezug auf ihre Bildung verstanden werden, da er die Förderung von Friesischunterricht zum ersten Mal auf Verfassungsebene hebt und den Dänen einen großen Teil finanzielle Sicherheit gewährt.

Die Diskussion im Landtag über den Verfassungsentwurf brachte kaum eine Erwähnung der auf die Minderheiten bezogenen Artikel. In der ersten Lesung gingen lediglich zwei Redner auf den relevanten Artikel ein: Lars Harms vom SSW und Landtagspräsident Klaus Schlie.<sup>12</sup> Die abschließende Lesung des Verfassungsentwurfes fand im Oktober 2014 statt und brachte keinerlei Veränderungen für die vorgeschlagene Formulierung von Artikel 12, trotz eines Vorschlags zur Ausweitung der finanziellen Gleichstellung auf alle Schulen in privater Trägerschaft. In der folgenden Diskussion betonte SSW-Mitglied Lars Harms die Einzigartigkeit der getroffenen Regelung für den Schutz und die Förderung von Minderheitenbildung und bezeichnete sie als historischen Meilenstein für Europa. Auch alle weiteren Erwähnungen der Regelung waren positiv. Lediglich FDP-Fraktionsmitglied Dr. Heiner Garg und PIRATEN-Anhänger Dr. Patrick Beyer äußerten, dass Minderheitenbildung wegen ihrer Spezifität kein Thema für die Verfassung sei.<sup>13</sup> Das Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein mit den Regelungen zum Friesisch- und Niederdeutschenunterricht und der finanziellen Gleichstellung der dänischen Schulen in der oben aufgeführten Formulierung wurde in der Landtagssitzung vom 8. Oktober 2014 mit 61 Stimmen bei 3 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen angenommen.<sup>14</sup>

## Fazit

Während in der Vergangenheit die Eingliederung von Minderheitenschutzmechanismen in die Verfassung teilweise kontrovers diskutiert wurde, hat die Einbindung von Regelungen für Friesisch- und Niederdeutschunterricht sowie der finanziellen Gleichstellung der dänischen Schulen kaum für Unruhe im Landtag gesorgt. Die Regelung zum Sprachunterricht für Friesisch- und Niederdeutschsprecher erregte so gut wie keine Diskussion und selbst die finanzielle Gleichstellung der dänischen Schulen wurde trotz der Kontroverse von 2010-2012 nur am Rande diskutiert. Diese Verfassungsänderung bedeutet eine erhöhte Institutionalisierung von Minderheitenrechten für die friesische Volksgruppe sowie die dänische Minderheit und bringt ihnen damit mehr Stabilität. Insbesondere die dänische Minderheit profitiert von dieser Situation und gewinnt finanzielle Sicherheit. Für die Friesisch- und Niederdeutschsprecher im Land bedeutet die neue Verfassung eine nie dagewesene Verpflichtung des Landes, ihre Sprachen zu schützen und zu fördern.

Insbesondere vor dem Hintergrund des 60. Jubiläums der Bonn-Kopenhagener Erklärungen und der damit einhergehenden kritischen Betrachtung der Stellung der Minderheiten und der Fortschritte in Bezug auf Regelungen zu ihrem Schutz und ihrer Einbindung als gleichberechtigte Bevölkerungsteile ist diese Entwicklung wichtig und macht deutlich, dass trotz der schon erlebten Rückschläge eine Weiterentwicklung der Minderheitenpolitik in der Region nicht nur möglich ist, sondern Realität.

## Anmerkungen

- 1 Siehe Andrea Teebken u. Eva Maria Christensen, Educational Issues, in: Living together: The minorities in the German-Danish border regions, Flensburg 2001, S. 74-90.
- 2 Schleswig-Holsteinischer Landtag: Schleswig-Holsteinisches Schulgesetz, Artikel 124, Artikel 4 (5) (6).
- 3 Siehe Jørgen Kühl, Eine Kehrtwende der Minderheitenpolitik? Der Konflikt um die Finanzierung der Schulen der dänischen Minderheit 2010, in: Grenzfriedenshefte 4/2010, S. 285-314.
- 4 Siehe Martin Klatt, Minority Schools Financing in the Danish-German Border Region, in: European Yearbook of Minority Issues, Leiden u. Boston 2014.
- 5 Schleswig-Holsteinischer Landtag: Drucksache 18/715, 26.04.2013, <https://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0700/drucksache-18-0715.pdf> (zuletzt besucht am 13.03.2015).

- 6 Schleswig-Holsteinischer Landtag: Umdruck 18/1529, 5. August 2013, (<http://www.landtag.ltsh.de/infotehek/wahl18/umdrucke/1500/umdruck-18-1529.pdf> (zuletzt besucht am 13.03.2015).
- 7 Schleswig-Holsteinischer Landtag, Sonderausschuss für Verfassungsreform: Niederschrift 4. Sitzung, 9. September 2013, S. 24, [http://www.landtag.ltsh.de/export/sites/landtagsh/infotehek/wahl18/aussch/verfass/niederschrift/2013/18-004\\_09-13.pdf](http://www.landtag.ltsh.de/export/sites/landtagsh/infotehek/wahl18/aussch/verfass/niederschrift/2013/18-004_09-13.pdf) (zuletzt besucht am 13.03.2015).
- 8 Ludwig Ell, Stellungnahme zur Reform der Landesverfassung. Vorschlag zur Aufnahme des Minderheitenschulwesens in die Landesverfassung, Umdruck 18/1676, 29. August 2013, <http://www.landtag.ltsh.de/infotehek/wahl18/umdrucke/1600/umdruck-18-1676.pdf> (zuletzt besucht am 13.03.2015).
- 9 Thomas Steensen, Stellungnahme zur Reform der Landesverfassung Vorschlag zur Aufnahme des Minderheitenschulwesens in die Landesverfassung: Umdruck 18/1675, 29. August 2013, <http://www.landtag.ltsh.de/infotehek/wahl18/umdrucke/1600/umdruck-18-1676.pdf> (zuletzt besucht am 13.03.2015); Renate Schnack: Umdruck 18/1764, 13. September 2013, <http://www.landtag.ltsh.de/infotehek/wahl18/umdrucke/1700/umdruck-18-1764.pdf> (zuletzt besucht am 13.03.2015); Schleswig-Holsteinischer Landtag, Sonderausschuss für Verfassungsreform: Niederschrift 4. Sitzung, 9. September 2013.
- 10 Schleswig-Holsteinischer Landtag: Verfassung des Landes Schleswig-Holstein, Artikel 12.
- 11 Schleswig-Holsteinischer Landtag, Sonderausschuss für Verfassungsreform: Abschlussbericht, 4. Juli 2014, S. 30-34, <http://www.landtag.ltsh.de/infotehek/wahl18/drucks/2000/drucksache-18-2095.pdf> (zuletzt besucht am 13.03.2015).
- 12 Schleswig-Holsteinischer Landtag: Plenarprotokoll 63 Sitzung, 9 Juli 2014, [http://www.landtag.ltsh.de/export/sites/landtagsh/infotehek/wahl18/plenum/plenprot/2014/18-063\\_07-14.pdf](http://www.landtag.ltsh.de/export/sites/landtagsh/infotehek/wahl18/plenum/plenprot/2014/18-063_07-14.pdf) (zuletzt besucht am 13.03.2015).
- 13 Schleswig-Holsteinischer Landtag: 70. Sitzung, 8. Oktober 2014, S. 5749-5782, [http://www.landtag.ltsh.de/export/sites/landtagsh/infotehek/wahl18/plenum/beschlusspro/2014/bp\\_18-026\\_10-14.pdf](http://www.landtag.ltsh.de/export/sites/landtagsh/infotehek/wahl18/plenum/beschlusspro/2014/bp_18-026_10-14.pdf) (zuletzt besucht am 13.03.2015).
- 14 Ebenda, S. 5782.

Abbildungsnachweis:

Abb. 1: Foto: Jørgen Kühli; Abb 2: Schleswig-Holsteinischer Landtag, Pressestelle. Foto: Thomas Eisenkrätzer

# Raus aus dem Abseits

Festrede beim Deutschen Tag in Tingleff am 1.11.2014

von ROBERT HABECK

*Beim letztjährigen Deutschen Tag, einer der wichtigsten jährlich wiederkehrenden Veranstaltungen der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig, hielt der Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und stellvertretende Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein Dr. Robert Habeck eine viel beachtete Festrede. Darin äußerte sich der promovierte Philosoph unter anderem zur Gegenwart und Zukunft der Grenzregion, zur deutsch-dänischen Zusammenarbeit und insbesondere zur Bedeutung der Minderheiten. Im Folgenden geben wir den nur leicht bearbeiteten Text der Rede unverkürzt wieder.*

*Die Redaktion*

## Einleitung

Ihre Einladung, meine Damen und Herren, heute bei Ihnen auf dem Deutschen Tag die Festrede zu halten, hat mich zunächst sehr erstaunt und ich bin mir auch jetzt nicht sicher, was Sie denn von mir erwarten. Denn die Minderheitenpolitik passt auf den ersten Blick so gar nicht zu meinem Arbeitsfeld. Ich bin als Minister nicht für Minderheiten zuständig, nicht für die Finanzen der Minderheit, ich bin nicht der Innenminister, der den Bundesfinanzminister auf die Bundeszuschüsse ansprechen kann. Aber ich bringe Ihnen die herzlichen Grüße des Ministerpräsidenten, des Integrationsministers, der Finanzministerin, ja: das ganze Kabinett lässt sehr herzlich grüßen. Ich bringe Ihnen die Grüße, obwohl mein Aufgabenfeld die Umwelt ist, die Landwirtschaft und Energiewende, die ländlichen Räume, die Forsten, die Nordsee, die Ostsee, die Deiche, die Auen, die Flüsse. Alles was draußen ist. Ich vertrete also eigentlich das „Draußenministerium“.

Aber was hat das mit Minderheiten zu tun? Wenig, gar nichts. – Und doch, ja, ganz viel. Dieses „Draußenministerium“ zu übersetzen in politische Begriffe, in ein gemeinsames Grundverständnis, das muss ich ja stets und immer leisten. Mein Verständnis von Politik, das ich versuche umzusetzen und zu leben, ist, dass Politik mehr sein muss, als nur zu organisieren,

wie man von A nach B kommt, oder zwischen C und D zu entscheiden. Politik braucht eine Idee, Politik ist eine Idee – und die Frage, warum man überhaupt Politiker ist, sollte nicht ideenlos beantwortet werden. Diese Draußenminister-Idee, die haben wir gerade gesungen. Das letzte Lied, Sie haben es ja gerade laut vorgetragen, hat „Oh du mein Heimatland“ geheißen. Und es ist eine Frage des Mutes – zumindest wenn man von den „Grünen“ kommt – zu einem geografischen Raum „Heimat“ zu sagen. Das kostet einen etwas, denn in einem gewissen politischen Bereich, ein bisschen links der Mitte vielleicht, ist „Heimat“ ein schwerer, verstellter, einige würden vielleicht sagen: verhunzter, verkommener, missbrauchter Begriff. Und dennoch, glaube ich, sollte man ihn verwenden. Und man sollte sich Gedanken machen und sehen, woher denn der Drang, dieses Bedürfnis kommt, über Heimat zu reden. Und gleichzeitig ist dieser Bezug zum Raum, den man mit „Heimat“ gut beschreiben kann, auch eine Einladung, sich zu fragen: Wie ringen wir darum? Wie entwickeln wir eine Idee von unserer Gesellschaft? Wie diskutieren wir auch unsere unterschiedlichen Blicke auf unser Heimatland? Und dafür wiederum kann man sich trauen, das Wort „Patriotismus“ zu verwenden. Auch das ist ein schweres, ein verkommenes, ein vielleicht verhunztes, ein verstelltes, jedenfalls kein leichtes Wort. Ein Wort, das zur widersprüchlichen Debatte, bei einigen vielleicht zu Kopfschütteln führt. Hier in Nordschleswig vielleicht weniger, aber ich kann nur sagen: Viele Leute zucken zurück, wenn diese Worte – Heimat, Patriotismus – fallen. Und dennoch ist es sinnvoll, sich mit diesen Begriffen auseinanderzusetzen und diese Worte zu verwenden. Das sage ich auch aus ganz privaten Motiven: Eine solche Rede, eine solche Einladung ermöglicht es auch mir noch einmal, zu überprüfen, ob das, was ich einmal gedacht und mir vorgenommen habe, als ich Minister wurde, was dann im Alltagsgeschäft auch wieder verloren zu gehen droht, noch stimmt und noch Gewicht hat.

### **Verbindung von Gegensätzen – Begeisterung durch Ideen**

Und tatsächlich ist es so, dass ich zwei Dinge für zentral wichtig halte, für die Politik insgesamt, auf jeden Fall für die Politik, die mir vorschwebt. Das eine ist: Gegensätze nicht nebeneinander stehen zu lassen und dann darüber abzustimmen, wer Recht hat. Meistens ist es doch so, dass dann fünf Jahre die eine Seite ihren Willen bekommt und die andere leiden muss, und dann ist es wieder andersherum. So wechselt es stetig von rechts nach links und von links nach rechts. Aber das Land insgesamt kommt nicht voran, man kommt nicht voran, sondern man sagt sich die Meinung, haut sich





Abb. 1 Minister Robert Habeck als Redner beim Deutschen Tag in Tingleff, 1.11.2014

auf die Mütze und die Aufregung ist groß, aber die Lösungen halten gerade einmal eine Legislaturperiode. Das scheint mir ein sehr trauriger Begriff, eine traurige Vorstellung von gesellschaftlichem Verantwortungsbewusstsein und von Patriotismus zu sein. Also versuche ich – und das gelingt mir gewiss nicht immer, aber ich würde mich freuen, wenn der Versuch wertgeschätzt würde, wenn andere dabei mitmachten – Gegensätze zu verbinden. Ich versuche, Meinungen in ihrer Eigenständigkeit zuzulassen und dann aber zu schauen, wie man aus den verschiedenen Meinungen eine gemeinsame Lösung finden kann.

Das zweite ist, dass ich zutiefst davon überzeugt bin, dass Ideen Begeisterung auslösen. Dass es nicht Zahlen und Fakten und nicht einmal die Theorien sind, die zählen, sondern dass eine Gesellschaft im Wesentlichen davon zehrt, dass sie Visionen, Idealismus und Ideen hat. Und diese Ideen fassen wir in Begriffe. So organisiert sich unsere Gesellschaft, unsere Kultur. Zwei solcher Begriffe habe ich genannt, zwei besonders schwierige – Heimat und Patriotismus. Andere ließen sich nennen: „Verantwortung“,

„Leistung“, „Freiheit“. Das sind Begriffe, die wir alle häufig benutzen, die uns leicht von der Zunge gehen, aber schwer sind in ihrer Bedeutung, um was es der Gesellschaft dabei eigentlich geht. Und es ist völlig selbstverständlich, dass jeder von Ihnen unter „Freiheit“ oder „Leistung“ etwas anderes versteht als Ihr Nachbar. Das sind erst einmal subjektive Werte, so wie Werte ja immer subjektiv sind. Aber die Summe der subjektiven Werte macht letztendlich das Wertegerüst einer Gesellschaft aus. Die reine Summe aus vielen individuellen Interessen kann nicht zu einem funktionierenden Gemeinwesen führen. Hannah Arendt hat einmal gesagt, dass Macht nicht einem Menschen gehört, sondern zwischen den Menschen steht. Das ist ein starker Gedanke und ein schönes Bild. In einer Demokratie muss verhandelt werden. Gesellschaftliche Werte bilden sich im Gespräch und Streitgespräch zwischen den Menschen.

### **Minderheitenpolitik als gesamtgesellschaftliche Aufgabe**

Theodor Storm schrieb 1848 ein Gedicht mit dem Titel „Abseits“. Es ist ziemlich lang, ich lese also nur die erste Strophe und die letzten beiden Zeilen vor.

„Es ist so still; die Heide liegt  
Im warmen Mittagsonnenstrahle,  
Ein rosaroter Schimmer fliegt  
Um ihre alten Gräbermale;“

Drei Strophen später endet das Gedicht:

„– Kein Klang der aufgeregten Zeit  
Drang noch in diese Einsamkeit.“

„Kein Klang der aufgeregten Zeit drang noch in diese Einsamkeit“. 1848, am Vorabend dessen, was die Schleswig-Holsteiner „Erhebung“ nannten. Das Gedicht heißt „Abseits“. Und es heißt „Abseits“, weil es – so verstehe ich es – eine Warnung davor ist, sich in Selbstgenügsamkeit zurückzuziehen. Eine Region, die, kurz nachdem dieses Gedicht entstand, blutige Geschichte schreibt, und tatsächlich für kurze Zeit danach ins Zentrum, 1864 noch einmal richtig ins Zentrum europäischer Geschichte rückte, in das Zentrum von mitteleuropäischer, deutscher, skandinavischer Geschichte, träumt hier vor sich hin. „Kein Klang der aufgeregten Zeit.“ Überall ist es aufgereggt, überall ist das demokratische Bestreben, der Wunsch nach Freiheit und Selbstbestimmung unüberhörbar, aber in Schleswig

dringt es nicht „in diese Einsamkeit“. Das Gedicht ist eine Mahnung, eine Warnung, uns zugerufen in das Heute, 150 Jahre später, die übertragen fordert, diesen Raum nicht im Abseits stehen zu lassen und Minderheitenpolitik nicht als Abseitspolitik zu betreiben oder zu betrachten. Wenn ich also meinen Gedanken einen Titel geben sollte, dann würde ich sagen: „Raus aus dem Abseits!“ Raus aus dem Abseits – auch für die Minderheitenpolitik, Minderheitenpolitik ist keine Minderheitenangelegenheit. Das war sie vielleicht einmal. Und wenn ich die Finanzverhandlungen der Abgeordneten des Landesteils Schleswig mit der Bundesregierung sehe, dann ist das noch immer so in Berlin. In Schleswig-Holstein und nördlich der Grenze, also hier in Nordschleswig, hat sich das in den letzten Jahren geändert – mit erstaunlichen Ergebnissen. Minderheiten präsentieren sich selbstbewusst und hören ein positives Echo: Mit Tagungen und Treffen wie diesen, mit Bekenntnissen, jetzt auch in dieser Legislaturperiode, in Schleswig-Holstein parteiübergreifend, wie wir es lange nicht hatten. Der Zuwendungsvertrag, der endlich der deutschen Minderheit in Dänemark Verlässlichkeit und Planungssicherheit in der Finanzierung durch Schleswig-Holstein sichert, ist von Landtagspräsident Torsten Geerts in der letzten Legislaturperiode angeregt worden und in dieser Legislatur unter einer anderen Mehrheit beschlossen worden. Damit war ein Bekenntnis gegeben, dass sich dann natürlich auch auf der deutschen Seite widerspiegelt in dem Umgang mit den nationalen Minderheiten im Landesteil Schleswig. Das leitet tatsächlich einen Bewusstseinswandel, einen Kategorienwechsel her. Und wenn man dies zulässt, dann ist die Frage, wie eine Gesellschaft mit Minderheiten umgeht, ein Gradmesser dafür, wie tolerant, wie zivilisiert sie ist, wie stark sie ist und wie reich sie ist. Wenn wir uns als jeweilige Mehrheitsgesellschaft trauen, Minderheiten zuzulassen, in all ihren Rechten, dann sieht man ja, fast schon metaphorisch gesprochen, dass dieses „im eigenen Recht stehen lassen“, eine Gesellschaft nur reicher, vielfältiger, bunter, wenn auch widersprüchlicher machen kann. Das kann man an der mitunter spannungsreichen, reizvollen Geschichte ablesen, aber auch an den Lösungen, die gefunden wurden, hier in diesem Grenzraum, beobachten, wie vielleicht in keiner anderen Region in Europa, vielleicht sogar über Europa hinausweisend. Man kann das, muss das nun übertragen als gesellschaftliche Haltung auch zu ganz anderen Themen im Umgang mit den Menschen, mit anderen Meinungen, mit anderen Kulturen, anderen Sprachen, anderen Religionen. Auch auf den Umgang mit anderen Orten oder Werten: Gestern war ich auf einem Termin, bei dem es um Moore und Auen ging, lauter unwürdige Flecken, die wir lange versucht haben von der Landkarte zu

tilgen, – auch das ja sozusagen Minderheitenressourcen, aber Orte, die eine Gesellschaft oder einen Naturraum reicher machen.

Wenn eine Gesellschaft Minderheitenpolitik als Nischenthema, als Minderheitenthema begreift, dann hat sie nicht kapiert, was eigentlich erforderlich ist. Übersetzt heißt das: „Minderheitenpolitik – raus aus dem Abseits“. Warum eigentlich ist die Frage der Minderheitenpolitik im Innenministerium ressortiert oder wird im Finanzministerium in Berlin verhandelt – statt im Außenministerium? Hier, bei uns im deutsch-dänischen Grenzland, haben wir etwas, das wir der Welt – oder mindestens Europa – anbieten können. Hier bei uns sind schon 150 Jahre lang Wunden geschlagen worden und wieder geheilt, vernarbt. Das hier entwickelte Modell kann auch anderen Regionen der Welt Beispiel geben, wie man mit einer friedlichen Koexistenz, einer reichen, reichhaltigen, bereichernden Koexistenz Wunden heilen kann. So verstanden könnte also Minderheitenpolitik ein Kernelement deutscher Außenpolitik werden, das wäre dann wirklich „raus aus dem Abseits“. Ich werde jedenfalls nach heute nach Kanälen suchen, dass auch Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier einmal vorgetragen bekommt, was hier gelebte politische Realität ist!

### **Heimat im Wandel – Verantwortung für die Heimat**

Das Storm-Gedicht handelt von unserer „Heimat“. Auch in den Liedern, die wir gerade gesungen haben, ist die Heimat allgegenwärtig. Es begann beispielsweise mit der Zeile: „Es ist so still; die Heide liegt im warmen Mittagssonnenstrahle“ und das erste Lied, das wir gesungen haben, hob an mit „bunt sind schon die Wälder, gelb die Stoppelfelder und der Herbst beginnt“ und diese Zeilen passen doch zum Wort „Heimat“. Das Gedicht und die zwei Lieder haben die Natur, den Raum beschrieben. Ja: Wenn man sich auf das Wort „Heimat“ bezieht, dann meint man damit, im allgemeinen Verständnis, zuallererst den Raum, in dem man lebt.

Ich will es konkret wieder zurück zu meinem Ministerium und zu mir wenden – und auch zu meinem privaten Leben: Sie wissen, dass ich in Flensburg wohne, und wenn ich hier über diesen Raum rede, dann rede ich über meine Heimat. Über das, was ich sehe und was ich erlebe und was diesen Raum reich macht für mich. Die Natur, die wir beschreiben in Liedern, der Raum, den wir beschreiben, der ist nicht festgelegt. Der ist nicht eng und nicht statisch. Ein Herr hat mir am Anfang der Veranstaltung einen Brief gegeben, in dem er mich gebeten hat, ein bisschen darauf aufzupassen, dass die alten Bäume nicht umgesägt werden. Das ist kein Zufall, dass er mir das jetzt gegeben hat. Wir gestalten nämlich die-

sen Raum, unsere Heimat, auch in meiner Verantwortung für Schleswig-Holstein, extrem um. Windkraftanlagen entstehen, Maisfelder kommen, Stromanlagen sind da, Autobahnen werden gebaut.

Das heißt: Der Raum verändert sich und Heimat, und das Wort „Heimat“, hat immer auch einen zeitlichen Bezug. Einen Bezug zur Veränderung. Im Wort „Heimat“ schwingt ja Melancholie mit: ein bisschen Sehnsucht nach der Kindheit, nach der Vergangenheit. Und deswegen ist die Natur und ist die Betrachtung der Natur genau der Spiegel für die Heimatliebe von Menschen. Weil sich die Natur verändert, im Kommen und Gehen der Jahreszeiten, im Wind, wenn das Salz nach dem Baden auf der warmen Haut trocknet. Wenn ich „Heimat“ sage, wenn wir „Heimat“ sagen, dann meinen wir zuförderst, dass dies Gefühl vor allem mit der Natur unserer Kindheit zu tun hat.

Wenn Minderheitenpolitik einen Perspektivenwechsel auf die Mehrheitsgesellschaft bedeutet, bei dem wir das Außergewöhnliche zulassen, eigene Sprachen, eigene Rechte, eigene Kulturen, dann bedeutet „Heimat“, den Wandel, den Wechsel zu akzeptieren. Dann muss dieses Wort sich öffnen, diese abgrenzende Denke, dieses „ihr-gehört-nicht-dazu, das-ist-unser-Raum“ (meistens ja der der Mehrheitsbevölkerung), das nicht mehr verlangt, dass die anderen sich dem irgendwie unterwerfen müssen, sich assimilieren, anpassen, muss dann aufhören, dann bedeutet „Heimat“ so verstanden den Bezug zu einem Raum in der Verantwortung. Wir stehen in der Verantwortung, unsere Heimat zu gestalten, den Wandel zu ertragen oder auszugleichen oder zu verhindern. Und diese Abgrenzung, die Entgrenzung von Heimat, die macht den Begriff auf einmal so interessant und so attraktiv für eine Gesellschaft, wenn sie von dem Gedanken einer Minderheitenposition her denkt. Dann kann „Heimat“ der Raum sein, den wir bewahren müssen, bewahren aber, um ihn zu gestalten, nicht um des Bewahrens selbst willen! Und das ist ein sehr schöner, ein sehr trostvoller Gedanke, finde ich. Heimat ist eigentlich ein utopisches Versprechen. Ein Versprechen in die Zukunft, dass die Zukunft nicht ganz anders wird als die Kindheit, die wir in diesem Raum erlebt haben. Kindheit – Zukunft, das hat mit Grenzen gar nichts mehr zu tun. Und dennoch braucht es den Raum als Bezug. Ich würde sagen, der Gegenbegriff zu „Heimat“ ist „Hotel“. Ein Hotel ist der anonyme Raum. Da schmeißt man sein Handtuch auf den Fußboden, ein anderer macht das Zimmer – der Gast muss dafür keine Verantwortung übernehmen. Hotel ist der Begriff für Verantwortungslosigkeit. Heimat ist davon das Gegenteil. Aber nur in der Offenheit verstanden, eine Einladung auszusprechen, Räume zu gestalten, sich einzumischen!

## Minderheitenpolitik und Europapolitik

Und damit bin ich dann bei „Patriotismus“. Diesen Bezug, diese Verantwortung, für seine Umwelt, für seinen Raum wahrzunehmen, das gehört zur gelebten Staatsbürgerschaft dazu. Und auch Patriotismus klingt erstmal so belastet, weil er immer so ausgrenzend funktionierte nach dem Motto: Wir sind die Patrioten und das sind die Gegner.

Ich hatte neulich eine ganz interessante Diskussion mit Schülerinnen und Schülern in Norderstedt vor der Europawahl. Die haben einen Spot gedreht, einen Werbespot, der zur Wahl aufrufen sollte. Denn Sie wissen ja, dass die Beteiligung zur Europawahl auch in Deutschland notorisch schlecht ist. Dieser Spot lautete: „Wenn deine Stimme nichts zählt, warum feuerst Du dann im Stadion Deine Fußballmannschaft an?“ 60.000 Leute grölen und Sie sind einer von denen. Sie müssen ja gar nicht laut sein. Die anderen 59.999 grölen ja trotzdem noch. Also hat Ihre Stimme ja eigentlich keine Bedeutung, aber wenn am Ende nur einer schreit und jubelt, wäre das ein ziemlich trauriges Spiel. Wenn die eine, eigene Stimme nicht zählt, warum macht man das dann trotzdem? Und da artikuliert sich etwas ziemlich Interessantes, was genau die Grenze von Patriotismus, Heimat und Minderheitenpolitik aufzeigen kann. Ein Fußballspiel funktioniert im spielerischen Sinne ja nur so, dass man einen Gegner hat und eine Mannschaft, für die man sich begeistert. Und genau das, was lustig beim Sport ist, stößt übertragen auf die Politik, auf eine Gesellschaft, an seine Grenze. Bei dem Sportbild wird das Problem des Patriotismus sichtbar: Für seinen Verein sein, für seine Nation sein, für sein Volk sein, für seine Mehrheit oder Minderheit sein, und „gegen“ die anderen – wir brüllen also die anderen nieder, das geht politisch meist schief. Und ich denke, dass damit auch die große Leistung sichtbar wird, die Minderheitenpolitik hier vollbracht hat: Dass Sie eine Brückenfunktion entwickelt haben, ein Verständnis von Reichhaltigkeit, eine Verbindung zu dem Raum, der als offener Raum gestaltet und als Heimat begriffen wird. Dass vor allem die Minderheiten, hier die deutsche, auf der anderen Seite der Grenze die dänische, die letzten Jahrzehnte erlebt und erlitten haben, hier eine patriotische Heimat gewonnen haben. Nämlich indem Sie mit der Zeit immer weniger zu sagen gelernt haben, „wir haben mehr Recht als die anderen“, oder „die anderen haben mehr Recht als wir“, sondern dass Sie gelernt haben, den so verstandenen und verwandelten patriotischen Gedanken als Integrationswillen zu begreifen. Ich glaube, dass das sehr selten ist, und mir fallen keine anderen Beispiele dafür ein als hier die Politik im Grenzland, wie man sich patriotisch auf einen Raum

beziehen kann, ohne andere ab- und auszugrenzen. In der Regel funktioniert Gesellschaft nur dann, wenn man nur auf sich stolz sein kann, wenn man nicht stolz auf andere ist. Und das zeigt unsere, Ihre Vor-Geschichte ja überdeutlich, dass das nicht die richtige Antwort ist. Ob das grundsätzlich gelingen kann, ob man sich wirklich zu einer Verantwortung zu einem Gemeinsein, zu einer Staatsbürgerschaft aktiv bekennen kann ohne das Gefühl „ich bin damit besser als die anderen“, das wäre über unser deutsch-dänisches Grenzland hinaus erst noch, jedenfalls auf der großen Bühne, zu beweisen. Und deswegen, so meine ich, erscheint die europäische Integration so unattraktiv und ist ein europäischer Patriotismus, ein grenzüberschreitender, ein grenzüberwindender, so schwierig.

Es geht mir beim täglichen Umgang mit Europa und der Europäischen Kommission in Brüssel wie so vielen: In meiner Wahrnehmung sind da zu viele Bürokraten, die uns durch Vorschriften und durch Punktetabellen mit einem riesigen Verwaltungswirrwarr das Leben schwer machen. Eigentlich wünschen wir uns doch ein ganz anderes Europa, ein Europa, das uns begeistern kann! Aber es ist so schwer, begeistert für Europa zu sein, wahrscheinlich, weil dieses Europa ein Integrationsprojekt ist. In Europa sollen alle gemeinsam im Konsens marschieren. Wir versuchen keine Abgrenzungspolitik, auch nicht zu Russland oder zu den USA oder zu Afrika betreiben – allerdings betreiben wir sie unausgesprochen und faktisch manchmal dann doch, wenn ich an das Ertrinken so vieler im Mittelmeer denke, für die Europa gerade nicht Heimat ist, dafür umso mehr eine Utopie, eine Verheißung. Grenzen waren immer Trennungslinie, sie sind aber hier, für mich, für uns, für die meisten Menschen, zu Magnetfeldern geworden. Wenn ich überlege, was diesen Raum zwischen Eider und Königsau so attraktiv macht, was dieses Lebensgefühl des Besonderen ausmacht, dann dass es – erstaunlicherweise – gerade, dass es eine Grenze gibt. Sie macht diesen Raum reicher. Es gibt hier eben viele andere Kulturen, symbolisiert durch die Grenze. Dabei erscheint die Grenze eben nicht als Trennungslinie, sondern als das Verbindende. Für mich ist der schönste Ort in unserer Region Düppel. Wenn man an einem Sommertag mit seinen Kindern auf den Kanonenrädern der Feldhaubitzen sitzt, die vor der Düppeler Mühle stehen, und wenn man dann auf die Flensburger Förde hinunterschaut, dann ist schon allein die Körperhaltung ein Symbol. Man wendet sich der Grenze zu, dreht sich nicht weg und zeigt eben nicht den Rücken. Auf einmal ist das, wo das Trennende verlief, die Attraktion. Da will man hin! Da will man nicht weg. Und der Ort des Krieges von damals, ist heute für mich attraktivster Ort in unserem Grenzland.



Und es gibt andere äußere Symbole aktiver Minderheitenpolitik. Sie fangen mit doppelsprachigen Schildern an. Es gibt ja in Dänemark zwar Hinweise auf die deutschen Schulen, aber doppelsprachige Straßen- und Ortsschilder gibt es hier nicht. Das hat historische Gründe, aber ich fände es gut, wenn auch nördlich der Grenze darüber nachgedacht würde. Nicht, weil man Apenrade sonst nicht finden würde, sondern weil es die Vielfalt unterstreicht. Und das geht über in die Schulpolitik und die Sprachenpolitik. Einige wissen vielleicht, dass meine Kinder, obwohl ich nicht als Teil der dänischen Minderheit geboren bin, auf eine dänische Schule gehen. Und ich kann bei ihnen sehen, dass sich das gesellschaftliche Wissen und Verständnis verändert, wenn man mit zwei Sprachen aufwächst. Dann weiß man, dass jede Sache, jedes Ding und jedes Gefühl auch anders gesagt werden kann. Und das kann man einem nicht beibringen, sondern das lebt man, man weiß, dass man Übersetzungsleistungen bringen muss, wenn man sich verstehen will. Und das möchte ich als Kernbotschaft meiner Worte verstanden wissen: Eine Gesellschaft, die weiß, dass nichts in sich richtig ist, sondern dass alles übersetzt werden kann, dass alles auch noch einmal anders gesagt werden kann, eine solche Gesellschaft ist eine reiche Gesellschaft. Eine Gesellschaft, die Leute einlädt, mitzumachen. Die demütig ist in ihrem eigenen Wissen, aber selbstbewusst in der Reichhaltigkeit und in dem Wissen um diese Reichhaltigkeit der eigenen Kultur, die umso größer wird, je mehr Übersetzungsleistung wir bringen. Und dass Sie, meine Damen und Herren, und dass diese Region all das über die Jahre und Jahrzehnte erarbeitet, erlitten und erstritten haben, das ist ein Zeichen von Kraft und Mut. Und deswegen wäre es gut, wenn die Minderheitenpolitik bundespolitisch aus dem Abseits herausfinden kann. Vielen Dank.

Transkribiert von Henriette Seydel

Abbildungsnachweis:

Abb. S. 75: Bund Deutscher Nordschleswiger. Foto: Harro Hallmann

Abkürzungen: BDN: Pressemitteilung des Bundes Deutscher Nordschleswiger, DR: Danmarks Radio, FLA: Flensborg Avis, FT: Flensburger Tageblatt, GFH: Grenzfriedenshefte, JP: Morgenavisen/Jyllands-Posten, JV: Jydske Vestkysten, MLSH: Medieninformationen der Landesregierung Schleswig-Holstein, NDR: Norddeutscher Rundfunk, NFI: Pressemitteilung des Nordfriisk Institut, NOS: Der Nordschleswiger, Pol: Politiken, SN: Schleswiger Nachrichten, WA: Weekendavisen

## Deutsch-dänische Beziehungen

### 60 Jahre Bonn-Kopenhagener Erklärungen

Der 60. Jahrestag der Bonn-Kopenhagener Erklärungen wurde mit mehreren Veranstaltungen und großem medialen Interesse begangen. Unter anderem gab es einen Empfang von Folketing und Landtag in der Akademie Sankelmark mit mehreren Festvorträgen und Diskussionen, die zum Teil im Radio übertragen wurden. Im Sonderburger Alsjon gab es eine vom dortigen Institut für Grenzregionforschung, vom Bund Deutscher Nordschleswiger und von der Studienabteilung an der Dänischen Zentralbibliothek in Flensburg organisierte Fachkonferenz (NOS/FT/FLA/JV 14.-19.3.; siehe hierzu auch die beiden Beiträge von Jørgen Kühl und Martin Klatt in diesem Band). Bei einem Besuch der beiden großen Regionalzeitungsverlage (JV, sh:z) betonte Regierungschefin Helle Thorning-Schmidt gegenüber Anne Kleemeyer Kiil, Frank Jung und Stephan Richter, dass den Minderheiten ein Großteil der Ehre dafür zukomme, dass die Erklärungen von 1955 eine Erfolgsgeschichte sind und dass das deutsch-dänische Verhältnis heute so gut ist. Die Minderheiten zeig-

ten, wie gut man trotz kultureller Unterschiede zusammenleben kann und dass die Verbindung zweier Kulturen und Nationen funktioniert. „Derfor er de ikke bare en kvalitet for grænselandet, men nogle, der kan løfte os alle sammen“. (Deshalb sind die kulturellen Unterschiede nicht nur eine Qualität des Grenzlandes, sondern sie können uns alle ein Stück höher bringen.). Und: „Det understreger, at man sagtens kan have forskellige identiteter inden i et og samme menneske.“ (Das verdeutlicht, dass man ohne Zweifel verschiedene Identitäten in einunddemselben Menschen haben kann.) In Bezug auf die Integration von Flüchtlingen meinte Helle Thorning-Schmidt: „Det er historier, der gør forskellen, og vi har altså kun et mindretal i Danmark, og det er det tyske“. (Die Geschichte macht den Unterschied, und haben also nur eine Minderheit in Dänemark, und das ist die deutsche; JV 29.3). Ministerpräsident Torsten Albig und der Regionsvorsitzende Carl Holst lobten speziell den Wert der Minderheiten im deutsch-dänischen Annäherungsprozess der letzten 60 Jahre. Auch in Zukunft würden sie eine unverzichtbare Rolle spielen, damit sich auch die Mehrheitsbevölkerungen weiter aufeinander zu bewegen können, weil niemand so sehr wie die

Minderheiten-Angehörigen Einblicke in beide Länder und beide Kulturen habe (NOS/FLA 26.3.).

Doppelte Staatsbürgerschaft kommt zum 1. September

Ab September können Deutsche mit Wohnsitz in Dänemark und Dänen mit Wohnsitz in Deutschland die Staatsbürgerschaft ihres Wohnlandes beantragen, ohne dass sie ihre bisherige Staatsbürgerschaft aufgeben müssen. Bisher konnten nur Minderjährige mit Eltern verschiedener Staatsbürgerschaft beide Pässe führen, mussten sich aber bei Erreichen der Volljährigkeit entscheiden. Angehörige der Minderheiten profitieren allerdings nicht von dieser neuen Regel, da sie nur die Staatsbürgerschaft ihres Wohnlandes besitzen. Der SSF will nach den Folketingwahlen jedoch einen neuen Vorstoß unternehmen, um auch seinen Angehörigen den Erwerb der dänischen Staatsbürgerschaft zu ermöglichen (FLA 16.5.).

Deutsch-dänische Zusammenarbeit enger als jemals zuvor

In einem Interview mit JP sagte der dänische Außenminister Martin Lidegaard (Radikale Venstre), wenn man in der internationalen Politik zur Wahl zwischen mehreren Partnern gezwungen würde, wäre Berlin der engste Alliierte. Bundespräsident Joachim Gauck nannte Dänemark „einen wahren Freund“, der dänische Botschafter in Berlin, Per Poulsen-Hansen, bezeichnete Deutschland als „einzigen richtigen Nachbarn“. Siegfried Matlok führte diese „Breite und Tiefe“ in den deutsch-dänischen Beziehun-

gen, „die man noch vor wenigen Jahren kaum für möglich hielt“, vor allem darauf zurück, dass Deutschland nach der Vereinigung „Glaubwürdigkeit zu neuer Partnerschaft vermittelt“ habe. Gerade in der Wirtschaftskrise ab 2007/08 hätten „beide Länder neues Vertrauenskapital aufgebaut“. Die aktuelle aktive Deutschland-Strategie der dänischen Regierung zielt auf hohe Interessen-Parallelität ab. (NOS 27.12.14). Gleiches stellten die Regierungschefinnen Helle Thorning-Schmidt und Angela Merkel beim Staatsbesuch der letzteren in Kopenhagen fest (NOS/JV 29.4.).

Deutsch-dänische Zusammenarbeit auf Ministerebene

Auf Initiative des dänischen Steuerministers Benny Engelbrecht (Socialdemokratiet) haben fünf Ministerien die deutsch-dänische Zusammenarbeit zur „Chefsache“ gemacht und mehr direkte Zusammenarbeit mit den entsprechenden deutschen Stellen ins Leben gerufen. Konkret umfasst dieser Handlungsplan, den Engelbrecht am 24.4. gemeinsam mit Ministerpräsident Torsten Albig unterzeichnete, die folgenden Themen: Informationen für Grenzpendler, Steuerberatung, schnellere Bearbeitung von Anträgen auf eine Steuernummer bzw. Lohnsteuerkarte, zweisprachige Steuerformulare, Förderung lokaler Beschäftigung und Anwerbung hochqualifizierter Arbeitskräfte beim Bau der Beltquerung, einen leichteren Zugang zu Ausbildungspraktika, ein gemeinsames Berufsausbildungsforum, Zusammenarbeit in der Hochschulbildung, Erleichterung der deutschen Vorschriften für die polizeiliche Begleitung von Schwertransporten, Ladestationen

für Elektromobile entlang der Jütland- und der Fehmarnbelt-Route und eine engere Zusammenarbeit der Nahverkehrsunternehmen in Nord- und Südschleswig. Diese Initiative stieß auf viel Zustimmung. Kritik gab es allerdings – nicht zuletzt von Slesvigsk Parti – an der Tatsache, dass diese neue Zusammenarbeit nicht die Verkehrsministerien umfasst, obwohl gerade hier der Bedarf enorm ist und sich die deutsch-dänische Verkehrskommission bisher nicht als Antriebskraft zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Infrastruktur erwiesen habe. (NOS 25.4.).

#### Gemeinsame Patrouillen erfolgreich

Die im September 2014 eingeführten deutsch-dänischen Polizeistreifen im Grenzland (GFH 2014, S. 199) haben sich bewährt. Wiederholt gingen den mobilen Einsatzkräften Kriminelle ins Netz, die u.a. Diebesgut schmuggeln wollten. Durch die Anwesenheit von Polizisten aus beiden Ländern wird auch der Prozess der Aufklärung z.B. der Herkunft des Diebesgutes erheblich beschleunigt (FLA 12.3.).

#### Kritik an mangelnder kommunaler Zusammenarbeit

Bei der Hauptversammlung der Slesvigsk Parti erfuhr die kommunale Zusammenarbeit in der Region heftige Kritik. Stephan Kleinschmidt bemängelte, dass es zwar den Ausschuss der vier nordschleswigschen Bürgermeister gebe, doch dass von diesem bisher praktisch keine Aktivitäten ausgegangen seien, dass es keinen strukturierten Dialog gebe und Kommunen übergreifende Kooperation bestenfalls

zufällig geschehe. Der verbesserten Zusammenarbeit bei den Themen Tourismus und Bereitschaftsdienst ständen viel zu viele andere Aufgabenbereiche gegenüber, in denen man bisher nichts erreicht habe (NOS 25.4.). Auch das „Grenzdreieck“ zwischen Apenrade, Sonderburg und Flensburg ist bisher vor allem aufgrund der Uneinigkeit der beiden nordschleswigschen Großkommunen wenig in Erscheinung getreten.

#### Debatten um Kommunalreform

Eine an der Universität in Aarhus erstellte Studie kommt zu dem Ergebnis, dass die durchschnittlichen Verwaltungskosten pro Einwohner sich in den dänischen Kommunen um 500 Kronen pro Jahr und Bürger reduziert haben, seitdem man 2007 die heutigen 98 Großkommunen geschaffen hat. Jens Blom-Hansen, Professor am Institut für Politikwissenschaft (Institut for statskundskab), zeigte sich vom Ergebnis der Studie an seinem Institut überrascht, da viele nicht an einen messbaren Einsparungserfolg der Kommunalreform glaubten. Auch wenn es manche Zweifel daran gibt, ob die Studie alle Faktoren berücksichtigt hat und ob sich die Ergebnisse der zur Berechnung herangezogenen Kommunen auf das gesamte Land verallgemeinern lassen, war die Reaktion in den Kommunen überwiegend positiv. Der Haderslebener SP-Kommunalrat Uwe Jessen, Generalsekretär des BDN, erwähnte als zusätzlichen Vorteil, dass sich viele Bürger noch mehr als vorher mit ihrem Wohnort identifizieren und immer mehr lokale Bürgerforen gründen. Der spürbare Nachteil bleibe aber, dass Politik und Verwaltung weiter von

den Bürgern weggerückt seien. - Kurz darauf entbrannte südlich der Grenze eine heftige Debatte zu diesem Thema, als der Flensburger Oberbürgermeister Simon Faber (SSW) eine Verwaltungsreform vorschlug, bei der unter anderem die unmittelbaren Randgemeinden wie Wees und Harrislee in der Fördestadt aufgehen sollten. Während dies im Kreis Schleswig-Flensburg, der mit 129 Gemeinden über mehr Kommunen verfügt als ganz Dänemark, teilweise barsch zurückgewiesen wurde, gab es auch viele anerkennende Stimmen, welche die Nachteile der bisherigen Kleinteiligkeit in Schleswig-Holstein (das Bundesland hat 1115 Kommunen und liegt damit auch bundesweit mit an der Spitze) hervorhoben und eine Effektivisierung des Systems anmahnten. Kritik gab es vor allem daran, dass die Diskussion von den Fusionsgegnern hauptsächlich emotional, aber mit wenig Sachargumenten geführt werde (FT 28.1.-6.2.).

#### Deutsche und dänische Politik

Folketingswahl am 18. Juni

Am 26. Mai gab die dänische Regierungschefin Helle Thorning-Schmidt bekannt, dass am 18. Juni ein neues Folketing gewählt werden soll. Die Entscheidung für den Wahltermin liegt in Dänemark ausschließlich beim Ministerpräsidenten, wobei natürlich nicht mehr als vier Jahre seit der letzten Wahl vergehen dürfen. Dies wäre im September 2015 der Fall gewesen. Wegen des Redaktionsschlusses Ende Mai können die Ergebnisse in der vorliegenden Ausgabe leider nicht

berücksichtigt werden (JV/JP/Pol/Nos/DR u.a., 26./27.5.).

#### Terroranschläge in Kopenhagen

Kurz nach den Terroranschlägen vom 7. bis 9. Januar u.a. auf die Satirezeitschrift Charlie Hebdo und einen jüdischen Einkaufsmarkt in Paris wurde am 14./15.2. auch Kopenhagen von einem islamistischen Terrorakt erschüttert: Ein in Kopenhagen wohnhafter Einzeltäter feuerte zunächst auf eine Veranstaltung mit dem u.a. für Darstellungen des Propheten Mohammed als Hund bekannten schwedischen Zeichner Lars Vilks im Kulturzentrum „Krudtønden“ (Pulverfass), wo er einen Zuschauer erschoss. Wenig später ermordete der dänische Staatsbürger palästinensischer Abstammung einen Angehörigen der jüdischen Gemeinde, der als Wachmann an der Großen Synagoge in der Kopenhagener Altstadt eine Bar-Mizwah-Feier schützte. Zudem wurden bei beiden Anschlägen mehrere Polizisten verletzt. Der vorbestrafte Täter wurde wenig später gestellt und bei einem Schusswechsel getötet. Die Attentate lösten weltweit Entsetzen aus (Pol./JP/NOS/FLA/JV/FT/DR 15.2.ff.).

Südjütische Kandidaten und Abgeordnete für mehr staatliche Arbeitsplätze im Landesteil

In Dänemark ist eine Diskussion über eine Verlegung mehrerer staatlicher Behörden aus Kopenhagen in die Provinz angestoßen worden. Nach Auskunft des konservativen Politikers Rasmus Jarlov befinden sich 42% aller Arbeitsplätze staatlicher Einrichtungen in der Hauptstadtregion, in der 31% der

dänischen Bevölkerung leben. Die in Sonderburg gewählte Folketingsabgeordnete Ellen Trane Nørby (Venstre) und der konservative Regionsabgeordnete John Loff schlugen daraufhin konkret den Umzug dreier Behörden nach Südjütland vor, darunter die Verlegung der Kulturbehörde mit 280 Arbeitsplätzen nach Sonderburg. In Kopenhagen argumentiert man meist gegen die Verlegung von Behörden mit dem Argument, dass es in der Provinz nicht die nötige Expertise dafür gebe (JV 31.3.).

#### Demonstration und Gegendemonstration

Ähnlich wie die von Dresden ausgehende „PEGIDA“-Bewegung hatte sich auch in Hadersleben ein Bündnis zu antiislamischen Montagsdemonstrationen zusammengeschlossen. Die erste Demonstration dieser Art fand jedoch keine 50 Teilnehmer, während die Gegendemonstration für Toleranz und eine offene Gesellschaft die zehnfache Anzahl anzog (JV 6.1.). Auch in Flensburg kam es zu einer Gegendemonstration, als sich Meldungen über die Gründung einer Flensburger Ortsgruppe der umstrittenen Bewegung verdichteten (FLA 15.1.). Somit konnte die rechtspopulistische Bewegung, die nach einigen Aufsehen erregenden Massenveranstaltungen in einzelnen deutschen Großstädten bald wieder zu einer Randerscheinung wurde, in der Region erst gar nicht Fuß fassen.

#### Kontroverse wegen arabischer Beschilderung

Unmittelbar vor der zitierten Schilder-Kontroverse gab es Unstimmigkeiten,

weil ein Sonderburger Einkaufsmarkt einige Hinweisschilder in arabischer Sprache aufgehängt hatte. Mit diesem wollte man den syrischen Kriegsflüchtlingen, die in einem nahe gelegenen Flüchtlingsheim leben, etwas Orientierungshilfe geben. Diese kleine Hilfeleistung stieß auf massive Kritik, insbesondere bei den Vertretern von Dansk Folkeparti (DR, 23.1.; nachzulesen unter <http://www.dr.dk/Nyheder/Indland/2015/01/23/095513.htm>), die jede Leistung für Flüchtlinge kritisch betrachten. Ein besonders bizarres Beispiel brachte der Apenrader Vizebürgermeister Ejler Schütt: Angesichts einer vor Ort und in der Presse viel gelobten Müllsammelaktion im Dorf Bollersleben beklagte er sich öffentlich darüber, dass mit Rücksicht auf die 35 vor Ort untergebrachten, an der Gemeinschaftsaktion teilnehmenden libyschen Asylbewerber beim folgenden gemeinsamen Grillen nur Würste aus Rindfleisch angeboten wurden. „Jeg fatter ikke, at der gang på gang foretages positiv særbehandling. Vil man f.eks. ikke spise pølser med svinekød, så må man miste“ (Ich fasse es nicht, dass man immer wieder positive Sonderbehandlungen vornimmt. Wenn man z.B. keine Würste mit Schweinefleisch essen will, muss man eben verlieren.), mokierte sich der DF-Politiker, der mit seiner Fraktion die Mehrheit für Venstre-Bürgermeister Andresen im Kommunalrat sichert (kritischer Kommentar von Bjarne Lindquist Bentsen, JV 19.4.). Es sei an dieser Stelle aber auch betont, dass es auch in Dänemark – und sogar überdurchschnittlich stark in Nordschleswig – viele Hilfsinitiativen und freiwillige Arbeit zugunsten von Flüchtlingen gibt (JV 20.4.).

## Neue Diskussion um Grenzkontrollen

Im Falle eines Wahlsieges bei der kommenden Folketingswahl haben die bürgerlichen Parteien („blauer Block“) in Dänemark angekündigt, dass sie mehr Geld in die Kontrollen an den Staatsgrenzen investieren wollen. Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Epinion sprechen sich 61% der Dänen für feste Kontrollen direkt an der Grenze aus. Während Dansk Folkeparti nach wie vor die Schengen-Zusammenarbeit abschaffen und zu allgemeinen stationären Grenzkontrollen zurückkehren will, sprechen sich Liberal Alliance, Konservative und Venstre für eine Effektivisierung der bisherigen Kontrollen aus, insbesondere in Bezug auf die Verfolgung von Personen, die in Dänemark Straftaten begangen haben (JV 9./10.2.). Wenig später kam das Meinungsforschungsinstitut YouGov auf andere Zahlen: Hiernach wollen 44% der Dänen das Schengener Abkommen aussetzen, 45% es aber bewahren, die übrigen 11% hatten keine feste Meinung. Interessant waren einige Tendenzen der Umfrage: Je geringer der Bildungsgrad, je höher das Alter und je weiter entfernt der Wohnsitz von der Grenze war, desto höher war der Anteil derjenigen, die sich feste Grenzkontrollen wünschen (NOS 21.4.).

## Steigerung der Anklagen gegen Touristen

Nach Auskunft der dänischen Reichspolizei hat es 2013 im Vergleich zu 2008 43% mehr Rechtsverfahren gegen ausländische Staatsbürger gegeben, die sich kurzfristig in Dänemark aufhielten. Während der Sprecher von

Dansk Folkeparti Peter Skaarup dies wie üblich zum Anlass nahm, um die Forderung nach festen Grenzkontrollen zu wiederholen, deutete Gerd Battrup vom Institut für Grenzregionsforschung die Zahlen anders: Zum einen lasse sich daraus ablesen, dass die Anzahl an Besuchern im Land gestiegen ist, zum anderen spreche dies für eine effektivere Ermittlungsarbeit. Die Einführung fester Grenzkontrollen wäre gleichbedeutend mit dem Abzug mobiler Einsatzkräfte (JV 6.1.).

## Grenzland und Europa

### Kontroversen um das Hauskaufrecht in Dänemark

Angesichts eines immer weiter fortschreitenden Preisverfalls bei Immobilien in ländlichen Gebieten und insbesondere auch bei Sommerhäusern mehren sich in Dänemark die Stimmen, dass auch Ausländer ohne Wohnsitz im Land künftig Häuser im Königreich kaufen dürfen sollen, so wie es in fast allen EU-Staaten längst üblich ist. Der Apenrader Bürgermeister Thomas Andresen schlug vor, in seiner Kommune ein Pilotprojekt zu starten, so dass EU-Ausländer ausgewählte Sommerhäuser kaufen dürften (JV 13.4.). Dieser Vorschlag wurde vom Justizministerium kompromisslos zurückgewiesen (JV 21.4.). Eine Liberalisierung des Hauskaufrechtes wird also weiterhin aufgeschoben. Auf der anderen Seite gibt es nach wie vor Zuschüsse für den Abbruch leer stehender und nicht mehr zu verkaufender Häuser (GFH 2/2010, S.168), deren Abriss in der Lokalpresse trotz der sich verbreitenden



Lücken in den Ortsbildern in der Regel als „Beseitigung von Schandflecken“ bejubelt wird.

Verkehrssünder werden grenzüberschreitend bestraft

Nachdem viele im jeweiligen Nachbarland begangene Verkehrsdelikte wie z.B. überhöhte Geschwindigkeit bisher oftmals ungeahndet geblieben sind, weil die 1993 vereinbarten dänischen Vorbehalte in der Justiz- und Polizeizusammenarbeit die Eintreibung der Bußgelder umständlich und teuer machen, zeichnet sich nun eine Änderung ab. Das Europäische Parlament stimmte einer Gesetzesvorlage zu, wonach die grenzüberschreitende Behandlung von Verkehrsdelikten nicht mehr dem Justiz- und Polizeisektor, sondern dem Verkehrssektor angehören soll. Damit gelten die gesamteuropäischen Bestimmungen künftig auch in Dänemark (FLA 12.2.).

### Volksgruppen und Minderheiten

FUEV beklagt schlechte Bedingungen für Minderheiten

Während die Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzland nach wie vor gut aufgestellt seien, beklagt die Föderation Europäischer Volksgruppen (FUEV), dass autochthone Minderheiten in vielen europäischen Ländern benachteiligt werden. Dies gelte sowohl für alte EU-Staaten als auch für Länder am Rande Europas. Der diesjährige Minderheitenkongress in Komotini, wo die türkische Minderheit in Griechenland Gastgeber war, wurde vom offizi-

ellen Griechenland komplett ignoriert, die alteingesessene Minderheit verfügt über keinerlei anerkannte Institutionen (FLA 15.5.).

Neuer Vorstoß für Haus der Minderheiten

Die Stadt Flensburg beantragt beim Bund erneut 4,34 Mio Euro, um den historisch wertvollen Komplex Norderstraße 76 (Flensborghus) und 78 (früher Kaufmann C.C. Petersen) denkmalgerecht sanieren und den Kaufmannshof mit Querspeicher zum „Haus der Minderheiten“ (GFH 2014, S. 203f.) ausbauen zu können (FLA 30.4.). Zuvor hatten bereits der Minderheitenbeauftragte der Bundesregierung Hartmut Koschyk und die Fraktionssprecherin der Grünen im Bundestag Katrin Göring-Eckardt die Unterstützung des Projektes zugesichert (FLA 28.2.). Zu den ersten Aktivitäten im neuen Minderheitenhaus gehört eine neue deutsch-dänische Denkwerkstatt, deren neue Qualität es laut Mitinitiatorin Renate Schnack sei, „dass sowohl Mehrheit als auch Minderheit gemeinsam [...] diskutieren und dass es dabei nicht nur um das deutsch-dänische Grenzland geht, sondern auch um eine europäische Perspektive“. FUEV-Präsident Hans Heinrich Hansen und sein Stellvertreter Dieter Paul Küssner hoben hervor, dass sowohl die Mehrheitsbevölkerung, die oft viel zu wenig über die hiesigen Minderheiten weiß, als auch Mehr- und Minderheiten aus Konfliktzonen in Europa hier an einen Tisch gebracht werden sollen. Der BDN-Hauptvorsitzende Hinrich Jürgensen begrüßte die schleswig-holsteinische Initiative: „Wir [die Minderheiten, Anm.d.Red.]

stehen immer als Bittsteller mit offener Hand da. Hier zeigt Schleswig-Holstein politischen Willen und sendet ein klares Signal, dass man die Minderheiten will“ (NOS 9.5.).

Weißbuch für Minderheiten von JEF vorgestellt

In der Landesvertretung Schleswig-Holsteins beim Bund stellte die Jugend Europäischer Föderalisten ein Strategiepapier zur Förderung der Minderheiten in Europa vor. Die vier Eckpunkte desselbe sind die soziale Inklusion der Minderheiten im Sinne einer vollen Anerkennung an Stelle von Diskriminierung oder Assimilation, die Unterstützung ehrenamtlicher Arbeit, die Sicherung der Bildung und Hilfe für die in vielen Ländern diskriminierten Roma. An der Ausarbeitung und Präsentation wirkten auch die Spitzenvertreter der Jungen Spitzen und des SSW-Untergang, Lasse Tästensen und Florian Wagenknecht (GFH 2014, S. 187ff.), mit (NOS 20.12.14).

Diskussion um zweisprachige Ortstafeln in Nordschleswig

Der aktuelle Bericht des Europarats zur Lage der Minderheiten in Europa rügt in Dänemark vor allem die unzureichende Stellung der deutschen Sprache im öffentlichen Leben des Wohnbereichs der Minderheit. Kritisiert wurde auch die Ablehnung der dänischen Straßenverkehrsbehörde (Vejdirektoratet), ein touristisches Hinweisschild auf den Knivsberg an der E 45 aufstellen zu lassen. Die deutsche Volksgruppe erneuerte daraufhin öffentlich ihren Wunsch nach zweispra-

chigen Ortsschildern zumindest bei den Orten in Nordschleswig, an denen es deutsche Einrichtungen gibt (NOS 24.1.). Dies wurde erneut zur Sprache gebracht, als eine Delegation des Europarats die Minderheit im März besuchte. Obwohl man sonst mit der Einhaltung der 1997 ratifizierten Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten weitgehend zufrieden ist, blieb dies eines der strittigen Themen (NOS 20.3.). Daraufhin bekräftigte die Vertretung der deutschen Minderheit ihren alten Wunsch nach einigen zweisprachigen Ortstafeln in Nordschleswig. Erstmals nach der teilweise heftig geführten Kontroverse von 2007 (GFH 4/2007, S.271ff.) kam es daraufhin zu einer öffentlichen Debatte in verschiedenen Medien, wobei sich ein wesentlicher Teil in den – seinerzeit noch kaum vorhandenen – sozialen Internet-Medien abspielte. Hier und in vielen Leserbriefen gab es zahlreiche Gegenstimmen, die in der Regel emotional, aber wenig sachbezogen argumentierten. Andererseits gab es wesentlich mehr positive Stimmen als vor acht Jahren. Auch viele Vertreter aus Politik und insbesondere Wirtschaft sahen in der Idee, zumindest die vier Städte und Tingleff mit zweisprachigen Ortstafeln zu versehen, ein positives Signal für die gesamte Region.

Allerdings wiesen alle vier Bürgermeister in Nordschleswig den Vorschlag ab. Laurids Rudebeck (Tondern) sagte, ob man die Frage im Rat nicht diskutiert habe, und gab keinen Hinweis darauf, dass sich dies in naher Zukunft ändern werde (was aber bald geschehen sollte – s.u.). Thomas Andresen (Apenrade) verwies auf

mangelnde Finanzmittel. Erik Lauritzen (Sonderburg) wies den Vorschlag komplett zurück und Hans Peter Geil (Hadersleben) meinte sogar, dass für viele das Jahr 70 nach der Befreiung und das Jahr 75 nach der Besetzung Dänemarks durch Hitlerdeutschland ein zu früher Zeitpunkt für eine solche Diskussion sei (NOS/JV 17.3.). JV-Chefredakteur Peter Orry fand die Ablehnung der Bürgermeister unangemessen und doppelmoralisch, da dieselben ansonsten jede Gelegenheit benutzten, um auf das gute deutsch-dänische Verhältnis hinzuweisen. (JV 18.3.)

Gwyn Nissen meinte sogar, dass die deutsche Minderheit selbst als Sponsor bereit stehen würde, falls die Kommune Apenrade zu arm für die Aufstellung eines Knivsberg-Schildes sei (NOS 17.3.). Sogar in Kopenhagen gab es Unterstützung, etwa durch den Stadtratsabgeordneten Jens-Kristian Lützen, als Venstre-Mitglied Parteifreund von Geil, Andresen und Rudebeck: In einem Kommentar (JP 27.4.) machte er seinem Unmut über das Verhalten der Bürgermeister, aber auch vieler Leserbriefschreiber und Blogger Luft: „[...] Derfor er det ærgerligt 60 år efter, at opleve den danske smålighed i forhold til om byskiltene også skal give plads til den tyske stedbeteegnelse. Det er ganske enkelt forstokket provinsnationalisme, for selvfølgelig skal der også være plads til Apenrade, Tønder og Tingleff.“ (Es ist deshalb ärgerlich, 60 Jahre [nach den Bonn-Kopenhagener Erklärungen] die dänische Kleinkariertheit in Bezug darauf zu erleben, ob die Ortschilder auch Platz für die deutsche Bezeichnung haben sollten. Das ist

schlicht und einfach verstockter provinzieller Nationalismus, denn selbstverständlich soll da auch Raum für „Apenrade“, „Tønder“ und „Tingleff“ sein.)

Es gab jedoch auch sehr negative Medienbeiträge und auch eine Fülle von ablehnenden Leserbriefen und Kommentaren in regionalen und landesweiten Medien. Nicht selten wurde dabei auf die Besatzungszeit 1940-45 hingewiesen oder unterstellt, dass das Deutschtum in Nordschleswig ausschließlich auf der Zeit der „Fremdherrschaft“ (1864-1920) fuße. Manche Schreiber wollten der Minderheit sogar eine Verschlagenheit unterstellen, mit der sie noch viel weitergehende Macht-Ziele verfolge; „De mange smukke ord dækker over mindretallets skjulte dagsorden gående ud på at indføre tvungen tyskundervisning og tosprogethed ad bagdøren“ (Die vielen schönen Worte verschleiern die verdeckte Tagesordnung der Minderheit, die darauf aus gehen soll, durch die Hintertür zwangsweise Deutschunterricht und Zweisprachigkeit einzuführen), heißt es beispielsweise im Leserbrief eines Helge Poulsen aus Kolding mit dem Titel „En smagløs kampagne“ (JV 31.3.).

Allerdings gab sich der BDN-Vorstand auch selbstkritisch in Hinblick auf die laut Europarat unzureichende Umsetzung der Sprachencharta in Dänemark, da man selbst nicht deutlich genug ausgedrückt habe, was man eigentlich haben wolle. Deshalb gründete der BDN eine sprachpolitische Arbeitsgruppe (BDN 10.3.), die zum einen den minderheiteninternen Diskussionsprozess in Gang bringen soll, zum anderen die Wünsche und Forde-

rungen der Volksgruppe zum Ausdruck bringen soll, zum dritten aber auch für die Sicherstellung der Sprachkompetenz innerhalb der Minderheit arbeiten soll (NOS 30.4.).

Eine neue Dimension erhielt die Diskussion durch den völlig überraschenden Vorstoß des Haderslebener Bürgermeisters H.P. Geil, der unangekündigt und durch einen Bürgermeisterentscheid ein einzelnes zweisprachiges Ortsschild – die deutsche Bezeichnung in etwas kleinerer Schrift als die dänische und angebracht unterhalb der Ortschafts-Symbolik – an der stark frequentierten Abfahrt von der Umgehungsstraße nahe der St. Severin-Kirche aufstellen ließ. An den ersten Tagen blieb dies von den Medien unbemerkt, bis es am 22.4. im Nordschleswiger freudig kommentiert wurde (NOS 22.4.). Damit kam die öffentliche Debatte erneut in Schwung, zumal das Thema am nächsten Tag sogar in den Finanzausschuss des Tonderaner Kommunalrats kam. Doch Bürgermeister Laurids Rudebeck betonte hiernach, dass das Thema zu den Akten gelegt worden sei, da man zweisprachige Ortsschilder nur dann aufstellen wolle, wenn sich eine „klare“ Mehrheit dafür ausspreche, was im Finanzausschuss nicht der Fall gewesen sei. Slesvigsk Parti zeigte sich hiervon enttäuscht, doch erwägt die Tonderaner Ratsfraktion, einen eigenen Antrag einzubringen (NOS 23.4.). Andresen kritisierte die Volksgruppe dafür, dass sie das Thema überhaupt an die Öffentlichkeit gebracht habe, anstatt zuerst einen konkreten Antrag durch die SP-Vertreter im Apenrader Kommunalrat zu stellen. Dabei lehnte er die deutschen Namenszusätze aber

im Vorwege ab, auch mit dem Hinweis, dass man dann ja auch englisch- und französischsprachige Schilder aufstellen müsste. In Hadersleben wurde einer weiteren Diskussion zunächst ebenfalls eine Absage erteilt, und das 24-jährige Kommunalratsmitglied Peter Kofod Poulsen, der regionale Folketingskandidat von Dansk Folkeparti und neue Landesvorsitzende von Dansk Folkepartis Ungdom, der im September 2014 durch die Einrichtung der Internetpräsenz [www.meldenøst-europæer.dk](http://www.meldenøst-europæer.dk) Aufsehen erregt hatte, hob hervor, dass man in Dänemark sei und dort Dänisch gesprochen werde. Der BDN erklärte die Diskussion nach der Tonderaner Absage trotz des Haderslebener Modell-Schildes als beendet, da man zwar wesentlich mehr positive Resonanz als 2007 erfahren habe, aber andererseits politischer Mut zur Umsetzung in allen Kommunen gefehlt habe und man eine breite Mehrheit hinter der Aufstellung der Schilder wünsche. Doch die öffentliche Debatte erhielt noch am gleichen Tag einen neuen Schub, als sich der Touristikchef der vier nordschleswigschen Kommunen Svend Brodersen klar für die zügige Aufstellung neuer zweisprachiger Ortstafeln aussprach (NOS 25.4.).

Allerdings folgte noch eine unerwartete Wendung: In Hadersleben wurde das „Test-Schild“ in der Nacht zum 26. von Unbekannten abmontiert und in der Nähe vergraben. H.P. Geil erklärte daraufhin, dass er es nicht wieder aufstellen lassen werde (NOS 27.4.). Mit seinen Aussagen, dass er die Reaktion der Menschen testen wollte, und durch die Tatsache, dass er sich damit dieser Beschädigung öffentli-

chen Eigentums beugte, kehrte sich diese zuerst als Vorstoß positiv bewertete Aktion in ihr Gegenteil um. Endgültig zur Farce wurde die Haderslebener Schilder-Aktion, als der Vorsitzende des technischen Ausschusses Benny Bonde (Liberal Alliance) das Schild an sich nahm und an seinen Schweinestall in Marstrup anlehnte (NOS 28.4.). Der FUEV-Präsident Hans Heinrich Hansen bezeichnete Geils Aktion als Provokation. Unter Verweis auch auf die oben genannte Ablehnung des Tonderaner Kommunalrats, sich mit den Ortstafeln zu befassen, obwohl man vorher Zusammenarbeit mit der Minderheit ausgebaut hatte, stellte der frühere BDN-Hauptvorsitzende fest, dass die Zeit in dieser Region noch immer nicht reif für zweisprachige Schilder sei (NOS 30.4.). Ähnlich hatte sich Knud-Erik Therkelsen, der Generalsekretär von Grænseforeningene, geäußert; er bedauerte, dass die Dänen „als Siegernation im Zweiten Weltkrieg“ nicht dieselbe Demut bei solchen Fragen aufbrächten wie die Deutschen (NOS 27.4.). Scharfe Kritik am Verhalten der dänischen Bürgermeister und der dänischen Politik kam von Tove Malloy, der Direktorin des ECMI in Flensburg. Sie forderte ein Gesetz zur Zweisprachigkeit und mehr Selbstverpflichtung der Kommunen, die seit Jahren über die rechtlichen Möglichkeiten und Verpflichtungen zum Schutz der Minderheitensprachen informiert sind, sich bisher aber noch völlig passiv verhalten haben: „Soweit es die Zweisprachigkeit im öffentlichen Raum betrifft, hinkt das Grenzland weit hinter anderen Grenzregionen in Europa hinterher. Das ECMI kann auf diesem Gebiet

das Grenzlandmodell als Vorbild nicht gebrauchen“ (NOS 27.4.). Die Spitze des BDN informierte kurz darauf mehrere Politiker in Kopenhagen über die Sprachenpolitik in der Region (NOS 6.5.). Doch zunächst verhielt man sich weiter abwartend. Die öffentliche Debatte ging jedoch weiter: Ein neues sichtbares Zeichen wurde wenige Tage später von Unbekannten gesetzt, die sich als Künstler- und Aktionsgruppe „Listeria“ bezeichneten und in ihrem „Bekennerschreiben“ erklärten, ein Zeichen gegen Engstirnigkeit und für Vielfalt und Toleranz setzen zu wollen: An fünf Ortstafeln der Kommune Hadersleben wurde ein Zusatzschild mit der deutschen Ortsbezeichnung gehängt. Benny Bonde forderte die schnelle Entfernung derselben, da man solches nicht dem „Parlament der Straße“ überlassen dürfe – nachdem er kurz zuvor die ungesetzliche Entfernung des „offiziellen“ zweisprachigen Schildes gebilligt hatte. Gleichzeitig tauchten Aufkleber mit der Inschrift „Tosprogede byskilte? Ja zur Mehrsprachigkeit“ an vielen Pfählen in Apenrade und Tingleff auf (NOS 11.5.). Zwei Wochen später gab der BDN selbst Aufkleber mit stilisierten zweisprachigen Ortsschildern von Hadersleben, Apenrade, Sonderburg, Tønder und Tingleff heraus. Politische Bewegung gab es noch einmal in Hadersleben: Im Kommunalrat wurde die Diskussion über zweisprachige Ortsschilder vom Vertreter der Einheitsliste eingebracht. Bei mehreren Enthaltungen gab es bei der Abstimmung ein Patt von 14 zu 14 Stimmen, womit der Antrag abgelehnt wurde. Der BDN sah es jedoch als positives Zeichen, dass es selbst in der

nördlichsten der vier Kommunen keine Mehrheit gegen eine Diskussion um die Aufstellung zweisprachiger Orts- tafeln gebe. (NOS/JV 27.5.)

Bei der BDN-Delegiertenversammlung in Tingleff gab es eine lebhaftige Dis- kussion um die weitere Vorgehens- weise. Der Hauptvorsitzende hob her- vor, dass die Diskussion trotz mancher Rückschläge für die Minderheit positiv sei und dass es richtig gewesen sei, die Diskussion überhaupt anzustoßen, um den Dialog in Gang zu bekommen: „Wenn wir nicht auf unsere Geschich- te hinweisen – dann tun es andere bestimmt nicht“. Er wies noch einmal darauf hin, dass die sprachpolitischen Ansprüche der Minderheit auf interna- tionalen Abmachungen basieren, die auch der dänische Staat unterzeichnet hat: „Falls – und das passiert leider öf- ter – bestehende Regeln eine Durch- führung blockieren, dann muss das im konkreten Fall dazu führen, dass diese Regeln für uns geändert wer- den. Das ist keine freche Forderung, sondern unser gutes Recht“. Unter- stützt von mehreren Delegierten for- derte Jürgensen dazu auf, den Dialog fortzuführen, um auch die Mehrheits- bevölkerung mitzunehmen. In Bezug auf die oftmals emotional vorgebrach- ten Gegenstimmen meinte der BDN- Hauptvorsitzende: „Sollen wir einfach aufgeben und sagen, uns ist das völlig egal? Wir werden geduldet, und ich möchte mit keiner anderen Minderheit in Europa tauschen“. Aber: „Wir wer- den gelobt, solange wir nicht sichtbar sind. Solange wir uns ducken, sind wir gute Bürger.“ Auch Siegfried Matlok, der zuvor zum Abwarten aufgefordert hatte, bis die Mehrheit dahinter stehe, betonte, dass die „teilweise unwürdige

Diskussion“ in der Öffentlichkeit nicht von der Minderheit ausgegangen sei (NOS 28.5.). Die öffentliche Diskussi- on in Leserbriefspalten und sozialen Medien wurde über den Redaktions- schluss der vorliegenden GFH-Aus- gabe hinaus fortgesetzt.

Forderung nach mehr Mehrsprachig- keit im öffentlichen Raum südlich der Grenze

In einer Resolution hat der SSW-Haupt- ausschuss die Kommunen im Land auf- gefordert, den Handlungsplan Sprach- politik der schleswig-Holsteinischen Landesregierung zügig umzusetzen. Der Plan, der auf der Sprachenchar- ta des Europarats fußt, sollte unter an- derem zu mehr mehrsprachigen Schil- dern im öffentlichen Raum, mehr mehr- sprachigen Mitarbeitern im öffentlichen Dienst und einer besseren Verankerung der Minderheitensprachen im Bildungs- system führen. Gerade letzteres ist eine Forderung insbesondere der Friesen, deren Sprache im Unterrichtsalltag bis- her nur eine bescheidene Rolle spielt (FLA 19.3.)

Einigung über Anerkennung von Exa- mensresultaten

Nach intensiven Gesprächen zwi- schen den dänischen Ministerien für Bildung und Forschung bzw. für Un- terricht und dem Dänischen Schulver- ein für Südschleswig konnte man sich darauf verständigen, dass die Abitur- Durchschnittsnoten von Duborg- und A.P. Møller-Skolen auch künftig auf der Grundlage eines Durchschnittsquoti- enten beider Schulen berechnet wird. Zuvor hatten die Ministerien erwogen,

für die Umrechnung einen Gesamtschnitt aus ganz Deutschland heranzuziehen, was für die Absolventen der beiden zweisprachigen Gymnasien, deren Notendurchschnitt ähnlich wie auf der anderen Seite beim Deutschen Gymnasium für Nordschleswig über dem Landesdurchschnitt liegt, eine deutliche Abwertung bedeutet hätte. (FLA 24.3.). Dadurch wären sie bei der Studienplatzvergabe in Dänemark, wo der Examensdurchschnitt und einzelne Fachnoten sehr viel mehr zählen als in Deutschland, deutlich benachteiligt worden. In Dänemark gilt eine Skala mit den Noten 12, 10, 7, 4, 02, 00 und -3, die nicht unmittelbar mit dem deutschen Sechser- bzw. Fünfehnersystem kompatibel ist.

#### Dänische Minderheit verdoppelt

Eine Studie von Adrian Schaefer-Roloffs (GFH 3/2013, S. 195ff.) und Kai-Uwe Schnapp an der sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Hamburg kam zu dem überraschenden Ergebnis, dass man nicht nur von 50.000, sondern sogar von 104.000 Dänischgesinnten südlich der Grenze ausgehen muss. Laut diesen durch eine repräsentative Telefonumfrage zu Stande gekommenen Ergebnissen würden sich aber nur 42.000 Personen in Südschleswig zur Minderheit bekennen, zu denen allerdings 37.000 weitere in Holstein und 25.000 in Hamburg kämen. Allerdings wurde nur nach dem Bekenntnis zum Dänentum als solchem, nicht aber nach dem Grad desselben gefragt. 16% der Befragten gaben allerdings an, keine Verbindung zu dänischen Organisationen zu haben. Die Studie kann unter der

Adresse <http://uhh.de/tu74f> eingesehen werden. Obwohl man diese Neuigkeit bei der dänischen Minderheit teilweise mit Freude aufnahm, wollte man sie auch nicht überbewerten (FLA 26.3.).

#### Erfolgsprojekt Maro Temm

Anlässlich des achtjährigen Bestehens des Sinti-Wohnprojektes Maro Temm in Kiel statteten Staatssekretär Thomas Losse-Müller und die Minderheitenbeauftragte Renate Schnack diesem einen Besuch ab. Dabei wurde das Projekt als Erfolg gewertet, da es 13 Familien der Volksgruppe nicht nur ein Leben mit mehreren Generationen an einem Ort ermöglicht, sondern auch den Zusammenhalt, die Sprachpflege und dem Kontakt mit dem Wohnumfeld fördert. Losse-Schmidt stellte die Förderung eines weiteren Sinti-Roma-Wohnprojektes in Schleswig-Holstein in Aussicht (FLA 12.2.; s.a. GFH 2008, S. 49-56).

#### Erinnerung an 75. Jahrestag der Deportation

Mit einem Gedenkakt wurde in Kiel der 2800 schleswig-holsteinischen Sinti und Roma gedacht, die am 16. Mai 1940 von Kiel aus von den Nationalsozialisten in das besetzte Polen deportiert wurden, wo viele von ihnen später in den Vernichtungslagern ermordet wurden. Der Chef der Kieler Staatskanzlei Thomas Losse-Müller betonte, dass man den Opfern die Erinnerung an diese Verbrechen schuldig sei. Auch heute zeige sich die Stärke einer demokratischen Gesellschaft gerade im Umgang mit ihren Minderhei-



ten. Der Landesvorsitzende des Verbandes der Sinti und Roma Matthäus Weiss gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass von dieser Gedenkveranstaltung auch ein Signal für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit ausgehe. Der Sohn einer Mutter, die seinerzeit als Sechsjährige deportiert worden war, lobte bei dieser Gelegenheit die enge Zusammenarbeit mit der Landesregierung und den anderen Minderheiten im Bundesland (FLA 19.5.).

## Wirtschaft und Soziales

### Dosenpfand für 2018 vereinbart

Ein Abkommen zwischen dem dänischen und dem schleswig-holsteinischen Umweltministerium bildet die Grundlage dafür, dass auch Getränkedosen aus dem Grenzhandel künftig von der eigentlich in beiden Ländern geltenden Pfandpflicht erfasst werden. Bisher ist dies wegen besonderer Exportbestimmungen nicht der Fall. Die Regierungsparteien, der dänische Einzelhandelsverband „De Samvirkende Købmænd“ und die dänischen Umweltverbände begrüßten das Abkommen, da sie hiervon eine Reduzierung des Grenzhandels, mehr Einkäufe in Dänemark und eine Entlastung der Umwelt vom Dosenmüll erwarten. Der sozialdemokratische Vorsitzende des Finanzausschusses im Folketing Jesper Petersen wird mit den Worten zitiert, dass die Übereinkunft den Grenzhandel zwar nicht abschaffen könne, diesen aber reduzieren und mehr Handel in Dänemark selbst mit sich führen werde. Die bürgerlichen Oppositionsparteien erklär-

ten hingegen ihre Unzufriedenheit mit Einzelheiten der Bestimmungen, die sie für unzureichend halten. „Schweden, polnische Handwerker in Dänemark, syrische Flüchtlinge und alle anderen ohne dänische Staatsbürgerschaft können auch künftig pfandfreie Dosen zusammendrücken, nachdem sie ihr Bier oder ihre Cola genossen haben“, wird Ellen Trane Nørby (Venstre) zitiert. Die Grenzhändler auf der deutschen Seite wiederum haben Klagen angekündigt, weil sie die geplanten Pfandvorschriften als wettbewerbsverzerrend betrachten. Ihrer Meinung nach verstoße der Plan gegen EU-Recht, weil dänische Kunden benachteiligt werden: Wenn sie ihre leeren Dosen in Dänemark abliefern, erhalten sie nur eine Krone an Pfandgeld zurück, nicht aber die weiteren 19 Øre, die wegen der deutschen Steuergesetzgebung beim Kauf der Dosen aufgeschlagen werden. Für deutsche Kunden gilt wie gehabt ein Pfandbetrag von 25 Cent pro Dose. Im vergangenen Jahr wurden allein 600 Millionen Getränkedosen von dänischen Privatkunden aus dem deutschen Grenzhandel importiert (JV 21.5.).

### Sonderburg bei Deutschen beliebt

Bei einer Analyse, die das bekannte Meinungsforschungsinstitut Gallup im Auftrag des Wirtschaftsausschusses der Kommune Sonderburg durchgeführt hat, zeigte sich, dass die Sundstadt in Norddeutschland durchaus bekannt und beliebt ist und dass hier noch ein bedeutendes Potenzial zur Weiterentwicklung besteht, sowohl in Bezug auf Tourismus und Wirtschafts-

verbindungen als auch auf den Hochschulstandort. Hingegen brachte die Umfrage unter Dänen aus anderen Kommunen das wenig überraschende Ergebnis, dass man dort nicht viel über Sonderburg weiß und mit dieser Kommune verbindet (JV 30.3.).

Starker Bevölkerungsrückgang in ländlichen Gebieten erwartet

Obwohl die Bevölkerungszahl in Dänemark weiter steigen wird, rechnet Danmarks Statistik mit einem teilweise beschleunigten Rückgang in peripher gelegenen Kommunen. Besonders hart getroffen werden demnach die vom Kernland entfernt gelegenen Inselkommunen wie Langeland, Ærø, Bornholm, Lolland und Læsø, denen bis 2025 ein Verlust von bis zu 11,8% der derzeitigen Bevölkerung prognostiziert wird. Doch auch Tondern liegt mit zu erwartenden 4,2% Bevölkerungsrückgang bis 2025 weit hinten in dieser Statistik, nämlich auf Platz 90 von 98 Kommunen. Sonderburg (Platz 83) muss mit 2,6% Rückgang rechnen, Apenrade (77) mit 1,8%. Lediglich Hadersleben (61) wird ein leichtes Plus von 0,2% vorausgesagt. Die betroffenen Bürgermeister gaben diesen Prognosen jedoch auch eine Mitschuld an der Beschleunigung des Bevölkerungsverlustes, da sich potenzielle Einwohner und Kreditgeber an diesen orientierten und sich erst recht gegen die betroffenen Gebiete entscheiden würden (JP 19.5.).

Gesundheitskarte weiter aufgeschoben

Obwohl sich die schleswig-holsteinische Landesregierung und die Region

Syddanmark vor fast drei Jahren auf die Einführung einer in beiden Ländern nutzbaren Gesundheitskarte verständigt haben, lässt die Umsetzung des Vorhabens nach wie vor auf sich warten. Der Regionsvorsitzende Carl Holst bezeichnete die deutschen Krankenkassen als Hauptverantwortliche für die Verzögerung des Prozesses. Die Gesundheitskarte soll es Patienten ermöglichen, jede Form ärztlicher Versorgung auf beiden Seiten der Grenze frei nutzen zu können. Die Kosten müssen dann die dänischen Kommunen und die deutschen Krankenkassen miteinander verrechnen, so wie es jetzt bereits bei den Grenzpendlern der Fall ist (NOS 10.1.).

Deutscher Mindestlohn in Dänemark begrüßt

Die deutsch-dänische Handelskammer sieht nach wie vor gute Möglichkeiten für die weitere Ausweitung der deutsch-dänischen Wirtschaftsbeziehungen und für weiteres Wachstum auf beiden Seiten. Aus dänischer Sicht hat auch der zum Jahresbeginn eingeführte Mindestlohn in Deutschland einen positiven Effekt, nicht zuletzt weil Lohndumping in Deutschland erschwert wird und damit auch Dänemarks Wettbewerbsfähigkeit gestärkt wird (NOS 10.1.).

## Infrastruktur

„Dagebüller Erklärung“ zur Westküsten-Infrastruktur

Der zweite grenzüberschreitende Westküsten-Dialog, bei dem sich unter der

Moderation von Nordschleswiger-Chefredakteur Gwyn Nissen Vertreter von Wirtschaft und Politik auf der Föhre „Schleswig-Holstein“ trafen, wurde mit der Unterzeichnung der „Dagebül-ler Erklärung“ beendet. In dieser wurde die Forderung nach dem Ausbau einer leistungsföhigen Straßenverbindung in Nord-Süd-Richtung gefordert, vorzugsweise in Form einer Autobahn, die auch an eine neue Elbquerung bei Hamburg angeschlossen und auch in Westjütland weitergeföhrt werden solle. Dies sei nicht teurer als ein Ausbau der bestehenden, im Osten verlaufenden E45 (Bundesautobahn 7). Auch wenn bisherige Gutachten von keinem autobahn-gerechten Verkehrsaufkommen ausgehen, sieht man durch die verbesserte Erreichbarkeit der Region hierin einen Wachstumsmotor. Die neue Erklärung folgt der „Tonderaner Erklärung“ von 2012, in deren Folge immerhin die deutsch-dänische Verkehrskommission gegröhndet worden ist. Mehr hat sich allerdings seither in Bezug auf die Infrastruktur an der Westküste nicht getan (FLA 7.5./NOS 8.5.).

#### Neue Chancen für zweites Gleis

Die Rekonstruktion des zweiten Gleises an der Ostbahn zwischen Woyens und Vamdrup, die im August vollendet werden soll, wird voraussichtlich weniger kosten als veranschlagt. Dadurch erhöhen sich auch die Chancen für die seit langem aufgeschobene Beseitigung des Engpasses zwischen Tingleff und Pattburg, wo bekanntlich seit den 1930er Jahren das zweite Gleis fehlt, was immer wieder zu Verspätungen beiderseits der Grenze föhrt. Verkehrsminister Magnus Heunicke er-

klärte anlässlich seiner Teilnahme an der deutsch-dänischen Verkehrskommission, dass man die Rekonstruktion des Doppelgleises im Blick habe. Allerdings müsse die Entscheidung – auch wenn die deutsch-dänische Verkehrskommission die unmittelbare Empfehlung gebe – in Dänemark getroffen werden, da es faktisch ein innerdänisches Projekt ist (FLA 20.5.).

#### Gefahr neuer Fahrplanverschlechterungen

Zum Winterfahrplanwechsel wollen die Dänischen Staatsbahnen auf ihren Strecken einen neuen integralen Takt einföhren. Nach dem bisherigen Entwurf wird dabei allerdings keinerlei Rücksicht auf andere Bahndienstleister genommen, die vor allem in Jütland inzwischen weite Teile des noch bestehenden Netzes befahren. Nach diesem Plan würden die bisher reibungsfreien Anschlüsse an die grenzüberschreitende Westküstenbahn v.a. in Niebüll neue lange Wartezeiten bedeuten. Ähnliches steht auch bei den Anschlüssen in Flensburg zu befürchten (NOS 23.5.).

#### Fehmarnbelt-Tunnel wird noch teurer

Während der Ausschreibung für die künftigen Arbeiten an der festen Querung über den Fehmarnbelt zwischen Fehmarn und Lolland hat sich gezeigt, dass das Vorhaben viele Millionen Euro teurer wird als ohnehin bisher veranschlagt. Nach dem Vergleich auch der günstigsten Angebote der Interessenten muss man mit Gesamtkosten von etwa 11 Mrd Euro bzw. über 80 Mrd Kronen rechnen. Gut ein Viertel der Kosten entstehen auf deutscher Sei-

te, um das Eisenbahn- und Autobahn-Tunnelbauwerk angemessen mit dem übrigen deutschen Verkehrsnetz zu verbinden (FLA 19.2.). Die Landesregierung forderte derweil die Bundesregierung dazu auf, die Koordination der Verfahren bei den vielen Projekten zur Hinterlandanbindung zu gewährleisten. Zudem forderte man, dass die Finanzierung dieses Projektes nicht auf Kosten anderer wichtiger Verkehrsprojekte in Schleswig-Holstein gehen dürfe (FLA 15.1.). Während das Projekt in Deutschland nach wie vor auf viel Kritik und offene Fragen stößt, hat das dänische Folketing mit breiter Mehrheit – bei Gegenstimmen ausschließlich von der linksalternativen Einheitsliste – ein Gesetz zur Errichtung der festen Fehmarnbelt-Querung verabschiedet (NOS 21.4.).

Wenig Hoffnung für grenzüberschreitende Fährten

Die dänischen Schifffahrtsbehörden sehen keinen Anlass, um die geltenden Sicherheitsbestimmungen für Passagierschiffe zu lockern, zumal sich die die dänischen Regeln an EU-Bestimmungen orientieren. Dies bestätigten das dänische Wirtschafts- und das Verkehrsministerium. Da dies für deutsche Reedereien einen erheblichen Kostenaufwand bedeuten würde, rückt die Reetablierung grenzüberschreitender Schiffsverbindungen selbst im Bereich der Flensburger Förde in weite Ferne (FLA 19.2.). Ein wenig Hoffnung keimte jedoch für das Projekt einer Fahrrad- und Personenfähre zwischen Holnis und Brunsnis auf, als die dänische Schifffahrtsbehörde eine Ausnahme

von den strengen Sicherheitsbestimmungen bei internationalen Fahrten signalisierte (FLA 19.3.).

## Sprache, Bildung und Kultur

### Europa-Universität im Folketing

Die praktischen Schwierigkeiten bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Hochschulbereich, insbesondere in Bezug auf die gemeinsamen Studiengänge, werden noch vor der Sommerpause Thema im Folketing sein. Konkret geht es um das Problem, dass dänische Lehrveranstaltungen nur dann vom Staat mitgetragen werden, wenn sie auch auf dänischem Boden stattfinden – also nicht in Flensburg. Nach langem Zögern sicherte Ministerin Sofie Carsten Nielsen Entgegenkommen in dieser Frage zu (NOS 20.5., s.a. GFH 2014, S. 213f.).

### Handlungsplan Sprachenpolitik der Landesregierung

Die Minderheitensprachen Dänisch, Friesisch und Romanes sowie die Regionalsprache Niederdeutsch sollen in Schleswig-Holstein stärker geschützt und gefördert werden. Das ist Ziel des Handlungsplans Sprachenpolitik, den das Kabinett am 5. Mai verabschiedet hat. „Diese Sprachen gehören zu unserem Land, und diese Sprachen bereichern unser Land. Motivation der Sprachenpolitik ist es, unsere besondere Sprachenvielfalt in Schleswig-Holstein zu schützen“, sagte Ministerpräsident Torsten Albig. Ziel des Handlungsplans sei die durchgängige

Verankerung der Regional- oder Minderheitensprachen im Bildungssystem – von der Kindertagesstätte bis in die Hochschule. „Gerade die Möglichkeit des systematischen Spracherwerbs im öffentlichen Bildungssystem wird zukünftig immer mehr zum Schlüssel für Schutz und Erhalt unserer Regional- oder Minderheitensprache“, so Albig. Genau da setze der Handlungsplan an. Wer eine dieser Sprachen spreche, solle die Möglichkeit haben, diese Sprache auf dem gesamten Lebens- und Bildungsweg nutzen zu können. Das bedeute auch, dass Bürger in Behörden rechtsgültige Dokumente in den von der Europäischen Sprachencharta geschützten Sprachen vorlegen können, ohne dass sie für eine Übersetzung bezahlen müssen (BDN, 8.5.).

Bald zweites Welterbe in der Region?

Nach weiteren Voruntersuchungen der UNESCO sind die Chancen für Christiansfeld gestiegen, nach dem Nationalpark Wattenmeer zweites Welterbe – und erstes Weltkulturerbe – im alten Herzogtum Schleswig zu werden. Die fast geschlossen erhaltene Bebauung der im 18. Jahrhundert gegründeten Siedlung würde gemeinsam mit anderen Herrnhuter-Siedlungen auf die UNESCO-Liste kommen. Für die Reste von Wikingerstätten in verschiedenen europäischen Ländern, darunter das Danewerk und den Ringwall von Hedeby, wurde in der Untersuchung noch Nachholbedarf festgestellt, um diese als Welterbe anerkennen zu können. Still geworden ist es um die Nominierung der jüngst modernisierten Zisterzienserkirche von Lügumklos-

ter, gemeinsam mit den Schwesternkirchen von Doberan bei Rostock und Pelplin bei Danzig, gleiches gilt für die Anerkennung der Eisenbahnhochbrücke bei Rendsburg. Abgesehen vom Wattenmeer verfügt Dänemark bisher über drei Welterbestätten (Jelling, Dom zu Roskilde, Schloss Kronborg), in Schleswig-Holstein gehört noch die Lübecker Altstadt zum UNESCO-Weltkulturerbe (NOS 8.5., s.a. GFH 1/2013, S. 69, GFH 2014, S. 214).

Grenzüberschreitendes Jugendcamp auch 2015

Nach dem großen Erfolg des im Zuge der Aktivitäten anlässlich des 150. Jahrestages der Schlacht von Düppel arrangierten Jugendprojektes „JUNG zUSAMMEN“ (GFH 2014, S. 177ff.) wird es eine Neuauflage dieses zweiwöchigen Jugendseminars geben. Finanziert wird das bisherige Interreg-Projekt von der Region Syddanmark und vom Land Schleswig-Holstein sowie vom dänischen Grenzverein (Grænseforeningen), der auch die Trägerschaft übernimmt. Wie im vergangenen Jahr werden Højskolen Østersøen in Apenrade und die Nordseeakademie in Leck Standorte des Projektes sein (FLA 16.1.).

Gegen Geoblocking bei öffentlichen Programmen

Der Bund Deutscher Nordschleswiger unterstützt einen Antrag der Piratenpartei im Landtag zur Abschaffung des sogenannten Geoblockings. Damit werden im Internet verschiedene Inhalte auf Internetseiten in bestimmten Regionen gesperrt. Konkret betrifft

die Kritik die öffentlich-rechtlichen Radio- und Fernsehprogramme, die manche ihrer Inhalte außerhalb der Staatsgrenzen unzugänglich halten. Dadurch können auch Angehörige der Minderheiten viele Informationen aus dem jeweiligen Nachbarland nicht empfangen. Der BDN-Hauptvorsitzende Hinrich Jürgensen wies darauf hin, dass es widersprüchlich sei, dass die Technologie, die es möglich macht, sich über aktuelle Ereignisse in der Nachbarregion jenseits der Grenze zu informieren, genutzt wird, um genau dies zu verhindern. „Da das Internet mehr und mehr zum wichtigsten Informationsmedium wird, ist es gerade hier wichtig, die freie Verfügbarkeit zu sichern“ (BDN 8.5.).

#### Geschichte und Erinnerungsorte

Gedenken an die Schlacht von Oeversee 1864

Auch im 151. Jahr nach dem Krieg von 1864 wurde der Gedenktag zur Schlacht von Oeversee/Sankelmark am 6./7.2. mit einem Marsch aus Flensburg und einer deutsch-dänischen Gedenkveranstaltung am historischen Schlachtort begangen. In seiner Festansprache bekannte sich der Schleswiger Landrat Dr. Wolfgang Buschmann zu einem „Gemeinschaftsbekennnis für den Frieden, dem Bekenntnis zur Menschlichkeit, zur Solidarität und Freiheit, Freiheit im Geiste und Freiheit in unserer Willensbekundung, dass kein Kampf um Ideale, um Macht und Territorium den Einsatz von Krieg jemals rechtfertigen könnte“. Dabei erinnerte er an die getöteten Soldaten, die „zu Opfern damaliger Machtpolitik wur-

den. Eine Politik, die geprägt war von verdrehten nationalen Leidenschaften, Sprachenstreit und Verfassungskonflikten“. Und: „Ob Sieg oder Niederlage – was bleibt sind die verlorenen Augenblicke, verlorene Leben, verlorene Chancen, verlorene Glück, verlorenes Vertrauen, verlorener Glaube, verlorene Menschen“. Dennoch sei die Menschlichkeit nicht verloren gegangen, wie Buschmann unter Bezug auf die legendäre Erzählung von den hilfsbereiten Bürgern ausführte: „Menschen aus Flensburg, aus der Region, befreit von nationaler Engstirnigkeit waren es, die den Verwundeten zur Hilfe eilten, Menschen, getrieben von der Hoffnung, der Sinnlosigkeit des Krieges, ja dem Tode selbst auf dem Schlachtfeld eine Seele zu entreißen, Menschen, die durch ihre Bereitschaft zu helfen, durch ihre Hilfe und Hilfsbereitschaft zu den wahren Helden des Krieges wurden.“ (Siehe hierzu aber die Quellenkritik an der Legende in GFH 4/2006, S. 295ff.). Des Weiteren warnte Buschmann vor neuen Ab- und Ausgrenzungen in der globalisierten Welt von heute und betonte, dass Freiheit immer Mitverantwortung bedeute – auch in Bezug auf menschliche Hilfe für Kriegsflüchtlinge von heute. Umso wichtiger sei der gemeinsame Marsch an den Ort früheren Leidens, denn „wo Freundschaft und Vertrauen herrschen, kann Menschlichkeit gedeihen“. (FT/FLA 8.2., Originalmanuskript der Rede von Dr. Buschmann).

Gedenkfeier auf den Düppeler Höhen mit vielen Freiwilligen

Nach den vielfältigen Aktivitäten zum 150. Jahrestag der heute in Dänemark

wohl bekanntesten Schlacht überhaupt im vergangenen Jahr (GFH 2014, S. 216f.) gab es am 18.4. wieder eine recht ruhige Gedenkfeier mit deutscher Beteiligung und Kranzniederlegungen. In seiner Ansprache lobte der heutige Leutnant der Heimwehr (Hjemmeværnet) und frühere Chef der inzwischen aufgelösten Sonderburger Unteroffizierschule Jens Peter Rasmussen, dass die Gedenkveranstaltung nun wieder wie in den Jahren davor von den vielen Freiwilligen getragen worden sei, welche man 2014 an den Rand gedrängt hätte. Trotz des guten Wetters war die Veranstaltung eher schwach besucht, was auf den Termin am Sonnabend (Schulklassen kamen nicht) zurückgeführt wurde (JV Sonderburg, 19.4.).

Film über 9. April 1940

Wenige Monate nach der kontrovers diskutierten, im Juni/Juli 2015 auf ARTE auf Deutsch zu sehenden Fernsehserie „1864“ (GFH 2014, S. 218) erschien ein Film über ein weiteres epochales Ereignis der deutsch-dänischen Konfliktgeschichte, nämlich über den Einmarsch der deutschen Wehrmacht in Dänemark am 9.4.1940. Der schlicht „9. April“ titulierte Film ist das Erstlingswerk der Regisseurin Roni Ezra, das Drehbuch wurde von Tobias Lindholm verfasst. Der größte Teil spielt in der Region (v.a. in Hadersleben), wo es seinerzeit die meisten Kämpfe gegeben hatte, bevor die Regierung in Kopenhagen keine zwei Stunden nach dem Angriff das Ende des militärischen Widerstandes verkündete. Der Kinofilm erhielt von Experten und Publikum gute Kritiken. Unklar ist, ob er auch auf Deutsch erscheinen wird (FLA 12.3.).

Søren Kam gestorben

Im Alter von 93 Jahren verstarb der frühere dänische SS-Untersturmführer Søren Kam, der vor allem für die Beteiligung am Mord an Redakteur Carl Henrik Clemmensen am 30.8.1943 angeklagt wurde. Da er später deutscher Staatsbürger wurde, konnte er nicht an Dänemark ausgeliefert werden. Eine kurzzeitige Verhaftung 2006 nach einer Gesetzesänderung hatte keine Folgen, da der Fall nach deutschem Recht als verjährt galt. Zuletzt stand der im Allgäu lebende Kam auf Platz 4 der Liste des Simon-Wiesenthal-Centers über die am meisten gesuchten NS-Verbrecher (JV 31.3./Allgäuer Zeitung, 30.3.).

#### Personalien

Siegfried Matlok 70 Jahre

Am 5. Juni feierte der langjährige Chefredakteur des Nordschleswigers und ebenfalls langjährige (1983-2008) Leiter des Sekretariats der deutschen Volksgruppe in Kopenhagen seinen 70. Geburtstag. Zahlreiche Vertreter aus Politik und Gesellschaft beiderseits der Grenze würdigten die Leistungen des noch immer für den Nordschleswiger aktiven Journalisten, welcher die Entwicklung der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig in den vergangenen Jahrzehnten entscheidend mitgeprägt hat. Auch wir gratulieren Siegfried Matlok, einem Freund der Grenzfriedenshefte, herzlich zu seinem Geburtstag und wünschen weiterhin alles Gute und nach wie vor viel Schaffenskraft.

Die Redaktion



Reformation in Norddeutschland

Daniel Mourkojannis, Johannes Schilling, Gerhard Ulrich, Thomas Maess (Hrsg.)

Orte der Reformation (8): Hamburg, Lübeck, Schleswig-Holstein

Leipzig: Evangelische Verlagsanstalt 2013. 88 S., ill.

Mit der Reformation verbindet man in Deutschland meist die Lutherstätten – Wittenberg, Eisleben, die Wartburg oder Worms. Dass es auch in anderen Teilen des Landes Gedenkorte gibt, die an die Einführung der lutherischen Lehre erinnern, ist weniger bekannt. Um das Bewusstsein für das Jubiläum 2017 zu stärken, ist nun in der Leipziger Evangelischen Verlagsanstalt eine Reihe von kleinen Reiseführern zu „Orten der Reformation“ erschienen, deren achter Band „Hamburg, Lübeck, Schleswig-Holstein“ umfasst.

Manches an den magazinartigen Bändchen ist überflüssig und dient erkennbar nur dazu, die Seiten voll zu bekommen. Wenn in der Rubrik „Den Norden Entdecken“ die Hamburger Hauptkirchen oder die Geschichte des Kaffeegetränks „Pharisäer“ vorgestellt werden, fühlt sich der Leser an einen Führer aus dem Hause Baedeker erinnert - nur dass der Urvater der deutschen Reiseliteratur so etwas in der Regel besser kann als ein kirchlicher Verlag. Anderes dagegen ist wertvoll und lohnt die Anschaffung des Heftes. Wenn in einzelnen Kapiteln über die Einführung der Reformation in Hadersleben, wo 1526 die erste reformatorische Kirchenordnung der Herzogtü-

mer Schleswig und Holstein entstand, in Hamburg, Lübeck und Kiel berichtet wird, erfahren auch Nicht-Nordlichter Interessantes über die ersten Jahre des Luthertums im Norden.

Die dritte Rubrik des Bändchens schließlich widmet sich „Evangelischen Geschichtsstunden“: Hier wird es wieder unübersichtlich – von Spuren der Reformation im Schleswiger Dom bis zu einem „Gespräch mit dem Schriftsteller und bekennenden Muslim Feridun Zaimoglu“ ist alles vertreten, worauf die Autoren scheinbar gerade Lust hatten. Manches davon ist spannend – etwa ein von Johannes Pfeiffer verfasster Text über die Frage, ob der Bordesholmer Altar noch vorreformatorisch oder schon evangelisch sei. Doch insgesamt zeugt auch dieser Teil der 88 Seiten starken Broschüre von ihrem größten Problem: Jeweils für sich sind viele Kapitel absolut lesenswert. Doch es fehlt der rote Faden.

*Benjamin Lassiwe*

Regionale Seefahrtsgeschichte

Mikkel Leth Jespersen (Red.)

Søfart selvfølgelig!

Festskrift i anledning af Aabenraa Museums 125-års jubilæum

Aabenraa: Museum Sønderjylland 2012. 168 S., farbig ill.

Als einzige Stadt im alten Herzogtum Schleswig verfügt Apenrade noch heute über einen wirtschaftlich bedeutenden Hafen. Seine erste Glanzzeit erlebte dieser im 18. und vor allem im mittleren 19.

Jahrhundert. So nimmt es nicht Wunder, dass das bereits 1887 in der Stadt gegründete Museum sich schwerpunktmäßig der Seefahrtsgeschichte widmet. Anlässlich des 125-jährigen Bestehens der heute zum Verbund Museum Sønderjylland gehörenden Einrichtung ist nun eine Aufsatzsammlung erschienen, in der heutige und frühere Mitarbeiter des Museums und weitere Forscher verschiedene Aspekte der regionalen Seefahrtsgeschichte beleuchten.

Die Verbindungen waren schon im 19. Jahrhundert weltweit. Besonders interessant ist Carsten Porskrog Rasmussens Beitrag über die Tatsache, dass eine große Anzahl Apenrader Seeleute aus der benachbarten wohlhabenden Landschaft Loit stammte und dass auch die dortigen Bauern in die städtische Seeschifffahrt investierten – ein einzigartiges Zusammenspiel zwischen Seehandelsstadt und bäuerlichem Nachbargebiet, das bisher viel zu wenig Aufmerksamkeit in der Forschung gefunden hat. Weiterhin bemerkenswert ist Kim Furdals Beitrag über die Wirtschaftsgeschichte des Hafens seit 1920 mit vielen interessanten Daten. In den weiteren, ebenfalls lesenswerten Artikeln geht es u.a. um einzelne Schiffe, Persönlichkeiten und die reichen Bestände des Apenrader Museums. Den Mitarbeitern des Hauses kann zum Jubiläum des Hauses und zugleich zu einer gelungenen Festschrift gratuliert werden. Das Buch ist angesichts der eingangs erwähnten Tatsache, dass Apenrades Hafen inzwischen auch (wieder) für Südschleswig von Bedeutung ist, gerade südlich der Grenze empfehlenswert. Bedauerlich ist nur, dass es keine deutschen Zusammenfassungen gibt.

*Gerret Liebing Schlaber*

## Der Krieg von 1864 und seine Folgen

Gerd Stolz

Das deutsch-dänische Schicksalsjahr 1864

Ereignisse und Entwicklungen mit Beiträgen von Inge Adriansen und Günter Weitling

Husum: Husum Druck- und Verlagsgesellschaft 2013 (Neuaufgabe; Erstauflage 2010). 219 S., zahlreiche sw. Abb.

Rechtzeitig zum 150. Jahr nach dem Krieg von 1864 erschien das bereits 2010 vorgelegte Buch von Gerd Stolz über den Krieg und seine Folgen in einer neuen Ausgabe. Hierbei handelt es sich um eine relativ traditionelle Darstellung der kriegerischen Ereignisse, der unmittelbaren Vorgeschichte und der Folgen der Kriege aus deutscher Perspektive. In erster Linie wird der Verlauf des Krieges beschrieben, wie man es aus älteren militärgeschichtlichen Darstellungen kennt. Hin und wieder werden einige Kriegsteilnehmer zitiert, allerdings weniger in Bezug auf ihre persönlichen Empfindungen (wie es in den meisten Darstellungen der letzten Jahre der Fall ist), sondern in erster Linie hinsichtlich ihrer Beobachtungen zur militärischen Lage. Die betroffene Zivilbevölkerung wird bestenfalls kurz erwähnt; „Sonderburg wurde schwer getroffen, die Bevölkerung verließ die Stadt“, heißt es beispielsweise lapidar auf S. 80. Auch die Anfänge der Arbeit des Roten Kreuzes, die Augustenburgische Frage und eine relativ knappe Perspektivierung bis heute finden in der Darstellung von Stolz (S. 5-145) Erwähnung.

Im zweiten Teil des Buches zeigt Inge Adriansen auf, wie die Kriegsfolgen das dä-

nische Selbstverständnis verändert und bis heute beeinflusst haben. Im letzten Teil beschreibt Günter Weitling, wie die deutsche Seite nach 1864 mit der Erinnerung an den Krieg umgegangen ist. Dabei geht er nicht nur auf die größeren Sieges-„Jubiläen“ ein, sondern auch auf die bereits früh einsetzende Gedenkstättenarbeit, die durchaus nicht nur als Siegeszeichen zu verstehende Funktion des kurz nach Kriegsende 1945 gesprengten Düppel-Denkmals, den ersten und gegen erheblichen Widerstand auf dänischer Seite gehaltenen gemeinsamen deutsch-dänischen Gedenkgottesdienst im Jahre 1964, den 1989 errichteten Gedenkstein für die Tätigkeit des Roten Kreuzes und den Beginn des gemeinsamen Gedenkens auf der Düppeler Höhe ab 2001. Abgerundet wird das sehr bescheiden ausgestattete, aber mit vielen Schwarz-Weiß-Abbildungen illustrierte Buch mit einer Zeittafel, einem Personenregister und einem Literaturverzeichnis.

*Gerret Liebing Schlaber*

### Der Krieg 1864 – Tag für Tag

Frank Jung  
1864

Der Krieg um Schleswig-Holstein  
Herausgegeben vom Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag SH:Z  
Hamburg: Ellert & Richter 2014. 256 S.,  
sw. ill.

Jeweils genau 150 Jahre nach den Ereignissen vom Tod des Königs Friedrich/Frederik VII. auf Schloss Glücksburg (15.11.1863) bis zur Schlacht von Düppel (18.4.1864) erschien in den Tages-

zeitungen des Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlags eine kleine Kolumne zum Geschehen des entsprechenden Tages. Dabei hat sich der Redakteur und Verfasser Frank Jung auf verschiedene Veröffentlichungen gestützt, in denen sowohl Soldaten wie Offiziere und Politiker zu Wort kommen, aber auch auf zeitgenössische Presseberichte und Publikationen zur allgemeinen Geschichte des Krieges und seiner unmittelbaren Vor- und Nachgeschichte. Diese Kolumnen sind nun in einem Band zusammengefasst erhältlich, ergänzt durch Kapitel zur Entwicklung des nationalen Konflikts bis zum November 1863, über den weiteren Verlauf des Krieges nach der Schlacht von Düppel und schließlich über die längerfristigen Folgen für Deutschland und Dänemark.

Die tagebuchartige Darstellung wirkt durch Jungs Schreibstil, aber auch durch die verschiedenen zeitgenössischen Quellenauszüge sehr lebendig. Die Dramatik jener Zeit lässt sich gut nachvollziehen. Die übergeordnete Geschichtsdarstellung ist solide, auch wenn sich hier und da ein paar Ungenauigkeiten eingeschlichen haben (wie auf S. 9 und 10, wonach die Wortwahl „up bzw. op ewig ungedeelt“ schon dem originalen Ripener Vertrag von 1460 entstammen soll und nicht erst dessen Neurezeption in den 1840er Jahren). Die verstreuten, meist hinlänglich bekannten Illustrationen sind wegen des kleinen Formats des Buchs hingegen optisch wenig eindrucksvoll. Auch fragt sich der Leser, warum die tagebuchartige Berichterstattung mit der Schlacht von Düppel endet. Trotz dieser Schwächen bietet das leicht zugängliche Buch einen wirklich lebendigen Eindruck von der Dramatik des Krieges von 1864 und seiner unmittelbaren Vorgeschichte.

*Gerret Liebing Schlaber*

## Spuren des Krieges von 1864

Erik Ingemann Sørensen

1864

En guide i krigens fodspor

København: Gyldendal 2013. 256 S.,  
durchgehend farbig und sw. ill.

Mit dem vorliegenden Buch hat der Lehrer und Hobby-Historiker Erik Ingemann Sørensen einen detaillierten und kommentierten Reiseführer zu den Schauplätzen des Krieges von 1864 herausgebracht. Das Werk ist gleichermaßen chronologisch und topografisch aufgebaut, was angesichts des Kriegsverlaufs kein Widerspruch ist. In den ersten drei Kapiteln geht der Verfasser auf den Hintergrund des Krieges, die Folgen für die Soldaten und die Truppendeinquartierung im südlichen Schleswig ein. Es folgen sieben Abschnitte vom Übergang über die Eider bis zum Sturm auf die Düppeler Schanzen, sodann je ein Kapitel über die Seeschlachten (die beteiligte Fregatte „Jylland“ ist als Museumsschiff in Ebeltoft erhalten geblieben), die Einnahme Fredericias, den Übergang nach Alsen und das militärisch völlig sinnlose Gefecht beim nordjütischen Dorf Lundby.

Zu jedem der vorgestellten Orte hat der Verfasser einen Informationskasten mit der genauen Anschrift, einer Wegbeschreibung zum Ziel und den genauen GPS-Daten geliefert. Dadurch lassen sich die Stätten auch für Laien mühelos finden. Ingemann hat seinen Schwerpunkt weniger auf Denkmäler und andere erst nachträglich errichtete Erinnerungsstätten als vielmehr auf die wirklichen Kriegsschauplätze gelegt. Dabei gelingt es ihm auch, viele weitgehend in Vergessenheit geratene Orte mit einzubeziehen.

Abgerundet wird das Werk durch eine Einführung von Tom Buk-Swienty über den Gebrauch des Buchs und ein lesenswertes Nachwort von Siegfried Matlok. Auch wenn das Buch manche Schwächen aufweist und trotz des deutlichen Bemühens um Ausgewogenheit manchmal eine einseitig-dänische Perspektive bietet, hat Erik Ingemann Sørensen einen interessanten Reiseführer geschaffen, der sich überaus positiv von herkömmlichen Darstellungen dieser Art unterscheidet.

*Gerret Liebing Schlaber*

## Deutsch-dänische Biographie

Hosea Dutschke

Rudi und ich

Aus dem Dänischen von Nina Hoyer

Berlin: Ullstein 2013. 252 S., kurzer sw.  
Bildteil.

Als führender Kopf der Studentenbewegung der späten 1960er Jahre ist Rudi Dutschke ohne Zweifel eine der bemerkenswertesten Persönlichkeiten der bundesdeutschen Geschichte. Fast in Vergessenheit geraten ist dabei, dass der charismatische Politikwissenschaftler die 1970er Jahre hindurch bis zu seinem plötzlichen Tod 1979 in Dänemark gelebt und gelehrt hat. Über diese Zeit und darüber hinaus hat Dutschkes 1968 geborener ältester Sohn Hosea nun eine Autobiografie vorgelegt, in der dieser sehr persönlich auf die Beziehung zu seinem früh verstorbenen Vater eingeht. Dabei geht der bis heute in Århus lebende Verfasser nicht rein chronologisch vor, sondern nimmt immer wieder seine Gefühle bei den regelmäßigen Besuchen am

Grab in Berlin-Dahlem als Ausgangspunkt. Nicht nur hier geht er sehr stark auf seine persönlichen, auch körperlichen Empfindungen ein. Im ersten Kapitel wechselt er immer wieder zwischen der Zeit von seiner Geburt (12.1.1968) bis zum Mordanschlag auf seinen Vater (11.4.1968) einerseits und dem Winter 1979/80 andererseits, als Rudi Dutschke plötzlich an den Spätfolgen des Attentats am Heiligabend vor den Augen seiner Kinder verstarb. Auch in den folgenden drei Kapiteln über die 1970er Jahre, die Durchsicht der Stasi-Akte über den Vater und die spätere Zeit bis heute gibt Hosea Dutschke, oft auf historische Quellen gestützt, viele Einblicke in sein Gefühlsleben. Besonders interessant sind seine Überlegungen, inwieweit er heute selbst als Chef einer kommunalen Behörde den „Marsch durch die Institutionen“ zu besseren Verhältnissen mitgestalten kann. Mit dieser gefühlsstarken Schrift, einfühlsam aus dem Dänischen von der Sylter Skandinavistin Nina Hoyer übersetzt, hat Hosea Dutschke ein ungewöhnliches Dokument deutsch-dänischer Zeitgeschichte vorgelegt.

*Gerret Liebing Schlaber*

### Friesentagung

Harry Kunz, Fiete Pingel u. Thomas Steensen (Hg.)

Die „freien Friesen“

Geschichte und Perspektiven der Selbstverwaltung in den Frieslanden

Beiträge von der Konferenz: Die „freien Friesen“ im 21. Jahrhundert. Geschichtsbilder, Traditionen und Selbstverständnis der friesischen Volksgruppe in Deutsch-

land – 7. Historiker-Treffen des Nordfriisk Instituut

Bredstedt: Nordfriisk Instituut 2013. 159 S., ill.

Der empfehlenswerte Tagungsband basiert auf Vorträgen über Geschichte, Selbstverständnis, Verwaltung und Freiheit der Friesen in West-, Ost-, und Nordfriesland, die auf einer vom 19. bis 21. Oktober 2012 in Husum veranstalteten Tagung gehalten wurden.

Inhaltlich reichen die Vorträge vom Appell Kerst Huismans, eines Historikers und Journalisten aus den Niederlanden, friesische Atlanten zu produzieren, da „die psychologische Bedeutung“ einer muttersprachlichen Weltsicht nicht zu unterschätzen sei, bis zu Robert Habecks Plädoyer für einen Heimatbegriff als „eine politische Kategorie“, die eine „Nahwelt“ umfasse und durch die „sinnvolles Handeln“, Verantwortung und regionales Engagement angeregt werden sollten.

Der Rechtssatz „De ni will dieken, mutt wieken“ sei „zu einem allgemeinen politischen Postulat“ geworden, so Manfred Jakubowski-Tiessen, Professor für Geschichte in Göttingen, in seinem Beitrag über die Bedeutung des Deichbaues an der Westküste. Dieser zeige die immense historische Wichtigkeit des Küstenschutzes für die Friesen, für die „der Deich [...] ohne Zweifel ein herausragender, symbolisch aufgeladener Ort im kollektiven Gedächtnis“ sei, der „identitätsstiftend[...]“ wirke.

Der Mythos der „freien Friesen“ erwuchs im 19. Jahrhundert, so das Fazit von Otto S. Knottnerus, einem niederländischen Volkskundler und Soziologen, aus der Freiheit der Bauern in den Marschen. „Friesische Freiheit [...] wurde als alt-

ständisches Konzept im ethnischen und sprachlichen Sinne umgedeutet“ und tradiert. Diese Konzepte seien konstruiert worden, indem „Selbstdarstellung, Sprache und Identität“ neu miteinander verbunden wurden. Friesische Freiheit gebe es nicht und habe es nie gegeben. Auch Oebele Vries, Historiker und Frisist aus Groningen, sieht die „friesische Freiheit“ in Ostfriesland nur als ein historisches und bedeutungsloses, aber positiv konnotiertes Konzept, welches identitätsfördernd wirke, stärker sogar als im niederländischen Westfriesland, da dort die friesische Sprache diese Funktion übernehme.

Eine weitere Relativierung der „friesischen Freiheit“ und Selbstbestimmung nimmt Fiete Pingel, Historiker am Nordfrisisk Instituut, vor. Am Beispiel Eiderstedts weist er darauf hin, dass Mitbestimmung und politische Beteiligung beschränkt waren auf die „Hausväter“, die nur 3,3 % der Gesamtbevölkerung ausmachten. Allerdings stellt Pingel auch heraus, dass die „friesische Freiheit“ „wegen ihrer Prägnanz der Überlieferung vom Deichbau als Lehrbeispiel für genossenschaftlich-autonome Strukturen dienen“ könne.

Der rätoromanische Schweizer Romedi Arquint, ehemaliger Präsident der FUEV (Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen), verweist auf grundsätzliche Probleme mit dem Begriff Minderheit hin. Der Nationalstaat habe durch seinen Anspruch auf Exklusivität von Sprache und Kultur die nationalen Minderheiten konstruiert und erst damit neue Konflikte geschaffen. Arquint fordert für die Zukunft Mehrsprachigkeit für alle Bürger in den Minderheitenregionen ohne territoriale Bindung und eine Förderung der Vielfalt der Sprachen und Kulturen in Europa über Nationalstaatsgrenzen hinweg

und ohne sprachlichen oder kulturellen Puritanismus.

*Levke Bittlinger*

### Nationale Mehrfachzugehörigkeit

Monique Scheer (Hg.)

Bindestrich-Deutsche?

Mehrfachzugehörigkeit und Beheimatungspraktiken im Alltag

Tübingen: Tübinger Vereinigung für Volkskunde e. V. 2014. 338 S., ill.

Im Rahmen eines Masterstudienprojektes am Ludwig-Uhland-Institut für Empirische Kulturwissenschaft an der Eberhard Karls Universität in Tübingen entstand der vorliegende Sammelband. Darin werden eine Reihe von Alltagspraxen und Mehrfachzugehörigkeiten von Menschen mit transnationalen Migrationsgeschichten beschrieben und analysiert. Im Mittelpunkt stehen Bindestrich-Identitäten im Kontrast zu nationalstaatlichen Inszenierungen und entsprechenden vermeintlich mononationalen Zugehörigkeiten. Der Bindestrich wird als Element, das „nicht-deutschsprachige nationale und/oder ethnische Einheiten mit der nationalen Einheit ‚Deutsch‘ verbindet“, und als ein „Sowohl-als-auch“ von mehreren Identifikationsmöglichkeiten definiert. Die Projektgruppe verfolgt dabei einen konstruktivistischen, performativen, prozessualen und praxistheoretischen Ansatz und geht davon aus, dass Mehrfachzugehörigkeit nicht nur negativ und hyperdiffizil erfahren wird, sondern als Normalfall und positive Bereicherung für die einzelnen Personen und für die Gesellschaft angesehen werden kann. Zugehörigkeit wird „nicht als Eigenschaft

eines Menschen verstanden“, sondern als ein Tun, als ein Prozess. Die „Vielfalt ethnischer Zugehörigkeitspraktiken und -gefühle“ soll entproblematisiert und sichtbar gemacht werden.

Das Werk ist nicht nach ethnischen Kategorien strukturiert, sondern in die drei Praxisfelder Sprache, Körper und Mobilität gegliedert, um einen methodologischen Nationalismus zu vermeiden. Spannende konzeptionelle Anknüpfungspunkte an das deutsch-dänische Grenzgebiet gibt es besonders bei den Themen Mehrsprachigkeit und Mehrfachzugehörigkeit sowie bei der doppelten Staatsangehörigkeit und ihrer symbolischen Bedeutung.

Das ambivalente Fazit des Sammelbandes ist, dass Menschen zum einen versuchen Differenz zu wahren und zum anderen Praktiken unterschiedlicher Provenienz pragmatisch im Alltag miteinander vermischen oder hybridisieren.

Schlussendlich ist das Buch mit Alltagsanalysen und einer postmodernen kulturanthropologisch-ethnologischen Sichtweise auf Ethnizität sehr empfehlenswert.

*Levke Bittlinger*

### Entdeckung einer Landschaft

Kristian Ditlev Jensen

Sønderjylland

Steder og mennesker

København: Gyldendal 2014. 289 S., durchgehend farbig ill.

Der dänische Autor und Journalist Kristian Ditlev Jensen hat mit diesem großformatigen Buch über Orte und Menschen in Sønderjylland eine Mischung zwischen

Bildband und Lesebuch mit übergroß gedruckten Zitaten und Fakten sowie Geschichten über sich selbst und Land und Leute herausgegeben. In 61 kurzen Kapiteln werden einzelne Sehenswürdigkeiten, Spezialitäten, Sprachen, Geschichten, Bewohnerinnen und Bewohner, Lieder, Kirchen, die deutsche Minderheit und vieles mehr in einer Art thematischem Rundumschlag beschrieben. Menschen kommen zu Wort über ihr Selbstverständnis und ihre Region. Das Buch eignet sich nicht als Reiseführer, es ist eher ein coffee-table book, was auch am collagenartigen Charakter der Einzeltexte und des inhaltlichen Gesamtaufbaus liegt.

Sønderjylland wird von Jensen dem restlichen Dänemark gegenübergestellt. Der Autor geht von einer von gewisser Unkenntnis und durch Stereotypen geprägten Sicht der meisten dänischen Leser auf diesen Landesteil aus. Er richtet seinen Blick auch ein wenig nach Südschleswig, so beispielsweise nach Flensburg und zum Noldemuseum in Seebüll. Teilweise werden eher unwichtige Angaben abgedruckt, wie der statistisch erfasste Pommes-Frites-Konsum der Nordschleswiger. Ortsangaben zu den zahlreichen Fotos vom Autor und von Lasse Hyldager werden leider erst ganz am Ende des Buches aufgeführt und nicht direkt als Bildunterschriften, was den Leser und die Leserin immer wieder zum Vor- oder Zurückblättern zwingt. Ein Stichwortverzeichnis sowie eine Überblickskarte wären hilfreich gewesen. Man darf darauf gespannt sein, ob sein schon angekündigtes Buch über den Landesteil Schleswig – die Arbeit dafür hat Jensen, wie man hört, schon aufgenommen – mehr Substanz enthält.

*Levke Bittlinger*



## Walkknochen in Nord- und Südschleswig

Nicholas Redman

Whales' Bones of Germany, Austria, Czech Republic & Switzerland

Teddington: Redman Publishing 2009. 205 S., zahlreich ill.

und

Whales' Bones of the Nordic Countries, Central and Eastern Europe

Teddington: Redman Publishing 2013. 319 S., zahlreich ill.

Fundorte von Walkknochen weltweit zu dokumentieren ist das Ziel des englischen Historikers und Archivars in Rente, Nicholas Redman. Auf ständigen und aufwändigen Reisen weltweit hat er mit großem Engagement, Eifer und hohen Kosten nach Knochen von Großwalen in der Natur, in Museen, in öffentlichen Parks und auf Privatgrundstücken gesucht, diese ausgemessen und fotografisch und beschreibend inventarisiert. In seinen Büchern sammelt er die Geschichten zu den aktuell noch vorhandenen, aber auch zu verschwundenen Walkknochen. Er bezieht historische Fotografien, Malereien, mündliche Erzählungen der Lokalbevölkerung und schriftliche Quellen und Berichte in seine Spurensuche mit ein. Die Quellenlage und der Rechercheaufwand zu den einzelnen Funden sind allerdings ungleichmäßig.

Zwei der fünf bereits erschienenen Überblickswerke behandeln u.a. die Walkknochen in Schleswig-Holstein bzw. Dänemark. Die Orte sind nach Ländern – in der Bundesrepublik auch nach Bundesländern – und alphabetisch sortiert; im Anhang findet man jeweils sehr nützliche Übersichtskarten, ein Personen-, ein

Literatur-, ein Informanten-, ein Schlagwort- und ein Ortsverzeichnis. Von den 40 dänischen Orten, an denen Redman Walkknochen gefunden hat, liegen sieben in Sønderjylland, z. B. in Tønder oder auf Rømø. Walkknochen von 38 Fundorten in Schleswig-Holstein werden beschrieben, wovon 16 im nördlichen Landesteil liegen. Viele Fundstellen gibt es auf Föhr, aber es wird auch ein mittlerweile verschwundenes Walkiefertor beschrieben, das sich im Christiansenpark in Flensburg befand. Interessantes Ergebnis der Bücher ist zum einen die große Verwendungsvielfalt von Walkknochen, wie zum Beispiel als Torbogen, als Zaun, Grabsteinhalterung, Dekoration, Hackklotz, Ausstellungsstück oder als Sitzgelegenheit, und zum anderen die große geografische Verteilung der Knochen, die nicht nur auf die Küstengebiete beschränkt ist.

Der Anspruch Redmans ist, aus den Geschichten der Knochen etwas Kulturhistorisches zu lernen. Eine weitergehende Interpretation einzelner Fundstücke wäre aber eine Aufgabe nachfolgender Forscherinnen und Forscher. Die Bücher haben auch keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sie eignen sich aber hervorragend als Spezialnachschlagewerke für Lokal- und Kulturhistoriker, Biologinnen und Naturkundler, Wissenschaftler/innen und Walinteressierte.

*Levke Bittlinger*

Levke Bittlinger, M. A.  
Kulturanthropologin, Göttingen

Detlef Garbe, Dr.  
Historiker, Neuengamme

Robert Habeck, Dr.  
Minister, Kiel

Martin Klatt, Dr.  
Historiker, Sønderborg

Jørgen Kühl, Dr.  
Historiker, Schleswig

Benjamin Lassiwe  
Journalist und Historiker, Berlin

Gerret Liebing Schlaber, ph. d.  
Historiker, Aabenraa

Anke Spoorendonk  
Ministerin, Kiel

Sonja Wolf  
Sozialwissenschaftlerin, Flensburg



## **Terminvorankündigung:**

Bitte merken Sie sich den Termin vor für die

### **12. Dialog-Veranstaltung des ADS-GRENZFRIEDENSBUNDES**

zum Thema

**Die Bonn-Kopenhagener Erklärungen und die  
Friesen. Unerwähnt. Unerhört?**

**Dazu haben wir Lars Harms, MdL, als  
Referenten gewinnen können.**

Hören Sie ihn und diskutieren Sie mit uns

**am Donnerstag, den 29. Oktober 2015**  
von 19:00 Uhr bis 21:30 Uhr

in der friesischen Kulturstätte

**Andersen-Hüs Klockries  
Klockries 64, 25920 Risum-Lindholm**